Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

14. April 1977
Jg. 5 Nr. 15

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

„Es geht ruppig zu derzeit“

Uranlieferungen aus USA und Kanada gestoppt / Reaktorgeschäft mit Brasilien perfekt / Schmidt bei Blohm & Voss

„Washington ist nun in Bonn hart aufgelaufen. Eine seltene, wenn nicht neue Erfahrung“, stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zufrieden fest. „Druck ist von nun an sinnlos geworden.“ Die Sätze beziehen sich auf das Reaktorgeschäft mit Brasilien, das die westdeutschen Imperialisten unter Dach und Fach haben, und gegen das die USA querschießen. Am 5. April hat die Bundesregierung die noch ausstehende Liefergenehmigung erteilt. Gleichzeitig haben die USA ihre Absicht bekundet, sogenannte „Wiederaufbereitungsanlagen“ vorläufig nicht weiter zu bauen und erst recht nicht ins Ausland zu liefern. Dies geschieht in der Absicht, die US-imperialistische Entscheidung allgemein durchzusetzen. Die Lieferung einer solchen Wiederaufbereitungsanlage bildet den Schlußpunkt des Geschäftes der westdeutschen Imperialisten mit Brasilien. „Es geht ruppig zu, derzeit“, faßt der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zusammen.

Man soll nicht denken, das sei einfach mal hingesagt. Die FAZ sieht die Sache unter historischen Gesichtspunkten. Am 2. April hat einer der Herausgeber der FAZ, Robert Held, einen langen Artikel absetzen lassen: „Der Nuklear-Streit zwischen Nordamerikanern und Deutschen. Hintergründe eines schweren politischen Konflikts.“ Als Hintergrund hat er die „Monroe-Doktrin“ entdeckt. Diese besagt, daß der ganze amerikanische Kontinent, Nord wie Süd, dem US-Imperialismus zur freien Verfügung stehe und daß sich Konkurrenz da gefälligst rauszuhalten hätte. Sie stammt aus dem 19. Jahrhundert und ist dann immer aktueller geworden. Das ist überhaupt so mit den strategischen Grundlinien der verschiedenen imperialistischen Staaten. Der deutsche Imperialismus wird stets über die Vorherrschaft in Europa nach der Weltherrschaft streben. Aber der Weg zur Vorherrschaft in Europa führt über den Weltmarkt. Über sie wird also zum Beispiel durch das Brasiliengeschäft entschieden.

Aber lassen wir den Helden der FAZ sprechen: „Als die aufsteigende
FAZ sprechen: „Als die aufsteigende
Großmacht des Zweiten Deutschen Reiches ihren imperialistischen Nachholbedarf decken wollte, gerieten die eifrigsten Expansionisten, Alldeutsche und vor allem die Marineleitung, unweigerlich in den Bereich der Monroedoktrin.“ Das hätte noch bei Kriegseintritt der USA in den Weltkrieg I eine Rolle gespielt. „Der Liefervertrag für Brasilien kann, ohne daß die verpönte Monroedoktrin zitiert würde, von den Vereinigten Staaten als eine Veränderung der Kräfteverteilung auf dem Südamerikanischen Kontinent betrachtet werden: und weil sie in diesem Jahr auf dem Tiefpunkt ihrer lateinamerikanischen Politik angelangt sind, als ein besonders empfindliches Eingreifen in ihren Interessenbereich.“ Da ist was Wahres dran. So schwant dem Kommentator der „Welt“, daß die Sache mit endgültiger Genehmigung der Lieferungen an Brasilien bestimmt nicht gelaufen ist:

„Auch wenn alles für die Bonner Entscheidung spricht, so ist sie doch nicht ohne Risiko. Angesichts der Heftigkeit, mit der die Regierung Carter sich der Erfüllung des deutsch-brasilianischen Abkommens widersetzt hatte, wäre die Vermutung naiv, Washington werde sich nun in das Unvermeidliche fügen. Eine solche Auseinandersetzung läßt sich bekanntlich auch ‚unter Wasser‘ fortsetzen. Wie steht es zum Beispiel mit den – vertraglich vereinbarten – amerikanischen Lieferungen angereicherten Urans in die Bundesrepublik?“

Schlecht steht es damit, denn es wird nicht geliefert. Nicht nur das: Kanada, dessen Staatsoberhaupt Carter nach Amtsantritt als allererstes antreten ließ, will die Lieferung von Natururan einstellen. Auch Australien, der dritte Lieferant von Natururan, will nicht mehr liefern. Kanada liefert 90 Prozent des Natururans, das die BRD bezieht, in der Sowjetunion leicht anreichern läßt, um es dann in der BRD zu Brennstoff für Kernreaktoren aufzubereiten. Es handelt sich um einen Streit zwischen imperialistischen Verbündeten. Aber die Karten sind so gesteckt, daß es überhaupt nicht ausgeschlossen ist, daß der BRD-Imperialismus schon mal an der russischen Karte ziehen kann, wenn wir hier mal die reichsdeutsche Diplomatensprache bemühen wollen. Es ist ja passend. Unter den Imperialisten tobt kreuz und quer heftige Konkurrenz, und die (Fortsetzung Seite 2)



Vor zwei Jahren hat das Volk von Kampuchea sein Land befreit. Im Vertrauen auf die eigene Kraft baut es die sozialistische Gesellschaft auf. Die Entwicklung der Landwirtschaft als Grundlage des industriellen Aufbaus wird von der Arbeiterklasse und den Bauern mit großer Kraft betrieben. Die Mitglieder einer Kooperative bringen hier die Reisernte ein. – Die US-Imperialisten wollten im Zug der Carterschen „Entspannungspolitik“ sich einschleichen und eine Delegation nach Kampuchea schicken oder an einem anderen Ort Verhandlungen aufnehmen. In einer Erklärung des Außenministeriums des Demokratischen Kampuchea heißt es dazu: „Was das fortschrittliche amerikanische Volk angeht, so hat das Volk von Kampuchea ihm immer Achtung gezeigt. (...) Was die US-Imperialisten angeht, vergißt das Volk von Kampuchea niemals die Einmischung und Subversion, den Staatsstreich, die Aggression und den Verwüstungskrieg, den sie in Kampuchea geführt haben. (...) Weiterhin: Seit der Befreiung Kampucheas am 17. April 1975 haben die US-Imperialisten und ihre Lakaien aller Arten ständig ihre kriminellen Tätigkeiten gegen das Volk von Kampuchea weitergeführt. (...) Folglich kann das Volk von Kampuchea weder die Anfrage der US-Imperialisten bezüglich eines Besuchs einer US-Delegation im Demokratischen Kampuchea akzeptieren, noch das vorgeschlagene Treffen.“

Demokratischen Kampuchea akzeptieren, noch das vorgeschlagene Treffen.

Handelsreisender Castro

Fidel Castro war in der letzten Woche in der DDR. Dort hat Honecker mit ihm einen Vertrag geschlossen über die Lieferung von Anlagen zum verstärkten Nikkelabbau. 130 000 Tonnen sollen zukünftig jährlich abgebaut werden, das sind ca. 25 % der Weltproduktion. Anlagen zur industriellen Verarbeitung des Nickels liefert die DDR nicht. Warum auch. Schließlich wollen die Sozialimperialisten in Moskau und die von ihnen abhängigen Sozialimperialisten in Ostberlin ihre Versorgung mit billigen Rohstoffen fördern und nicht den Aufbau einer eigenständigen kubanischen Wirtschaft. Den haben sie mit dem Ausbau Kubas zu ihrem „Zuckerspezialisten“ bereits gründlich liquidiert. So fiel von 1964, wo das Zuckerhandelsabkommen zwischen der UdSSR und Kuba geschlossen wurde, bis 1970 die Lebensmittelproduktion außer Zucker um ein Fünftel, der Viehbestand von 7 Millionen Stück auf 5 Millionen. Investitionen in der Industrie außer Zuckermühlen wurden fast völlig eingestellt, die Produktion fiel entsprechend. Ergebnis der sozialimperialistischen Einbeziehung Kubas in die „internationale Arbeitsteilung“ ist die völlige Verschuldung und Abhängigkeit. Castro ist Handelsreisender des Sozialimperialismus. Die eine Seite seines Geschäfts ist der Ausverkauf Kubas an die Sozialimperialisten. Neben Zucker liefert er auch Söldner für deren Expansion. Bevor er in der DDR war, trieb er sich in Afrika herum, unter anderem in Angola, um die Wirkung des Exportartikels zu inspizieren. Daneben, das ist seine zweite Ware, versuchte Castro „Kubas Weg“ den Völkern Afrikas als „Weg zum Sozialismus“ zu verkaufen. Er meint die Unterwerfung unter die neuen Zaren. Sofort nach der Afrikareise ist er „überraschend“ nach Ostberlin und Moskau gefahren. Zur Berichterstattung über den Geschäftsverlauf.

Irlands „Friedensbewegung“ zersetzt sich

In Dublin versuchten 1 500 Menschen das Gefängnis Portlaoise, in dem 20 IRA-Mitglieder inhaftiert sind, zu stürmen. In Belfast wurde das einzige Hotel, das in der Stadt noch geöffnet hat, zum 29sten Mal zerstört. Ein britischer Soldat wurde durch eine Mine unter einem Militärfahrzeug getötet.

Die Herrschaft der britischen Imperialisten bedeutet für das irische Volk Elend und Unterdrückung. In Nordirland ist die Arbeitslosigkeit unter der männlichen
Arbeitslosigkeit unter der männlichen
Bevölkerung mit 11 Prozent fast doppelt so hoch wie in England. In Starbane ist jeder zweite arbeitslos. Dreiviertel aller Familien im Westen Nordirlands leben unter der Armutsgrenze. Auf 1 000 Geburten kommen dort 35 Totgeburten. Mit ständigen Straßenpatroullien errichten die britischen Imperialisten den Ausnahmezustand in den Städten.

Die irische Frauen-„Friedensbewegung“, auf die die Imperialisten große Hoffnungen gesetzt hatten, konnte die irischen Volksmassen nicht fesseln. Einem Demonstrationsaufruf folgten am 17. März nur 400 Menschen.

Britische Vertrauensleute gegen Lohnraubpakt

Während der britische Imperialismus immer neue Schläge durch das irische Volk erhält, versucht er die Kämpfe der Arbeiterklasse im eigenen Land abzuwehren. Für Zulagen bei Nachtarbeit und Tarifrecht streiken die Mechaniker der staatlichen British Airways und haben den Kapitalisten bereits einen Verlust von 120 Millionen Pfund beigebracht. 1 200 Techniker hat die Geschäftsleitung daraufhin entlassen, ob sie das durchsetzen kann, ist keineswegs sicher.

Die Elektrotechniker der British Steel Company, dem größten Stahlproduzenten Europas, streiken für höhere Zulagen. Obwohl die Kapitlisten gerade eine Verdoppelung der Kapazitäten beschlossen hatten, haben sie als Reaktion auf den Streik den größten Werkskomplex Talbot vorübergehend geschlossen. In Birmingham haben 1 700 Betriebsvertrauensleute auf einer Konferenz gegen die Lohnraubpakte zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung die Wiederherstellung der vollen Tarifautonomie beschlossen. Zur Durchsetzung der Forderung sollen am 20. April Warnstreiks durchgeführt werden.

„Reformen des Gesundheitswesens“

„Vor sieben Jahren haben wir 9,5 % des Volkseinkommens für Gesundheit ausgegeben. Heute sind es praktisch 14 % des Volkseinkommens ... Deshalb müssen alle Beteiligten zur Dämpfung des Kostenanstiegs beitragen.“ So kündigte Kanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung die Absicht der Finanzbourgeoissie an, den Raubzug an den Geldern der Sozialversicherungen zu verstärken und dazu die Gesundheitsversorgung der Massen zu verschlechtern und die Zerstörung ihrer Gesundheit zu beschleunigen. Seither hat die Regierung mit Schützenhilfe der Sozialdemokraten in den Gewerkschaften ihre Anstrengungen noch verstärkt.

Teil der „Kostendämpfung“ ist es, den Beschäftigten in den Krankenhausern noch mehr Mehrarbeit abzupressen, einen Teil von ihnen auf die Straße zu werfen, die Löhne weiter zu drükken und sie zu entrechten, um sie zu billigen Arbeitssklaven zu machen. Der sozialdemokratische ÖTV-Hauptvorstand hat grünes Licht dafür gegeben: „Sie (die ÖTV) erklärt ihre Bereitschaft, Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, eine wirtschaftliche Betriebsführung bei der Krankenhäusern zu ermöglichen.“

In Westberlin will der Senat in den nächsten Jahren 7 000 Krankenhausbetten streichen und verschiedene Krankenhäuser schließen. Ähnliches plant im großen Maßstab der Hamburger Senat und soll überall im Bundesgebiet stattfinden. Der „Bettenberg“ solle damit „abgebaut“ werden. Die Grundlagen hat die sozialliberale Regierung dafür schon lange mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz geschaffen. Der „Bettenberg“ sieht so aus, daß die Stationen in den Krankenhäusern überbelegt sind und die Arbeitshetze für das wenige Personal groß ist. Diese „kostendämpfende“ Entwicklung soll mit der Schließung von Krankenhäusern und der Entlassung der Beschäftigten noch verschärft werden. In Westberlin haben in der vergangenen Woche dagegen 4 000 Beschäftigte der Krankenhäuser, Arbeiter und Angestellte, demonstriert, wozu die ÖTV aufgerufen hatte.

Mit dem Tarifabschluß hat die Finanzbourgeoisie für die Masse der Beschäftigten in den Krankenhäusern eine Lohnsenkung durchgesetzt, die viele zu noch mehr Nachtschichten und Überstunden zwingt. Zugleich hat sie den Auszubildenden in den Krankenhäusern, die in den letzten Jahren eine gerade ausreichende Ausbildungsvergütung erkämpft hatten, die Ausbildungsvergütung um 11 % gekürzt. Die Senkung der Ausbildungsvergütungen für die neuanfangenden Krankenpflegeschüler ist der erste Schritt der Sozialdemokratie, sie in den Status von vollständig rechtlosen Schülern zu bringen, die bei „Bedürftigkeit“ der Eltern etwas BAFöG-Darlehen bekommen. Gleichzeitig laufen in vielen Städten die Versuche der Stadtbürokratien, durch volle Einbeziehung der Krankenpflegeschüler auf die Stellenpläne der Krankenhäuser teure ausgebildete Arbeitskräfte zu sparen. Diese „Reform des Gesundheitswesens“ hat den Beifall der Finanzbourgeoisie, denn sie ist „kostendämpfend“ durch Verbilligung der Arbeitskraft im Gesundheitswesen und Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Massen. Dagegen setzen die Auszubildenden den gewerkschaftlichen Zusammenschluß: Sie sind nicht bereit, die Lohnsenkung hinzunehmen, und wollen sich deshalb mit allen Auszubildenden in den öffentlichen Diensten verbinden. In verschiedenen Städten wie in Bremen verhindern sie seit Jahren erfolgreich die Anrechnung auf den Bettenschlüssel.

Die gleiche Sorte „Reform“ ist das sog. „Praktische Jahr“, das jetzt bundesweit anlaufen soll. Danach sollen die angehenden Ärzte ein Jahr lang in den Krankenhäusern arbeiten, ohne einen Pfennig Geld und ohne die elementarsten Rechte der Lohnabhängigen. Diese Maßnahme spart Personal und spaltet die Beschäftigten in den Krankenhäusern voneinander ab. Unter der Fuchtel der Professoren sollen die angehenden Ärzte dazu getrimmt werden, an der Unterdrückung der Volksmassen durch das staatliche Gesundheitswesen mitzuwirken. Dagegen führen die Medizinstudenten in den kommenden Woche eine bundesweite Urabstimmung für unbefristeten Streik unter den Forderungen für Ausbildungs- und Tarifvertrag und für 700 DM Ausbildungsvergütung durch.

Der Wolfsburger Stadtrat hat jetzt ab 1.4.77 für die Beschäftigten des Städtischen Krankenhauses die Einführung der 5 1/2-Tage-Woche beschlossen. Der Beschluß geht auf die Forderung des VW-Konzerns und der VW-Betriebskrankenkasse zurück, die erklärte, daß „die Personalkosten für den Pflegebereich angesichts der zur Zeit praktizierten Dienstform zu hoch seien und deshalb eine wirtschaftliche Betriebsführung nicht vorliegt (Wolfsburger Nachrichten)“. Die Einführung der 5 1/2-Tage-Woche erspart 30 Planstellen im Pflegedienst. Die Arbeitskraft der Beschäftigten wird noch schneller verschlissen, es bleibt noch weniger Zeit für die Versorgung der einzelnen Patienten. Seit Bekanntwerden der Pläne zur Einführung der 5 1/2 Tage-Woche vor fast zwei Jahren haben die Beschäftigten dagegen gekämpft, in den letzten Monaten haben sie Demonstrationen und „Dienst nach Vorschrift“ organisiert. Wenn sie jetzt eingeführt werden soll, dann ist sie lange nicht durchgesetzt.

Alle diese „Reformen“ betreibt die Sozialdemokratie als Maßnahmen zur „Kostendämpfung“. Damit, daß die Finanzbourgeoisie die Versicherungskassen der Arbeiterklasse in den Händen hat und sie zu immer schärferen Raub von Lohnbestandteilen nutzt, versucht die Sozialdemokratie, die Beschäftigten in den Krankenhäusern zu erpressen und den wachsenden gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu zersetzen: Die Forderungen würden die Kostenexplosion vorantreiben. Und alle Aktionen der Beschäftigten würden die Gesundheit der Patienten aufs Spiel setzen.

Aber die Beschäftigten im Gesundheitswesen haben keine anderen Interessen als alle anderen Lohnarbeiter. Ihr gewerkschaftlicher Zusammenschluß zersetzt das Gesundheitswesen als Teil des imperialistischen Staatsapparats und erleichtert den Angriff der Arbeiterklasse und der Volksmassen darauf. Deswegen haben ihre Kämpfe große Unterstützung in der Arbeiterklasse.

„Es geht ruppig zu, derzeit“

(Fortsetzung von Seite 1)
Fronten für den Krieg sind noch nicht geordnet. Aber es ist wie bei einem Fluß, der ab einer bestimmten Temperatur dann auf einen Schlag gefriert, indem sich die Eiskristalle ordnen.

Schmidt, der Sozialdemokrat mit der Kronprinzenmütze auf dem Kopf, hat in der letzten Woche bei der Jahrhundertfeier der Blohm & Voss-Werft vor einem aus Arbeitern der Werft und hanseatischer Bourgeoisie gemischten Publikum eine Rede gehalten. Dort hat er das Fregattenprogramm der Bundesregierung, mit dem die BRD zur Seegroßmacht werden will, als Programm zur Sanierung der Werften den Werftarbeitern verkaufen wollen. Will der Sozialdemokrat den Krieg vorbereiten, dann muß er sozial kommen, von Vollbeschäftigung schwärmen und davon, wie gut es der Arbeiterklasse doch geht. Seiner Frau hätte ein Rentner einen Dankschönbrief geschrieben, daß er jetzt schon das siebte Mal auf Gran Canaria hätte Urlaub machen können. Das hat Schmidt den Werftarbeitern erzählt. Der Rentner sei früher ihr Kollege gewesen und Elektriker auf der Werft. Nach dieser Mitteilung glaubte Schmidt, er könne den Arbeitern frech kommen. „So schlecht kann es ja eigentlich nicht sein, mit den Rentnern in Deutschland, nicht? Hört mal auf mit dem Gesabbel und Gemecker und macht die Leute nicht verrückt, es geht uns nämlich ganz gut. Obwohl es auf der Welt so gut insgesamt nicht geht. Man darf sich nicht für dumm verkaufen lassen von den Schwarzmalern, auch wenn das mal ein bißchen nieselt hier heute. Wir sind eigentlich ganz gut dran, und ich bitte euch herzlich, ein bißchen mehr Selbstvertrauen, ein bißchen mehr Vertrauen in die eigene Kraft zu haben, und hört auf mit dieser verdammten Miesmacherei. Wir können nämlich eine ganze Menge.“

An dieser Stelle vermerkt die Tonbandabschrift, die uns vorliegt: „Sehr schwacher Beifall, Pfiffe.“ Es wird wohl die versammelte Hamburger Schickeria und eine Claque von sozialdemokratischen Betriebsräten gewesen sein, die geklatscht haben. Die Pfiffe sind auch leicht auszumachen. Zwischen dem Beifall und den Pfiffen liegt nicht ein Meinungsunterschied, sondern die Klassenspaltung, egal ob vielleicht auch der eine oder andere Arbeiter geklatscht hat. „Miesmacherei“, so hat Wilhelm II. über die revolutionäre Arbeiterbewegung gesprochen. Hitler hat es Wehrkraftzersetzung genannt. „Vertrauen in die eigene Kraft“, damit war jeweils Unterwerfung unter die Kriegsgewalt der Bourgeoisie gemeint.

Aber er ist nicht durchgekommen. Er hat sich sogar verheddert, als er den Arbeitern die Steuergelder für die Werftkapitalisten als großartige Unterstützung aufbinden wollte: „Und wenn man all das zusammenredet ... äh ... rechnet, diese Hilfen für den Bau von Schiffen ...“ So steht es in der Tonbandaufzeichnung, und Millionen haben es auch im Fernsehen gehört. Aber rechnen wir zusammen! Was kommt anderes heraus, als daß die Regierung Lohngelder über Steuern in Fregatten steckt und daß die Werftkapitalisten davon Profit haben, die Arbeiter die Ausbeutung und dann die Toten im Krieg. „Schwarzmalerei“? Schmidts Orientierungspunkt sind die Weltkriege, in denen der duetsche Imperialismus schon zweimal nach Höherem strebte. Redet er von Ausbildung, dann redet er von den Weltkriegen und deutet den dritten schon an. – Ausbildung müsse sein, wenn Weltmarktanteile gehalten und erobert werden sollen.

„Hier in Hamburg hat man das schon sehr früh kapiert. Und es bleibt eine hoch anerkennenswerte geschichtliche Tat, daß zum Beispiel Blohm & Voss schon 1917, mitten im I. Weltkrieg, hier eine Werftschule eingerichtet hatte, die als Berufsschule offiziell anerkannt wurde und die bis Ende des II. Weltkrieges 6 000 Facharbeiterlehrlinge ausgebildet hatte. Es ist gut, daß diese Tradition nun seit acht Jahren – seit 69 – mit der Errichtung eines neuen Lehrlingszentrums fortgesetzt wird.“

Da hat man den Sozialdemokraten als Kanzler. Er redet von Lehrlingsausbildung und hat den Krieg und die Kriegsvorbereitung im Sinn, weil die Neuaufteilung der Welt unter die Imperialisten unvermeidlich erneut militärisch ausgetragen werden muß, solange man sie nicht stürzt. Schmidt hat bei den Werftarbeitern vor allem Schweigen, aber auch Pfiffe geerntet. Das ist gut. Notwendig ist, daß sich die Arbeiterbewegung damit nicht zufrieden gibt. Vorbereitung des Krieges durch die Bourgeoisie, das verlangt von der Arbeiterbewegung Vorbereitung des Bürgerkrieges gegen die herrschende Bourgeoisie. Zweimal hat die deutsche Arbeiterbewegung das versäumt. Zweimal hat sie mit Millionen Toten bezahlt. Dreimal den gleichen Fehler zu machen, das wäre zuviel. Eindeutig.

Henkel-Kapitalisten treiben die Spaltung der Arbeiter weiter voran

Von Zeit zu Zeit, besonders aber vor Tarifauseinandersetzungen, bringt der Henkel-Konzern Glanzpapierbroschüren heraus, in denen er die sozialen Leistungen der Henkel-Kapitalisten lobt, von der großen „Henkel-Familie“ erzählt, in der die Arbeiter sozial umsorgt und gehegt werden, fast wie im Sanatorium.

Was hat es auf sich mit diesen sozialen Leistungen? Zunächst müssen wir davon ausgehen, daß die von den Henkel-Kapitalisten als Geschenk und Wohltätigkeit propagierten sozialen Leistungen weiter nichts sind, als Teile des an die Arbeiter ausgezahlten Lohns. Von den Werten, die die Arbeiter im Laufe eines Monats den Henkel-Kapitalisten schaffen, zahlen die Kapitalisten einen kleinen Teil in Form von Geld an die Arbeiter und einen noch weit geringeren Teil in Form von Naturalien – freies Mittagessen, kostenloses Waschmittelpaket mit mehreren Henkelprodukten – oder in Form anderer Leistungen, z.B. zusätzliche Versicherungen, usw.

Wie gering dieser soziale Lohnanteil ist, läßt sich aufgrund der Zahlen im Geschäftsbericht des Henkel-Konzerns von 1975 leicht berechnen. Der Preis, zu dem Henkel den Inhalt eines seiner sozialen Waschmittelpäckchen an den Handel verkaufen würde, beträgt maximal 20 DM. Ein solches Paket bekommt ein Arbeiter alle zwei Monate. Während eines Jahres stellt dieser Arbeiter laut Geschäftsbericht Waren im Werte von ca. 300 000 DM her. Zur Herstellung des oben erwähnten Waschmittelpakets muß er ca. 6 Minuten arbeiten.

Würden die Henkel-Kapitalisten dieses „Sozialpaket“ in bar bezahlen, müßten sie ganze 2 Pfennige pro Stunde und pro Arbeiter mehr an Lohn zahlen. Ähnlich verhält es sich mit dem „kostenlosen“ Mittagessen. 1,50 DM pro Arbeiter können sie jeden Tag von der Steuer absetzen, wenn sie ihm ein Mittagessen geben. In Großküchen kostet die Herstellung eines solchen Essens ca. 2 DM. So kommt heraus, daß sie diese große soziale Abspeisung ca. 50 Pfennig pro Arbeiter kostet, was einem Stundenlohnbestandteil von 6 Pfennig entspricht. Doch das „Soziale“ für 6 Pfennig und 2 Pfennig hat für die Henkel-Kapitalisten verschiedene Vorteile gegenüber einer Auszahlung von höheren Stundenlohn.

So sind diese Lohnbestandteile von den Kapitalisten beliebig streichbar. Das Waschmittelpaket wird von Jahr zu Jahr ein wenig kleiner und auf der letzten Betriebsversammlung wurde angekündigt, daß die Arbeiter in Zukunft für das Mittagessen bezahlen müssen.

Die Sozialleistungen sollen die Arbeiter vom Kampf um den Lohn abhalten und sind ein Mittel zur Spaltung und Unterdrückung der Arbeiter. So soll sich ein älterer Arbeiter, der vielleicht schon so lange bei Henkel arbeitet, daß ihm in Kürze die betriebliche Pensionszulage zusteht, genau überlegen, ob er bei einem Streik riskiert, rauszufliegen, und so die Zulage zu verlieren.

Auch dient diese Zulage dazu, ältere Kollegen zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Betrieb zu überreden. Mit der betrieblichen Zulage, so heißt es, wirds dann schon trotz unzureichender Rente hinhauen. Um an ihre Stelle dann jüngere Arbeiter in niedrigeren Lohngruppen einzustellen. Weiterhin gibt es bei Henkel Sozialleistungen, die nur manchen Arbeitern zustehen. So etwa eine Zusatzversicherung, die nur für Arbeiter, die unter 48 Jahre alt sind, abgeschlossen wird. Henkel zahlt hierfür teilweise die Beiträge. (Offenbar gehen die Sozialplaner bei Henkel davon aus, daß man nach 48 Jahren Ausbeutung ohnehin bald abkratzt.)

Insgesamt führen die Sozialleistungen zu einer Spaltung der Arbeiter. In genau die gleiche Richtung geht die Forderung der Sozialdemokraten in der IG-Chemie-Führung in der Tarifrunde. Es ist deshalb für die Arbeiter notwendig, sich nicht auf die „Sozialpakete“ des Henkel & Co zu verlassen, sondern sich gegen Lohnraub durch die Kapitalisten mit den anderen Chemiearbeitern zusammenzuschließen. Das geht nur für die Forderung nach 170 DM. – (Bezirk Rhein)

Noch bessere Geschäfte und politischer Druck

Die Kampagne für „Glaubens- und Reisefreiheit und für Menschenrechte in der DDR“ ist reaktionär

In einer mündlichen Anfrage an die Bundesregierung will die Bundestagsabgeordnete Berger (CDU, Berlin) wissen, ob es zutrifft, daß die DDR an die Sowjetuion erhöhte Preise für „Erdöl, Erdgas, Schweröl und Zellstoff“ bezahlen müsse, für ihre Fertigwaren jedoch schlechte Preise diktiert bekomme. Die Anfrage trieft vor innerdeutschem Mitgefühl. Die Abgeordnete kann ihre Besorgnis nur schlecht verhehlen, daß die sozialimperialistische Macht die DDR allzusehr ausnimmt. Was bleibt da für uns über? Die Bundesregierung nimmt durch ihren Staatssekretär Grüner Stellung. Er will „die Äußerung nicht bewerten“, läßt aber die Gemeinsamkeit in den Sorgen erkennen: „Die Sowjetunion soll ... 1975 die Preise für Energielieferungen in die übrigen RGW-Länder, also einschließlich der DDR, um durchschnittlich 90 % heraufgesetzt haben ... Durchschnittlich sollen die übrigen RGW-Staaten gegenüber der Sowjetunion ihre Exportpreise in 1975 um 15–20 % erhöht haben.“

Dieser Wortwechsel fand abseits der groß aufgemachten Bundestagsdebatte über die Menschenrechte in der DDR statt. Außer dem Reiseverkehr proklamiert Graf Huyn (CDU/CSU) in der Bundestagsdebatte: „Die Freiheit der Religionsausübung gehört zu den Menschenrechten“. Der Schwarze setzt auf den verbliebenen Klerus in der DDR als Hilfstruppe der westdeutschen Imperialisten. Nicht nur dessen Freiheit hat er im Auge; man muß ihm glauben, daß ihm die Verbreitung der Religion am Herzen liegt, um mit dieser Sorte bürgerlicher Ideologie den Revisionismus, die Ideologie der herrschenden neuen Bourgeoisie anzugreifen.

Zur Durchsetzung der Menschenrechte und der Reise- und Glaubensfreiheit fordert die CDU: „Die Bundesregierung sollte bei wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmaßnahmen für kommunistische Staaten ihre Leistungen zumindest von der Gewährung der Menschenrechte abhängig machen.“ Die westdeutsche imperialistische Staatsmacht soll die Vorteile der westdeutschen Kapitalisten in der imperialistischen Konkurrenz gegenüber der neuen Bourgeoisie in der DDR mehr ausnutzen. Mit dem Pfund muß gewuchert werden.

Der Vorteil sieht laut „Tagesnachrichten“ des Bundesministeriums für Wirtschaft so aus: „Zwar stieg 1976 der Außenhandelsumsatz überplanmäßig (*Ist* gleich 14 %, *Plan* gleich 9,7 %). Allerdings ist es der DDR nicht gelungen, das bestehende Handelsbilanzdefizit gegenüber den westlichen Industrieländern abzubauen; vielmehr steigerte die DDR in den ersten neun Monaten des Jahres 1976 ihre Importe aus den OECD-Staaten um 17 %, während gleichzeitig die Ausfuhren in die westlichen Staaten stagnierten. Auch im innerdeutschen Handel hat sich im letzten Quartal des Jahres die Überschußposition der Bundesrepublik Deutschland deutlich vergrößert.“ Also ist die Verschuldung der neuen Bourgeoisie gewachsen, hat die westdeutsche Bourgeoisie mehr Anteilscheine auf Ausbeutung der Arbeiterklasse in der DDR in der Hand. Menschenrechte? Bekanntlich halten die Kapitalisten nur sich selber für richtige Menschen. Menschenrechte, das sind die Ansprüche der westdeutschen Kapitalisten, ungezügelt an der Ausbeutung der Arbeiterklasse in der DDR teilzuhaben.

Huyn erklärt: „Ich meine, es ist Aufgabe der Bundesregierung, hier klarzumachen, daß Menschenrecht vor innerstaatliches Recht geht.“ Das ist eine blanke Doktrin zur Rechtfertigung imperialistischer Intervention und zum Angriff auf die staatliche Souveränität der DDR. Die neue Bourgeoisie in der DDR hat in letzter Zeit mehrfach die Einreise verweigert. Dies im Namen des „Schutzes des realen Sozialismus.“ Tatsächlich stehen sich zwei Klassen von Ausbeutern und Unterdrückern in Konkurrenz gegenüber und bekriegen sich.

Die Bundesregierung ist so anderer Auffassung als Graf Huyn nicht. Schmidt bekräftigt in der Bundestagsdebatte: „Die Bundesregierung teilt diese Auffassung des amerikanischen Präsidenten.“ Carter hatte sich vor der UNO einen Generalschlüssel für imperialistische Einmischung verschafft: „Kein Mitglied der Vereinten Nationen kann behaupten, die Mißhandlung seiner Bürger sei ausschließlich seine Sache.“

Allerdings sind SPD/FDP und Bundesregierung der Auffassung, daß man den Zugriff auf die DDR ohne größeres Getöse organisieren soll: „Immer wieder besteht hier (in der Zusammenarbeit in ‚mannigfachen Bereichen‘) auch eine Wechselwirkung, die fast zwangsläufig den Menschen zugute kommt, ihre Rechte stärkt und ihre Entfaltungsmöglichkeiten erweitert. Was sich in dieser Hinsicht in den Ostblockstaaten in den letzten Jahren entwickelt hat, ist ganz offenkundig.“ Über das Wirken des Kapitalexports, der Kreditzange Zersetzung in den Machtbereich des Sozialimperialismus tragen, innere Widersprüche in diesen Ländern schüren, das hält die Regierung für aussichtsreich.

Die CDU fordert die Erpressung, die Regierung macht das durchaus. Demnächst wird eine „neue Runde der innerdeutschen Verhandlungen“ eröffnet. Der „Spiegel“ schreibt in seiner jüngsten Ausgabe: „Ost-Berliner Funktionäre haben ausgerechnet, daß wirtschaftliche Sanktionen Bonns die Wirtschaftsplanung der DDR in Unordnung bringen würden. Deshalb sind die Ostdeutschen gesprächsbereit.“ Unter anderem geht es den westdeutschen Imperialisten um eine neue Autobahnroute von Berlin nach Hamburg, die den Vorzug hat, daß ein neuer Grenzübergang von der DDR zugestanden werden muß. Nach Westberlin soll von Westdeutschland eine Elektrizitätsleitung gelegt werden, um den Brückenkopf zu stärken.

Freier Reiseverkehr? Den fürchtet die westdeutsche Bourgeoisie genauso wie die neue Bourgeoisie in der DDR. Nach wie vor müssen Beamte des westdeutschen imperialistischen Staatsapparates sich jede Reise vom Verfassungsschutz genehmigen lassen. Umgekehrt muß die neue Bourgeoisie in der DDR ihre Grenze den Massen gegenüber dichthalten. Beide fürchten, daß die Massen untereinander die Erfahrungen im Klassenkampf austauschen und sich über den Sturz ihrer Ausbeuter verständigen. Voreinander haben sie allemal weniger Angst als vor den Massen.

Reisefreiheit, Glaubensfreiheit? Es geht um die Freiheit der westdeutschen Imperialisten, nachdrücklich die staatliche Souveränität der DDR zu untergraben und Zersetzung im Lager des Sozialimperialismus zu organisieren. Freizügigkeit? Freizügigkeit des Kapitals in der Ausbeutung der Arbeiterklasse der DDR. Mit solchen Phrasen werden imperialistische Eroberungskriege vorbereitet. Die Kampagne der westdeutschen Bourgeoispolitiker und Journalisten ist verlogen, abgefeimt und reaktionär. – (Z-Red.)

Afrika den Afrikanern

Liebevoll beschreiben die westdeutschen Imperialisten die Provinz Shaba des afrikanischen Staates Zaire. Sie lecken sich die Finger danach. „In der umkämpften Region Shaba, dem früheren Katanga, konzentriert sich der Reichtum Zaires an Bodenschätzen. Zaire ist der größte Kupferproduzent der westlichen Welt neben Chile und Sambia. Außerdem gibt es hier Kobalt und Uran,“ memorieren die Fernsehnachrichten. Westliche Welt? Zaire liegt in Afrika, wie Sambia in Afrika liegt und Chile in Südamerika. „Westliche Welt“ soll heißen: das gehört uns, den westlichen Imperialisten. Die sowjetischen Sozialimperialisten sind anderer Auffassung. Sie wollen es haben. Sie sind höchstens noch gieriger auf die Reichtümer Afrikas und Zaires, denn sie hatten noch weniger Gelegenheit, die afrikanischen Völker auszubeuten und ihre Reichtümer zu stehlen. Das wollen sie nachholen. Vor siebzehn Jahren hat die belgische Kolonialmacht Katanga abspalten wollen. Ihre Absicht war doppelt. Sie wollten gegenüber den US-Imperialisten, die Belgien als Kolonialmacht ablösen wollten durch ihren Neokolonialismus, politische Bastionen erhalten. Vor allem wollten sie die entstehende Nation von Zaire und die afrikanische Einheit spalten. Bloß wenn das gelingt, können die imperialistischen Ausbeuter auf Fortsetzung der Ausbeutung hoffen. Also machen es die sowjetischen Sozialimperialisten nicht anders. Sie setzen auf die früheren belgischen Söldner, die Katanga-Gendarmen, und auf die Sezession. Nach Angola noch ein Stück Afrika, das würde ihnen schmecken. Von der anderen Seite her wollen die US-Imperialisten den Fuß auf den Reichtümern Afrikas halten und die Unabhängigkeit Zaires treten. Da kommen ihnen die Aggressionen des Sozialimperialismus gerade recht, um ihrerseits Einmischung zu treiben. Noch schicken sie angeblich erst Nahrungsmittel. Anders Frankreich. „Bedrängten Freunden“ müßte man helfen. Wie hilft man ihnen als Imperialist? Man geht hin und schaut, daß man sich festkrallt. Im Fernsehen hat Giscard mit dem Zeigestock an der Weltkarte herumgefuchtelt. Wie alle Imperialisten hat er von den Reichtümern Zaires geschwärmt. Sie werden sich nie damit abfinden, daß diese Reichtümer nicht ihnen, sondern den Afrikanern, dem Volk von Zaire gehören.

Die BRD-Imperialisten heben oft hervor, wie glänzend es sei, schon durch die Niederlage im I. Weltkrieg von der kolonialen Vergangenheit befreit worden zu sein. Das ist reine Heuchelei, denn es erschwert die Intervention aus „traditioneller Freundschaft“ und ähnlich edlen Motiven. Deshalb versuchen sie immer penetranter, „besondere Beziehungen“ zu den ehemaligen deutschen Kolonien zu pflegen, zum Beispiel zu Togo. Zu dem französischen Schritt, Flugzeuge und militärische Berater nach Zaire zu schicken, haben sie gesagt, sie selber dächten gegenwärtig an nichts Entsprechendes. Und wie sie in Wirklichkeit an Entsprechendes denken! Mit Nachdruck betreiben sie ihr Fregattenprogramm. Über die französische Intervention werden sie die Drähte zwischen Bonn und Paris heiß telephonieren, um die Konditionen der Beteiligung zu klären. Washington wird Schaltstation sein. Es ist richtig, den Austritt aus der NATO zu fordern.

Afrika wird der Schwarze Kontinent genannt. Wie wahr für die Imperialisten. Sie werden sich die Zähne ausbeißen. Noch besser ist, ihnen die Zähne möglichst auszuschlagen. Das Fregattenprogramm des BRD-Imperialismus muß fallen.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhoferstraße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Plankstadt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511 814045 – zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhoferstraße 29, 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 15/1977: 32 000

Integriertes Rohstoffprogramm

Am 2./3.4.77 endeten vierwöchige Verhandlungen der Entwicklungsländer mit den imperialistischen Staaten im Rahmen der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) über einen gemeinsamen Fonds für ein integriertes Rohstoffprogramm. Auch wenn die Imperialisten das Zustandekommen des Fonds nochmals verhindern konnten durch die Verweigerung ihrer Zustimmung, verstärkten die Entwicklungsländer ihren Druck auf sie und entwickelte sich ihr Kampf auf dem Gebiet der Weltwirtschaft gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus weiter. 1964 setzten sie in der UNO die Einrichtung der UNCTAD durch. Konferenzen fanden bisher in Genf (1964), Neu Dehli (1968), Santiago (1972) und Nairobi (1976) statt. Auf der 6. Sondersitzung der UNO-Vollversammlung wurde ein „Aktionsprogramm" für eine „neue Weltwirtschaftsordnung" beschlossen. In der „Erklärung und im Aktionsprogramm" der „Gruppe der 77" faßten inzwischen 110 Entwicklungsländer eine gemeinsame Plattform gegen die imperialistischen Staaten. Ein wesentlicher Bestandteil und Schritt zur Verwirklichung ihrer Forderung nach gerechtem Austausch ist ihre Forderung nach einem integrierten Rohstoffprogramm. Es soll die starken Preisschwankungen auf dem Weltmarkt ausgleichen und einen erfolgreichen Kampf dagegen ermöglichen, daß die Imperialisten den Entwicklungsländern immer weniger für ihre Produkte bezahlen und immer höhere Preise für ihre Industrieprodukte verlangen.

Freier Weltmarkt – Reichtum für die Imperialisten, Armut für die Entwicklungsländer

Obwohl die Entwicklungsländer ungeheure Reichtümer besitzen und 70 % der Weltbevölkerung stellen, beliefen sich ihre Auslandsschulden Ende 1975 auf 145 Milliarden Dollar, ihr Anteil an der Industrieproduktion betrug 7 %. Die gesamte Industrie der imperialistischen Länder und ihre Energiewirtschaft hängt ab von den Rohstoffen, dem Erdöl – der Ausplünderung der Entwicklungsländer. Bei den 18 Rohstoffen, für die das integrierte Rohstoffprogramm zunächst gelten soll, liefern die Entwicklungsländer Kakao 99 %, Kaffee 97 %, Tee 81 %, Zucker 64 %, Baumwolle 65 %, Jute 96 %, Sisal 96 %, Kautschuk 97 %, Kupfer 59 %, Zinn 83 %, Rindfleisch 34 %, Bananen 89 %, Mangan 59 %, Phosphate 56 %, Bauxit 79 %, Eisenerz 42 %, Pflanzenöl 22 %, Ölsaaten 42 %.

75 % der Rohstoffexporte gehen an die USA, Westeuropa und Japan. 90 % der Energieeinfuhr der EG und 42 % der mineralischen Rohstoffe der EG kamen 1974 aus den Entwicklungsländern, 30 % der Ausfuhr der EG ging dahin. Durch den ungleichen Tausch, die rigorose Ausplünderung, verhindern die Imperialisten die selbständige Kapitalbildung in den Entwicklungsländern und den Aufbau eigenständiger Wirtschaften und wollen die Abhängigkeit vom Export einzelner Rohstoffe und darüber von dem von ihnen kontrollierten Weltmarkt verewigen. Die Entwicklungsländer produzieren z.B. 42 % des Eisenerzes, das die kapitalistischen Länder verbrauchen, können aber nur 4,5 % des Stahls produzieren, d.h. den eigenen Bedarf weitgehend durch Importe decken.

Aus diesem Handel, den sie mit dem Schlachtruf „Freiheit der Märkte" verteidigen, ziehen die Imperialisten ungeheure Profite. So erzielen z.B. die US-Imperialisten in den Entwicklungsländern, wo sich 30 % ihrer Gesamtauslandsinvestitionen befinden, über 50 % der Gesamtprofite. Die Profite der US-Stahlkonzerne US-Steel und Bethlehem Steel Corporation z.B. stiegen 1974, einem Krisenhöhepunkt, auf 107,7 Millionen Dollar im Vergleich zu 56 Millionen Dollar im Jahr davor. Die Zweigwerke der beiden Konzerne in Venezuela ergatterten aus jeder Tonne Eisenerz aus Venezuela Profite in Höhe von 348 Dollar, 87mal mehr, als der venezulanische Staat für das ausgebeutete Eisenerz bekam.

Nicht anders sieht es auf seiten des Sozialimperialismus aus. Wie alle Imperialisten deklariert er seinen Kapitalexport als „Hilfe" für die Entwicklungsländer. Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt am 31.3.77, daß die gesamten Kredite des Comecon von 1950 bis 1975 20 Milliarden US-Dollar ausmachen. Sie dienen der Exportförderung, sind gebunden an den Bezug von Waren, die oft nicht konkurrenzfähig und preislich überhöht sind. In Afrika allein haben sie als Tribut dafür zwischen 1960 und 1974 landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe für ihre Rückzahlung im Wert von 4,7 Milliarden Dollar an sich gerissen, für 1,8 Milliarden Dollar Baumwolle, für 700 Millionen Dollar Kakao, für 400 Millionen Dollar Früchte, für 300 Millionen Dollar Reis, für 200 Millionen Dollar Öl. Insgesamt ist aus diesem „gerechten Handel" und dieser „brüderlichen Hilfe" den afrikanischen Staaten ein Verlust von 2,4 Milliarden Dollar entstanden. (nach: ATA, Albanische Nachrichtenagentur, 27.5.76)

Eine große Bedeutung bei der Ausplünderung der Entwicklungsländer durch den ungleichen Tausch hat der Waffenhandel. Die Entwicklungsländer brauchen Waffen, um sich gegen die Bedrohung der Imperialisten, im antikolonialen Befreiungskampf weiterhin zur Wehr zu setzen, die Imperialisten schüren Widersprüche und Kriege. Gleichzeitig verfügen sie über das Monopol auf die entwickelte Kriegstechnologie. Von 1950 bis 1975 hat die UdSSR Waffen für 14,2 Milliarden US-Dollar, 730 Millionen Dollar oder 5,5 % mehr als die USA an Entwicklungsländer geliefert. Inzwischen ist sie zum größten Waffenhändler der Entwicklungsländer aufgestiegen, die sie meist durch Rohstofflieferungen bezahlen müssen.

Das „integrierte Rohstoffprogramm" ...

Mit dem integrierten Rohstoffprogramm wollen die Entwicklungsländer festere, gerechtere Preise ihrer Waren auf dem Weltmarkt durchsetzen. Durch die Schaffung eines allgemeinen Rohstoffonds soll die Intervention an den 18 wichtigsten Rohstoffmärkten (zunächst 10) finanziert werden und sollen die Preisschwankungen in Grenzen gehalten werden. Wenn z.B. der Kupferpreis stark sinkt, soll der Fonds Kupfer aufkaufen auf eigene Rechnung, lagern und dadurch einen weiteren Preisrückgang verhindern. Fondsverkäufe wirken entsprechend Preissteigerungen entgegen. Die Hauptbestandteile sind:

- gemeinsamer Finanzierungsfonds
- Aufbau von Rohstofflager
- Abschluß langfristiger Kaufverträge und dadurch planmäßige Regulierung der Rohstoffproduktion
- verstärkte Rohstoffverarbeitung in den Entwicklungsländern selber.

Das Sekretariat der UNCTAD veranschlagt die Höhe der Kosten mit ca. 4,5 bis 5 Milliarden Dollar (3,3 Milliarden US-Dollar im Normalfall für Preisinterventionen, 1,2 bis 1,7 Milliarden als Sicherheit für Sondersituationen, 1 bis 1,5 Milliarden Dollar für das Anlegen weiterer Rohstofflager). 2 Milliarden sollen durch Anleihen aufgebracht werden. Von den sofort benötigten 3 Milliarden US-Dollar müßte damit noch 1 Milliarde von den Teilnehmerstaaten und davon 829 Millionen Dollar durch alle OECD-Staaten getragen werden (für die 10 Kernrohstoffe nach dem Modell 50 : 50, d.h. Ausgleich von Schwankungen bis 50 %). Die BRD müßte davon 86 bis 110 Millionen Dollar übernehmen.

... wird von den Imperialisten verbissen bekämpft

Das Streben der Staaten der Dritten Welt, über ihre Bodenschätze volle Souveränität zu erlangen, richtet sich direkt gegen die Ausbeutungsinteressen der imperialistischen Mächte. Ihr Ziel, die Welt zu beherrschen, können sie nur erreichen, indem sie die Völker daran hindern, die Souveränität zu erlangen. Die wichtigen Resolutionen über eine neue Weltwirtschaftsordnung sind auf ihren heftigen Widerstand gestoßen. Die Bildung des integrierten Rohstoffprogramms lehnen sie entschieden ab. Nach einer scheinheiligen Unterstützungserklärung versuchte der sowjetische Delegierte den Fonds zu Fall zu bringen und die Imperialisten aus der Verantwortung zu ziehen, indem er „freiwillige Beitragszahlung" forderte. Schon im Oktober 76 hat die sowjetische Regierung die gerechten Forderungen u.a. mit der Begründung abgelehnt:

„Es gibt keine Grundlage dafür, und es kann auch keine dafür geben, bei der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten jene Forderungen zu erheben, die die Entwicklungsländer den kapitalistischen Industriestaaten stellen ..."

Zusammen mit den US-Imperialisten tritt der BRD-Imperialismus als schärfster Gegner auf. Die Bundesregierung behauptet, das Programm würde mindestens 15 Milliarden Dollar erfordern, wobei sie neben anderen Manövern den Trick anwendet, die Kosten der Rohstoffe, die die imperialistischen Länder, vorneweg die USA und die Sowjetunion, selbst produzieren und verbrauchen, miteinzuberechnen. „Am Ende könnten gerade die ärmsten Länder die dann aufgeschaukelten Preise für Rohstoffe, die sie selbst nicht besitzen, überhaupt nicht mehr bezahlen" (ZDF, 6.4.77), behauptet die Bundesregierung, um die Entwicklungsländer auseinanderzudividieren, insbesondere die ölexportierenden Staaten unter den Entwicklungsländern zu isolieren. Tatsächlich jedoch stärkt der Zusammenschluß alle Entwicklungsländer gegen die plündernden Imperialisten und sind auch die meisten vom Export des einen oder anderen der 18 Rohstoffe abhängig. Das Ziel des gesamten Programms ist es gerade, durch die Stabilisierung des Exporterlöses den beschleunigten Aufbau einer selbständigen Wirtschaft und die Verminderung der Abhängigkeit vom Rohstoffexporterlös insgesamt zu erreichen.

Einzelrechte sollen die zügellose Ausplünderung auch in Zukunft sichern

Der gerechten Forderung der Entwicklungsländer treten die westlichen Imperialisten mit einem unverschämten, aggressiven Bankprojekt gegenüber, das „in wichtigen Zügen die Handschrift der Bundesregierung trägt" (ZDF 6.4.77). Die freie Herrschaft der imperialistischen Monopole über den Rohstoffmarkt und an den Einzelabkommen zur Erpressung jedes Landes, isoliert von den anderen, soll festgehalten werden. Zahlungsbilanzdefizite sollen über einen Sonderfonds des Internationalen Währungsfonds IWF ausgeglichen werden können. „IWF-Hilfen sollen Exporterlöse stabilisieren." (Handelsblatt, 18./19.3.77) „Im Bonner Finanzministerium gibt man der zahlungsbilanzorientierten Erlösstabilisierung über den Währungsfonds den Vorzug, weil diese Institution seit vielen Jahren in bewährter Form die Gewährung von Zahlungsbilanzhilfen an wirtschaftspolitische Bedingungen knüpft." (Handelsblatt, 19./20.3.77) Gegenüber dem Lomé-Abkommen, wo die EG-„Hilfe" sich jeweils auf einzelne Rohstoffe bezieht, bietet dieses Vorgehen noch bessere Einmischungsmöglichkeiten, indem der IWF „an der Gesamterlössituation in Verbindung mit der Zahlungsbilanz anknüpft" und damit direkt die Innenpolitik der Staaten diktieren will. Jedes Land würde eine Mitgliedsquote im Fonds erhalten, die es zu über 50 % erst in Anspruch nehmen könnte, wenn es „sich bereit zeigt, bei der Lösung seiner Zahlungsbilanzprobleme mitzuwirken". „Dadurch, daß Kredite ... nur unter wirtschaftspolitischen Auflagen zu erhalten sein werden, trägt sie den Charakter eines disziplinierenden Instruments." Als Köder zur Spaltung der Front der Entwicklungsländer soll ein Sofortprogramm von 1 Milliarde Mark den ärmsten angeboten werden. Außerdem betreiben sie die Abspaltung der OPEC und wollen auch noch innerhalb der OPEC spalten. Für die Ausweitung der Aktionen sind sie dabei, einen Sonderfonds mit 10 bis 20 Milliarden Dollar zu schaffen, zu dem zu 50 % die USA, BRD, Schweiz, Japan und „allenfalls Holland" und zu 50 % die OPEC-Staaten, – gedacht ist an Saudi Arabien, Kuweit und die Vereinigten Arabischen Emirate und möglicherweise Venezuela – beteiligt sein sollen. Saudi Arabien soll mit dem Angebot, im Vorsitz des IWF einen Platz zu erhalten, eingekauft werden.

Mit diesem Projekt wollen sie bei der Nord-Süd-Konferenz (29.4. bis 14.5. in Paris) vorgehen; ihren Vorsitz soll Willy Brandt, als Führer der „Sozialistischen Internationale" ein professioneller Roßtäuscher, übertragen bekommen.

Zusammenschluß: die Stärke der Entwicklungsländer

Noch eine wichtige Rolle hat der BRD-Imperialismus in der Unterdrückung der Entwicklungsländer übernommen. Er hat ein besonderes Interesse, seine Einflußsphären auf Kosten der schwächeren imperialistischen Länder Westeuropas auszudehnen. Kredite und Investitionen der „privaten Wirtschaft" nahmen 1976 um 23 % auf 9,3 Milliarden DM zu, zusammen mit den staatlichen Krediten auf 13,4 Milliarden DM. Nach den USA ist er damit der zweitgrößte Kapitalexporteur. (Die Welt, 22.3.77) Auf der 4. UNCTAD-Konferenz in Nairobi traten die imperialistischen Mächte zerstritten auf. Während die USA, BRD, Großbritannien sich gegen den Fonds aussprachen, stimmten ihm 18 Länder der Zweiten Welt, kleinere imperialistische Staaten, grundsätzlich zu. Auf dem EG-Gipfel in Den Haag hat Bundeskanzler Schmidt allen eindeutig erklärt, daß der BRD-Imperialismus eine geschlossene Front gegen die Entwicklungsländer fordert, und er hat gerade den IWF als Druckmittel gegen die EG-Staaten, die tief in der Krise stecken, eingesetzt. (Vergleiche KVZ Nr. 11/77) Es wird in den weiteren Verhandlungen eine entscheidende Rolle spielen, wieweit es den Entwicklungsländern gelingt, die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten auszuspielen und eine einheitliche Front der EG-Staaten zu verhindern. Die Aussichten der Imperialisten sind schlecht. Die Stärke der Entwicklungsländer liegt in ihrem Zusammenschluß. Immer mehr vertrauen sie auf ihre eigene Kraft und wollen die Rohstoffe für ihre eigenen Interessen einsetzen. Wie die bürgerliche Presse eingesteht, haben die Entwicklungsländer entschieden daran festgehalten, daß vor Einzelverhandlungen der imperialistischen Länder ihre grundsätzliche Zustimmung zum Fonds geben müssen.

Auf der Sitzung der UNCTAD IV am 6. Mai 1976 sagte der Außenminister Guyanas in bezug auf die Pariser Nord-Süd-Konferenz bereits: „... Wir sollten uns nicht länger irgendwelche Illusionen über die Pariser Gespräche machen. Einige der teilnehmenden Schlüsselfiguren aus der entwickelten Welt sind nicht erschienen, um den globalen Konsensus voranzubringen, sondern vielmehr, um Zwietracht zu säen und sich erfolglos bei den Verhandlungen über Sonderverträge zu versuchen, die auf eine Verhinderung des Entstehens einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zielen. ..." – (Z-Red.)



Ein großer Teil der für die Imperialisten strategisch wichtigen Rohstoffe kommt aus Afrika und insbesondere Schwarzafrika. Hier versuchen die beiden Supermächte und ihre imperialistischen Verbündeten derzeit mit allen Mitteln, den Zusammenschluß der Völker und Staaten gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus zu verhindern. Zaire gilt als „Herz" und reichstes Land Afrikas, was die natürlichen Bedingungen betrifft. Trotzdem gehört es mit einem Brutto-Sozialprodukt von pro Kopf 100 Dollar pro Jahr (1972) zu den ärmsten Staaten der Welt. Gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten hat die Regierung Mobutu 1973 die „Zairisierung" der Wirtschaft beschleunigt. Seither verstärken die Imperialisten ihren Würgegriff. Der sowjetische Sozialimperialismus hat über Angola den Abtransport des Kupfers, aus dessen Einnahmen der größte Teil der Staatseinnahmen bestritten wird, nahezu vollständig blockiert. Jetzt versucht er über die Invasion der Katanga-Söldner die Bergbauprovinz Shaba abzuspalten. In Kivu und Shaba sind vier Fünftel aller im Bergbau Beschäftigten, von 55 485 Bergbauarbeitern 43 460 (Stand 1970), von den 91 835 Industriearbeitern sind 26 505 in Shaba, in Kinshasa weitere 40 000, im Transportwesen und Energieversorgung arbeiten von 76 355 Arbeitern 21 921 in Shaba. Innerhalb Shabas konzentrieren sich 98,6 % des Bergbaus und der Hüttenindustrie und 96 % der Stromerzeugung, 93 % der verarbeitenden Industrie im Süden der Provinz.

Erklärungen der Organisation für Afrikanische Einheit zur Aggression gegen Zaire

Erklärung des OAU-Generalsekretärs William Eteki Mboumova:

„Entsprechend den Grundsätzen unserer Organisation – Einheit und Frieden – duldet wir keinerlei Verletzung der Sicherheit und Stabilität irgendeines OAU-Mitgliedsstaates." Dies erklärte der OAU-Generalsekretär zur Invasion von Söldnern in Zaires Provinz Shaba. „Die gesamte Gemeinschaft der afrikanischen Einheit sollte sich über die Invasion der Söldner im Südosten Zaires vollständig bewußt werden." Er erklärte weiter, daß als Antwort der OAU auf diese Aggression der Vorsitzende der OAU, Seewoosagur Ramgoolam, eine Botschaft zur Unterstützung an Mobutu Sese Seko, den Präsidenten der Republik Zaire, geschickt hat.

„Afrika wird zu einem bevorzugten Schauplatz des Kampfes um Hegemonie. Es ist deshalb notwendig, am Prinzip der Blockfreiheit festzuhalten und zu verhindern, daß der Kampf um Hegemonie in die afrikanische Familie eindringt."

Seewoosagur Rangoolam, Vorsitzender der OAU und Premierminister von Mauritius, hat seine volle Unterstützung für Zaire in dessen Widerstandskampf gegen die Aggression in der Shaba-Provinz erklärt.

Im Namen der OAU und seiner Regierung erklärte er, „die Nachricht von der Verletzung der territorialen Integrität Zaires, einem Bruderland und einem Mitglied der Organisation für Afrikanische Einheit, hat Empörung nicht nur unter den Mitgliedsstaaten der OAU ausgelöst, sondern ebenso unter all den Völkern, die Frieden und Freiheit lieben.

Diese Aggression gegen die Sicherheit eines Staates, eine verantwortungslose Handlung, droht äußerst ernste Folgen für die Sicherheit in diesem Teil Afrikas nach sich zu ziehen. Die OAU, deren Charta die Prinzipien der territorialen Integrität und staatlichen Souveränität all ihrer Mitgliedsstaaten festlegt, verurteilt uneingeschränkt und bekämpft entschlossen die Invasion.

Regierung und Volk Zaires haben in diesem traurigen Augenblick der Prüfung eures Landes die vollständige Unterstützung und Solidarität der Organisation für Afrikanische Einheit und meiner Regierung."

(Nach Hsinhua, 1. und 3. April)

Sozialdemokratie in den Gewerkschaftsvorständen: Kein Schwindel zu plump, um das imperialistische Energieprogramm durchzupauken

Wo die westdeutschen Imperialisten mit ihren Profitmachenschaften und in der imperialistischen Konkurrenz in Schwierigkeiten kommen, da ist die Sozialdemokratie sofort zur Stelle. Das gilt nicht nur für die führenden Sozialdemokraten in der Regierung, die dafür von den Kapitalisten angestellt sind. Das gilt auch für die führenden Sozialdemokraten in den Gewerkschaften, obwohl sie nicht von den Kapitalisten, sondern von den Arbeitern und Angestellten als Funktionäre angestellt sind.

Gegenwärtig haben die westdeutschen Imperialisten mit ihrem Energieprogramm und insbesondere mit dem Kernenergieprogramm Schwierigkeiten. Die Bauern sind dagegen, weil der Bau von Kernkraftwerken ihre ökonomische Existenz bedroht und vernichtet. Auch viele Arbeiter sind dagegen und unterstützen die Bauern. Sie wissen, daß das Energieprogramm der Imperialisten Teil des allgemeinen Ausplünderungsprogrammes ist und daß es keinem anderen Zweck dient als der Verschärfung der Ausbeutung, Höchstprofiten und der imperialistischen Expansion. Sie wissen, daß deshalb beim Bau von Kernkraftwerken unter der Herrschaft der Bourgeoisie keine Sicherheit existieren kann, was immer die Kapitalisten und ihre Wissenschaftler behaupten. Wer unter Akkord und unter Antreiberei des Meisters Schweißnähte ziehen muß, weiß, wie es mit dieser Sicherheit steht. Und warum sollen die Arbeiter dafür sein, daß durch das Kernenergieprogramm die Vernichtung von Mensch und Natur durch die kapitalistische Produktionsweise weiter vorangetrieben wird? Also verbünden sie sich mit den Bauern und anderen Schichten des Volkes im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm und gegen den Bau von Kernkraftwerken.

Da sich die Bewegung gegen das im-

Da sich die Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm entwickelt, wurde es Zeit für die Sozialdemokratie, etwas zur Spaltung der Bewegung zu unternehmen. Die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften und Hauptvorständen verfiel in hektische Betriebsamkeit. In allen Gewerkschaftszeitungen wurden Artikel abgedruckt, die vorgaben, das „Für und Wider" abzuwägen und selbstverständlich bei „sorgfältiger Abwägung aller Faktoren" dabei landeten, daß das imperialistische Kernenergieprogramm vorangetrieben werden müsse. Loderer hat sich sogar in die Bresche geworfen, um das Reaktorengeschäft mit Brasilien durchzupauken. „Der Vertrag muß auf Punkt und Komma erfüllt werden." Am 5. April hat der DGB jetzt eine Stellungnahme verfaßt. Sie entspricht vorausgehenden Stellungnahmen der Beiräte der IG Metall und der IG Chemie. Der Beirat der IG Chemie am 9. März:

„Zur Frage der Kernenergie geht die IG Chemie davon aus, daß zur Zeit ohne Kernenergie unser wirtschaftlicher Lebensstandard und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrien bedroht sind."

Loderer schon im Dezember vor dem Beirat der IG Metall:

„Die IGM vertritt erstens die Interessen der Arbeitnehmer, die mit dem Bau von Kernkraftwerken beschäftigt sind. Dies schließt die Sorge um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze ein.

Die IGM vertritt zweitens die Interessen der Arbeitnehmer der Metallwirtschaft insgesamt. Dies schließt die Forderung nach der Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung ein. Sie ist ihrerseits eine Voraussetzung für ein angemessenes Wachstum und für die Verwirklichung des Vollbeschäftigungsziels.

Die IGM tritt drittens ein für aktive Umweltpolitik und für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Als Interessenvertretung der Arbeitnehmer in einem weltweit operierenden Industriezweig mit hoher Exportabhängigkeit nimmt die IG Metall keinen Autarkiestandpunkt ein. Die besonderen Probleme und Risiken des Energieimports gebieten jedoch den eher überproportionalen Ausbau heimischer Energiequellen.

Unbestreitbar sind technische und zeitliche Probleme für den Einsatz von energiesparenden Technologien und für die Entwicklung anderer umweltfreundlicher Energieträger. Deswegen ist ein genereller Verzicht auf die Verwertung der Kernenergie gegenwärtig nicht möglich."

Am 25. März wiederholte Loderer seine Argumente vor dem Beirat, und dort wurde dann entsprechend Beschluß gefaßt.

Kehrreim der Stellungnahme der Sozialdemokratie in den Hauptvorständen der Gewerkschaften ist, daß die „Wettbewerbsfähigkeit" der westdeutschen Industrie gesichert und dadurch „Vollbeschäftigung" geschaffen werden müsse. Dafür brauche man die Kernenergie. Am wildesten treibt es in dieser Hinsicht die IG Bergbau, die kühn behauptet: „Mehr Energie bedeutet neue Arbeitsplätze." „Auch wäre die Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit im Exportgeschäft ausgeschlossen – und damit verstärkte Arbeitslosigkeit die Folge", wenn die Bourgeoisie mit ihrem Energieprogramm nicht durchkäme.

Der DGB behauptet in seinem Aufruf zum 1. Mai, er werde „keinen Arbeitslosensockel dulden". Das ist nicht gegen die Bourgeoisie gerichtet. Vielmehr wird der DGB jetzt eine Kampagne entfalten, man müsse den Widerstand gegen das Energieprogramm der Bundesregierung brechen, um die

Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Mit den Tatsachen und wissenschaftlicher Wahrheit hat das alles natürlich nichts zu tun. Es ist der Versuch, die Arbeiter über die Tatsachen und wissenschaftlichen Wahrheiten hinwegzutäuschen, um das imperialistische Energieprogramm durchzusetzen. Wie sehen die Tatsachen aus?

Energie und Arbeitsplätze

An sich gibt es keinen Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Arbeits*plätzen*. Wird viel Maschinerie verwandt zur Herstellung einer bestimmten Anzahl Produkte, dann ist dazu mehr Strom und weniger lebendige Arbeit notwendig. Arbeits*plätze* werden dadurch nur im Kapitalismus beseitigt. Im Kapitalismus aber werden sie beseitigt. Der Kapitalist setzt Maschinerie nur ein, wenn er damit die Kosten senken kann und aus weniger Arbeitskräften mehr Profit herausschlagen kann. Der Einsatz der Maschinerie muß für den Kapitalisten in der Produktion billiger sein als die durch die Maschinerie eingesparten Arbeitskräfte. Der Strompreis bei steigendem Stromverbrauch ist dabei für den Kapitalisten einer der Faktoren, mit denen er kalkuliert, wenn er Arbeitskräfte durch Maschinerie ersetzen will. Im Kapitalismus wird der Arbeiter in Konkurrenz zur Maschinerie und folglich auch zum Strom gesetzt. Je billiger die Maschinerie und der Stromverbrauch im Vergleich zur menschlichen Arbeitskraft, die für die gleiche Produktion notwendig wäre, um so heftiger wird die menschliche Arbeitskraft gedrückt. Der Druck der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wirkt sich als Arbeitslosigkeit, aber darüber dann auch als Lohndruck aus.

Strom brauchen alle Kapitalisten, darum sind auch alle Kapitalisten dahinter her, daß billiger Strom da ist. Strom brauchen aber auch alle Arbeiter und alle anderen Teile des Volkes. Also bietet sich für die Kapitalisten neben der verschärften Ausbeutung der Arbeiter, die Stromerzeugungsanlagen bauen, und der Arbeiter, die Strom erzeugen, eine weitere Methode an, um den Strom für die Kapitalisten billig zu halten: die Ausplünderung der Volksmassen über die gespaltenen Strompreise für die Kapitalisten und für die Haushalte. Heute beträgt die Differenz rund 7 Pfennig im Durchschnitt pro Kilowattstunde. Wir haben bereits früher, in KVZ Nr. 48/76, ausgerechnet, wieviel die Kapitalisten auf diese Art und Weise aus den Volksmassen herausgeholt haben. Es waren seit 1950 bis 1975 immerhin 43,58 Milliarden.

Durch diese Ausplünderung der Arbeiter- und Volksmassen über die Strompreise ist die Konkurrenzfähigkeit des Stroms gegenüber der lebendigen Arbeitskraft ständig verbessert worden. Was die Elektrizitätsversorgungsunternehmen über die Strompreise den Haushalten aus der Tasche zogen, nutzten sie, um lebendige Arbeitskraft auf die Straße zu werfen, und das wiederum erleichtert die Senkung der Löhne.

Jahr	Stahlindustrie: Anlagevermögen Mio DM Preise 1960	Stahlindustrie: Stromverbrauch Mio kWh	Stahlindustrie: Arbeiter	Chemieindustrie: Anlagevermögen Mio DM Preise 1960	Chemieindustrie: Stromverbrauch Mio kWh	Chemieindustrie: Arbeiter	Industrie gesamt: Anlagevermögen Mio DM Preise 1960	Industrie gesamt: Stromverbrauch Mio kWh	Industrie gesamt: Arbeiter
1959	18 377	10 735,6	459 021	23 657	18 188,0	308 504	176 152	70 229,6	6 319 936
1960	19 553	12 235,0	487 855	25 253	20 269,3	323 039	190 285	77 819,4	6 545 366
1961	21 131	12 523,0	499 904	27 207	21 050,8	338 317	206 831	81 617,3	6 674 076
1962	23 025	12 715,6	485 108	28 986	21 974,4	336 922	223 854	85 217,6	6 622 811
1963	24 892	13 065,7	465 661	30 520	23 490,7	336 259	239 518	90 069,5	6 500 404
1964	26 667	14 873,5	465 480	32 217	25 523,6	339 694	254 599	97 624,7	6 491 082
1965	28 131	15 617,7	470 493	34 471	27 020,2	349 256	270 918	102 874,8	6 578 216
1966	29 422	16 048,3	443 549	37 219	28 280,7	349 777	287 168	106 019,7	6 452 469
1967	30 282	16 241,8	407 537	39 822	29 524,2	337 797	301 311	106 878,2	5 926 865
1968	30 804	18 329,9	405 378	42 136	31 262,3	335 634	313 804	115 796,3	5 966 915
1969	31 443	19 989,5	415 009	44 929	33 448,2	353 656	328 950	125 169,0	6 284 209
1970	32 517	21 018,7	426 144	48 266	25 107,0	368 149	347 974	132 544,8	6 470 673
1971	34 143	19 969,7	410 377	51 307	35 370,7	357 373	368 852	136 270,0	6 342 108
1972	35 834	21 203,1	385 544	53 768	36 588,0	346 542	387 295	141 795,1	6 128 872
1973	37 004	23 673,6	386 042	55 844	40 472,1	347 891	403 302	154 100,3	6 117 190
1974	37 590	24 463,5	382 207	58 064	43 472,4	352 253	416 873	157 680,9	5 892 024

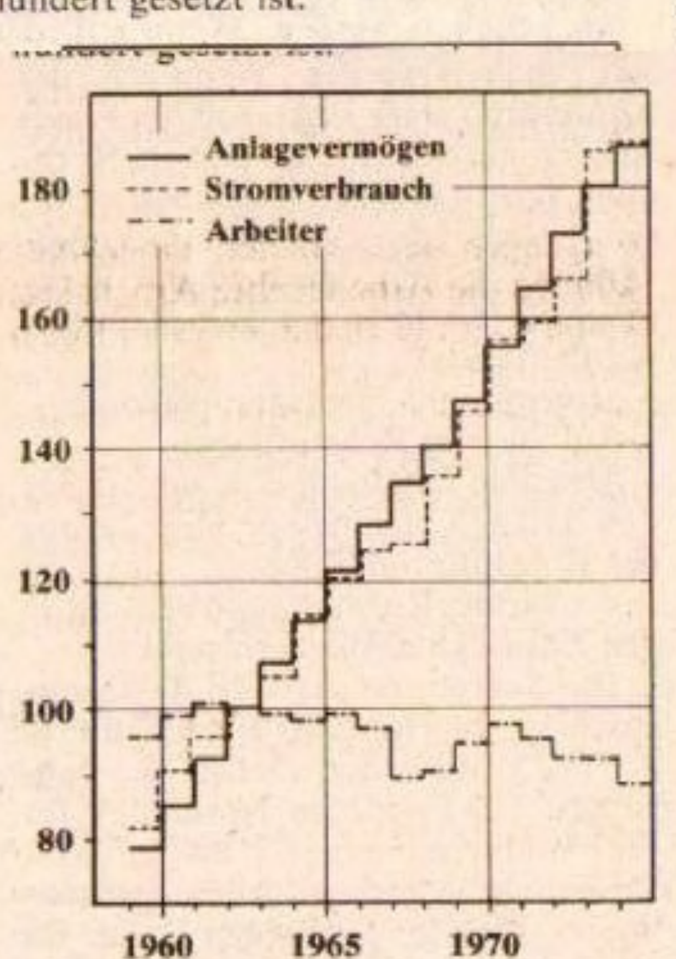
Quelle: Rolf Krengel, Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD, Berlin, 11. und 17. Folge

Durch die Ausplünderungsmaßnahmen der Bourgeoisie wird die kapitalistische Rationalisierung beschleunigt und erleichtert. Mit Strom hat das nichts zu tun, wohl aber mit imperialistischer Energiepolitik. Für diese traten die Sozialdemokraten ein. Die kapitalistische Rationalisierung führt nicht nur zu einer Steigerung des Stromverbrauchs pro Arbeiter in der Produktion, sondern direkt zu einem Rückgang der Verwendung menschlicher Arbeitskraft in der kapitalistischen Produktion, die mit Steigerung der Ausbeutung Hand in Hand geht. So wächst das Kapital in den Händen der Kapitalisten ununterbrochen an, während die Zahl der Arbeiter nicht nur relativ, sondern in der unmittelbaren industriellen Produktion auch absolut sinkt. Immer mehr Produktionsmittel werden in der Hand der Kapitalisten konzentriert, während auf der Seite der Arbeiter der Druck der industriellen Reservearmee und der Druck auf den Lohn sich verstärkt.

In der obigen Tabelle kann man die Entwicklung des Anlagevermögens in der Hand der Industriekapitalisten, die Steigerung des Stromverbrauchs durch die Industriekapitalisten und die Entwicklung der Zahl der Industriearbeiter sehen. Die IG Chemie und die IGM behaupten, die imperialistische Energiepolitik schaffe Arbeitsplätze und sichere die Vollbeschäftigung. Das ist blanker Schwindel.

Die drei Tabellen gehen nur bis zum Jahr 1974, einem Jahr, in dem die Krise weder in der Stahl- noch in der Chemieindustrie bereits ausgebrochen war. Dennoch gehen schon bis dahin bei rapide steigendem Stromverbrauch durch die Industriekapitalisten die Arbeitsplätze zurück. Was neben dem Stromverbrauch steigt, und zwar noch rascher, ist einzig das Anlagevermögen, das heißt die in der Hand der Kapitalisten angesammelten Produktionsmittel. Wir haben das Anlagevermögen in Preisen von 1960 gerechnet, also dem Preis nach konstant gehalten, damit die Verhältnisse nicht durch die Inflation verzerrt werden. Die Konzentration von immer größeren Massen von Produktionsmitteln in der Hand der Kapitalisten, die eine sinkende Zahl von Arbeitern ausbeuten, zeigt, wie die Ausbeutung der Arbeiter durch die Industriekapitalisten vorangetrieben worden ist mit Hilfe der kapitalistischen Rationalisierung. Für deren Tempo ist die Steigerung des Stromverbrauchs ein Indikator. Dieses Tempo wird durch die imperialistische Energiepolitik beschleunigt, indem sie Lohngelder nutzt, um den Strompreis gegenüber dem Preis der Arbeitskraft immer konkurrenzfähiger zu machen, um schließlich für möglichst wenig Lohn aus den verbliebenen Arbeitskräften möglichst viel herauszuholen.

Es ist also reiner Schmarren, wenn die IG Chemie oder die IG Metall behaupten, durch die imperialistische Energiepolitik würden Arbeitsplätze gesichert. Die imperialistische Energiepolitik hat keine andere Funktion, als die Akkumulation des Kapitals zu beschleunigen, die nur durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter beschleunigt werden kann. Dazu brauchen die Kapitalisten eine wachsende Menge Strom. Arbeitsplatz wird dadurch natürlich kein einziger gesichert. Um die Sache zu verdeutlichen, haben wir ein Schaubild gemacht, das die Entwicklung des Anlagevermögens, des Stromverbrauchs und die Entwicklung der Zahl der Arbeiter in der Industrie durch einen Index verdeutlicht, wobei jeweils die Zahl von 1962 gleich hundert gesetzt ist.



Die Sozialdemokratie versucht im Gefolge der Kapitalisten die Auseinandersetzung um das imperialistische Energieprogramm sorgfältig von den Produktionsverhältnissen zu lösen, unter denen die Energie produziert und verbraucht wird. Energie muß sein, unter allen Produktionsverhältnissen, das ist eine Binsenweisheit. Ist also das imperialistische Energieprogramm erst einmal auf den Satz „Energie muß sein" reduziert, kann man leicht Schwindel betreiben. So steht die Frage aber nicht. Sie heißt vielmehr für die Kapitalisten: Verschärfung der Ausbeutung muß sein, Verschärfung der Ausplünderung muß sein, denn wir wollen Höchstprofite im Kampf mit unseren imperialistischen Konkurrenten. Diesem Streben der Kapitalisten nach Höchstprofiten ist in der bürgerlichen Gesellschaft alles andere untergeordnet und erst recht eine für die Produktion stofflich so grundlegende Frage wie die Energieproduktion und Energieversorgung. Man tut also gut daran, sich auf die Binsenweisheit „Energie muß sein" nicht einzulassen und stattdessen den Charakter des imperialistischen Energieprogramms zu untersuchen. In erster Linie dient dies Programm der Verschärfung der Ausbeutung und der Ausplünderung der Massen, egal, ob sich die Bourgeoisie dabei stofflich auf Öl, Kohle oder Kernenergie stützt. Mit der Anwendung von Kernenergie durch die kapitalistischen Ausbeuter und Ausplünderer wird die Sache allerdings völlig unberechenbar, weil die Kernenergie von ihren stofflichen Eigenschaften her äußerst gefährlich ist. Es ist eine Unverschämtheit, wenn die Sozialdemokratie verständnisvoll über die „Zukunftsängste" der Volksmassen gegenüber der Anwendung der Kernenergie ausläßt. Mag sein, daß es Leute gibt, die vor der Kernenergie als solcher Angst haben. Es gibt ja auch Opportunisten, die den Kampf gegen das imperialistische Kernenergieprogramm auf dieser Basis in die Irre führen wollen. Man braucht aber bloß die Vergangenheit und die Gegenwart anzusehen, um nicht nur gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung, sondern gegen das imperialistische Energieprogramm überhaupt zu sein, weil man gegen die Herrschaft der Bourgeoisie ist.

Wir haben erwähnt, wie mit Hilfe des Strompreises Ausplünderung betrieben wird, wir haben gezeigt, wie die Steigerung des Stromverbrauchs nicht mit einer Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze, sondern bloß mit der Konzentration des Kapitals in der Hand der Kapitalisten Hand in Hand geht. Auf letzteres kommt es den Kapitalisten an. Tatsächlich beruht ein gut Teil der Akkumulation des Kapitals direkt auf der nachträglichen Ausplünderung mittels der Strompreise. Um das zu beweisen, haben wir eine Tabelle gemacht, in der wir die Gelder, die sich die Industriekapitalisten durch die Massen für den Strom zahlen lassen, ins Verhältnis gesetzt haben mit den Investitionen, die die Industriekapitalisten jeweils vorgenommen haben. Ein beträchtlicher Teil dieses Kapitals stammt aus der nachträglichen Ausplünderung der Massen mittels der Strompreise.

Jahr	Tatsächliche Stromkosten Mio DM	„Ersparnis" Mio DM	Anteil „Ersparnis" an Investitionen %
1959	5092	1959	13,59
1960	5681	2070	11,48
1961	6007	2187	10,73
1962	6212	2250	10,59
1963	6593	2333	11,74
1964	7107	2460	11,56
1965	7798	2531	10,44
1966	8036	2629	10,87
1967	8101	2704	12,61
1968	8407	2756	12,91
1969	8599	2954	10,22
1970	9119	2916	8,34
1971	9648	2916	7,63
1972	10507	3176	8,97
1973	11619	3544	10,09
1974	12189	3942	11,37

Die unterschiedlichen Angaben zu KVZ Nr. 48/76 ergeben sich aus den unterschiedlichen Angaben der Quellen Statistisches Bundesamt und Krengel, DIW.

Quelle: VIK, Statistik der Energiewirtschaft 75/76, Rolf Krengel, Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD, Berlin, 11. und 17. Folge

Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften behaupten, sie vertreten die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie das imperialistische Energieprogramm unterstützen. Vom Klassencharakter dieses Energieprogramms lenken sie mit allen Mitteln ab. Erkennt die Arbeiterklasse diesen Klassencharakter des Energieprogramms, dann wird der Kampf dagegen ein Bestandteil des Kampfes für die soziale Revolution und den Sturz des imperialistischen Staates, der nichts ist als ein Apparat zur Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen. – (Z-Red)

Der Kampf um die Durchsetzung der Resolution der Opel-Betriebsversammlung wird geführt

Nach dem einstimmigen Beschluß der Opel-Betriebsversammlung, eine Resolution für den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich als Antrag an den IG Metall-Tag zu stellen, kämpfen die Arbeiter im Betrieb weiter für die Durchsetzung dieser elementaren Forderung.

In vielen Abteilungen wurde die Resolution ausgehängt, die Forderung nach dem 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich wird begrüßt. „Was nützt mir ein 7-Stundentag, wenn ich dann soviel arbeiten muß, wie vorher in 8 Stunden?" fragte ein Arbeiter anfangs. Die Kapitalisten werden die Arbeitshetze immer steigern wollen, und die Arbeiter werden dagegen immer den Kampf führen. Mit dem 7-Stundentag können sie der Verschärfung ja schon eine grundlegende Schranke ziehen. Unerläßlich wird es sein, für das Verbot der Akkordarbeit einzutreten.

Viele sind zu Schicht- und Nachtarbeit gezwungen. „Wenn die Schichtarbeit nicht verboten wird, nützt mir der 7-Stundentag gar nichts!" Richtig, denn gerade der niedrige Tariflohn bildet die Grundlage für Schicht- und Überstundenarbeit. Kein Arbeiter hat so für den 7-Stundentag ohne Lohnausgleich gestimmt. Ein ausreichender Tariflohn ist nötig, sonst wird halt bestenfalls schon die achte Stunde als Überstunde bezahlt. „Nochmal so ein Lohnraub, wie der 6,9 %-Abschluß, ist nicht mehr drin," ist die Meinung. Der Kampf für den 7-Stundentag ist deshalb auch ein Kampf gegen die sozialdemokratische Lohnpolitik.

„Bei dem 7-Stundentag wird die Geschäftsleitung noch drangehen und die Preise hochdrücken, und ein Auto brauche ich halt", wurde in einer Abteilung eingewendet. Seit Jahr und Tag verbreiten die Kapitalisten und Sozialdemokraten das Märchen von der Lohn – Preis – Spirale. In der Tarifauseinandersetzung haben sie zur „Zurückhaltung" gemahnt und einen „stabilitätsbewußten Abschluß" gegen die Bewegung für Festgeld durchgesetzt. „Die Kapitalisten wissen, daß wir Autos brauchen. Sie holen raus, was sie kriegen können."

Viele Arbeiter waren sofort mißtrauisch, als der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Heller, der Sonderschichten zustimmt, auf einmal durch Flucht nach vorn sich in der bürgerlichen Presse für den 7-Stundentag stark machte. „Das ist doch ein Widerspruch, das kann der gar nicht ernst meinen", meinten viele Kollegen sofort. Am 16.4. ist die nächste von sechs Sonderschichten, denen der Betriebsrat für das Jahr 1977 schon wieder zugestimmt hat.

In vielen Abteilungen unterstützen die Arbeiter die Resolution der Betriebsversammlung, indem sie die Vertrauensleute auffordern, alles zu tun, den Beschluß im Vertrauensleutekörper zu bekräftigen. Und zwar jetzt auf der Vertrauensleutevollversammlung am 25.4. Nur so kann der Kampf gegen die Sonderschichten und Überstunden zum Erfolg führen. Im Werkzeugbau begrüßten vier Arbeiter die Resolution durch ihre Unterschrift. Aus der Schmiede berichtete ein Schlosser, daß praktisch alle in seiner Abteilung unterschreiben werden. Eine Putzfrau ist einen Tag nach der Betriebsversammlung in die IG Metall eingetreten. „Wenn man diese Forderung durchsetzen will, muß man das gemeinsam tun, sich organisieren. Das stärkt einem den Rücken. In meiner Abteilung hatten die ausländischen Arbeiterinnen noch Angst, daß es Druck gibt, wenn sie auf die Betriebsversammlung gehen. Jetzt lassen sie sich nicht mehr so einfach einschüchtern." Die Resolution wird jetzt in die verschiedenen Sprachen übersetzt und verbreitet, das bringt die Einheit weiter voran. Tatsächlich hat die Betriebsversammlung den Arbeitern den Rücken gestärkt: Z.B. stellten die Arbeiter ein Fließband, an dem 300 Mann arbeiten, einfach ab, als einer ohnmächtig umkippte. Früher hätten die Meister bei Produktionsstockungen sofort Wirbel gemacht, dieses Mal zwangen die Arbeiter den Meister, zuerst die Sani zu rufen, bevor er einen Springer holte. Ein Vertrauensmann im K 40 meinte: „Die Resolution in der Abteilung noch mal zu beschließen, ist doch nicht nötig. Die Delegierten und wir Vertrauensleute setzen uns selbstverständlich dafür ein." Was die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft mit der Forderung der Opelbelegschaft nach dem 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich wirklich vorhaben, sah man einen Tag später in der „Metall 7/77". In dem Artikel zur Betriebsversammlung bei Opel steht keine Silbe über den einstimmigen Antrag für den 7-Stundentag! „So scheren die sich um unsere Forderungen, da muß man jetzt Dampf dahinter machen!" sagten viele. Dem Vertrauensmann wurde der Artikel vorgehalten. „Also, das finde ich nun auch schlimm", hat er zugeben müssen. Zusammen mit den Arbeitern soll er jetzt protestieren gegen den „Metall"-Artikel.

Unverschämt und dreist versucht die Sozialdemokratie, die Forderungen vom Tisch zu kriegen. Der üble „Metall"-Artikel wird diese Woche neben den KVZ-Berichten mit der Resolution ausgehängt werden. Briefe an die „Metall" und an den Hauptvorstand der IG Metall, in denen der Abdruck der Resolution gefordert wird, werden geschrieben. Beschlüsse und Unterschriften, die die Resolution in den Abteilungen begrüßen, weil nur so der Kampf gegen die Sonderschichten vorwärts kommt. Die Vertrauensleute müssen darauf festgelegt werden, die Vertrauensleutevollversammlung muß die Sonderschichten ablehnen, darauf muß auch der Betriebsrat festgelegt werden. Dies sind die nächsten Schritte, um die Front für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich gegen die Spaltungs- und Unterdrükkungsmanöver der Kapitalisten und der Sozialdemokratie zu festigen und die Forderung durchzusetzen. – (Betriebszelle Opel, Rüsselsheim)

„Wir brauchen nun einmal Polster"

Der Lohnraubabschluß gibt den Automobilkapitalisten Raum für Preiserhöhungen

VW, Opel und Ford haben die Preise für ihre Autos um je 3,9 % erhöht. Die Kapitalisten sagen, die Kosten seien gestiegen, deshalb müßten sie die Preise erhöhen, außerdem bräuchten sie Polster für schlechtere Zeiten. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung sagen, der Lohnabschluß von 6,9 % sei maßvoll gewesen und rechtfertige keine Preiserhöhungen. Loderer, selber Mitglied des VW-Aufsichtsrates, „forderte die gesamte deutsche Automobilwirtschaft auf, die Unterlagen über das jeweilige Kostengefüge vollständig auf den Tisch zu legen, um prüfen zu können, ob die Preiserhöhungen angemessen seien". „Linke" Sozialdemokraten behaupten, die Automobilkonzerne würden den Automarkt vollständig beherrschen und könnten aus dieser Monopolstellung heraus beliebig die Preise erhöhen, deshalb sei auch eine staatliche Kontrolle notwendig.

Tatsache ist, daß zwischen dem Lohnraubabschluß in der Metallindustrie und den jetzigen Preiserhöhungen ein Zusammenhang besteht, und zwar folgender: Der Abschluß von 6,9 % war so niedrig und spalterisch, daß er den Kapitalisten Luft verschafft hat, die Konkurrenz zwischen den Automobilkapitalisten abgeschwächt wurde und sie so in einer gemeinsamen Aktion die Preise erhöhen können.

Wie wenig durch die Monopolbildung die Konkurrenz aufgehoben ist, zeigt das Beispiel der Stahlindustrie, die hoch monopolisiert ist, und wo die einzelnen Konzerne sich in der jetzigen Krise einen heftigen Preiskampf liefern.

Schmücker schließt in einem Interview mit dem „Spiegel" diese Möglichkeit auch keineswegs aus.

„Dennoch kann ich keineswegs ausschließen, daß die genannten Firmen auch über den Preis versuchen werden, gegen unsere Stellung am Markt anzukämpfen."

Im Laufe des „Autojahres" 1976 und im ersten Vierteljahr 1977 haben die Automobilkapitalisten durch Sonderschichten und Überstunden, durch Verschärfung der Ausbeutung die Automobilproduktion in die Höhe getrieben, wobei VW dabei seinen Anteil auf Kosten von Opel und Ford erhöht hat. Profitiert haben sie dabei von der Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiter. Ohne Auto können die Arbeiter ihre Arbeitskraft kaum oder nur zu den übelsten Bedingungen verkaufen. Bei jeder Entlassung und jeder Produktionsverlagerung stellt sich die Frage neu. Die Autos, die vor zwei, drei Jahren schon hätten erneuert werden müssen, wurden trotz Altersschwäche noch weitergefahren, bis es halt jetzt nicht mehr geht. Darauf spekulieren die Automobilkapitalisten auch noch 1977. Gleichzeitig haben sie die Auszahlung der „vermögensbildenden Leistungen" in diesem Sommer vor Augen, wovon viele schon sicher für den Kauf eines neuen Autos verplant sind.

Bei diesen Aussichten sieht jeder Kapitalist seine Chance. Je mehr es dem einen Konzern gelingt, durch Überstunden und Akkordzeitkürzungen aus den Arbeitern herauszuholen und den so geschaffenen Mehrwert durch vergrößerte Marktanteile zu realisieren, um so größer ist sein Profit, und das ist das Ziel und der ewige Stachel der kapitalistischen Produktion. Im Tarifkampf in der Metallindustrie war zu spüren, wie groß die Konkurrenz zwischen den Konzernen ist. Bei einem Streik wären die Automobilkonzerne bei der Autokonjunktur schnell weich geworden, wenn die Sozialdemokraten im IG-Metall-Vorstand nicht durch das Aufstellen der spalterischen 9 %-Forderung die Arbeiter gespalten und jeden Kampf sabotiert hätten. Schmücker hatte den Braten gleich gerochen. Er hat die Preiserhöhungen bei VW schon im Dezember, nach dem Aufstellen der Forderung und vor den Tarifverhandlungen, anklingen lassen. Nach unseren Berechnungen, denen die Umsatz- und Lohn- und Gehaltsangaben vom September 1976 zugrundeliegen, kosten die 6,9 % den drei Konzernen ganze 36 Millionen DM. Die 3,9 % Preiserhöhung auf den Umsatz dieser Konzerne berechnet ergeben gleich 83 Millionen DM, die sie allein durch die Preiserhöhung mehr verdienen. Das macht einen Schnitt von 47 Millionen DM. Jeder von ihnen kommt auf einen genügend hohen Profit, so daß die Konkurrenz mit anderen Mitteln als dem Preiskampf ausgetragen wird. Daraus zu schließen, es gäbe keine Konkurrenz mehr zwischen den Automobilkonzernen, wie die Revisionisten und „linken" Sozialdemokraten es betreiben, soll nur von der Urheberschaft der Niederlage im Tarifkampf der Metallarbeiter ablenken und die Metallarbeiter dazu bringen, ihre Interesse in die Hände des Bundeskartellamtes und anderer staatlicher Kontrollorgane zu legen, um die „Angemessenheit der Preiserhöhungen" zu prüfen, anstatt ausschließlich von den eigenen Interessen auszugehen. – (Z-Red)

Siemens Braunschweig. Auf der Jugendversammlung am 5.4. haben die Lehrlinge eine Resolution beschlossen, die sich gegen Beurteilungen und Zensuren richtet.

1976/77 haben die Siemenskapitalisten von 36 Auszubildenden 14 nicht in die zweite Stufe übernommen. Durch Kampf wurde erreicht, daß acht weitere übernommen werden mußten. Nachdem die Siemenskapitalisten mit den elektronischen Fernschreibern in Westberlin Schwierigkeiten haben, soll jetzt keiner entlassen werden. Ein Teil soll aber zu dem niedrigen Tariflohn eingestellt werden, zudem mit befristeten Arbeitsverträgen bis 30.9.

Um die Facharbeiter nach ihren Profitinteressen auszusieben, die Stufenausbildung durchzusetzen, haben die Siemenskapitalisten den Notenschlüssel für den Übergang in die zweite Stufe von 4 auf 3,75 herabgesetzt. Jetzt sollen einheitliche Beurteilungsbögen eingeführt werden. Die Jugendvertretung hat die Pläne der Kapitalisten angegriffen Gegen die Beurteilungsbögen wurde eine Resolution vorgelegt, in der es heißt: „Wir lehnen Beurteilungsbögen und Zensuren ab und fordern die Abschaffung der Zensierung." Mit 150 Stimmen bei nur acht Enthaltungen wurde die Resolution angenommen. Es wurde gefordert, am 1. Mai gemeinsam mit den älteren Arbeitern zu demonstrieren und sich unter den beschlossenen Forderungen zusammenzuschließen. Eine Beschlußfassung darüber konnte verhindert werden, weil dieser Vorschlag unter den Lehrlingen nicht vorbereitet war.

Herzberg/Harz. Bei Pleißner haben die Arbeiter einer Abteilung erfolgreich gegen die Kürzung des Akkords gestreikt. Die Kürzung sollte soviel wie die letzten „Lohnerhöhung" ausmachen. Die Arbeiter haben den Kampf aufgenommen, weil die Arbeitsbedingungen durch die enorm gesteigerte Ausbeutung unerträglich sind. Noch vor drei Jahren haben ca. 1 400 Arbeiter 500 Tonnen Eisenprodukte im Monat hergestellt, vor allem Anker, Achsen, Teile von Kernkraftwerken usw. Bis heute wurde die Produktion um etwa 250 % gesteigert, etwa 700 Arbeiter produzieren heute 900 Tonnen monatlich.

Peine. „Stahlfusion bleibt einziger Ausweg", unter dieser Schlagzeile erschien am Mittwoch vorletzter Woche das „Handelsblatt". Montag zuvor hatte der „Spiegel" als erster Fusionspläne von Klöckner, Krupp und der Salzgitter AG enthüllt. Am Dienstag darauf auf der Betriebsversammlung im Werk Peine von Peine und Salzgitter behauptete die Werksleitung, sie wüßte von nichts, die Vorstände der drei Stahlkonzerne dementierten in der Presse. Das Wirtschaftsministerium erklärte ebenfalls, es wüßte von nichts und sei im übrigen auch dagegen. Das „Handelsblatt" zitierte Lambsdorff, den wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion. Der meinte, er glaube nicht so recht an die Dementis und sähe in einer Fusion von Klöckner, Krupp, der Salzgitter AG und den Neunkirchener Eisenwerken die einzige Möglichkeit, aus der Krise zu kommen. „Neben der August-Thyssen-Hütte sollte durch die Zusammenfassung von Krupp, Köckner, Salzgitter und Neunkirchen eine große Unternehmenseinheit gefunden werden, in der alle Möglichkeiten der Rationalisierung von der Spezialisierung bis zum gemeinsamen Ein- und Verkauf gegeben sind." sagt Lambsdorff im „Handelsblatt". Nach der August-Thyssen-Hütte mit 12,8 Mio. Jahrestonnen wäre ein Zusammenschluß der vier Stahlkonzerne der zweitgrößte westdeutsche Stahlkonzern mit einer Jahresproduktion von fast 11 Millionen Tonnen. Bald darauf war eine erneute Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums in der Presse zu lesen, in der es hieß, sie hätten Lambsdorffs Vorschläge mit Interesse zur Kenntnis genommen, seien aber der Meinung, daß so eine Fusion wettbewerbspolitisch und nach den Bestimmungen des Kartellgesetzes nicht ginge.

Egal, ob sie zustande kommt oder nicht: nur mit der Vernichtung von Kapital und weiterer Verschärfung der Ausbeutung können die Stahlkapitalisten vorübergehend aus der Krise kommen, die Überproduktion von Kapital überwinden. In der Stahlindustrie geht das wegen der hohen Konzentration von Kapital nicht einfach mit Pleiten, sondern nur durch Rationalisierung und Teilstillegungen. Das würde durch eine Fusion der vier Stahlkonzerne rasch vorangetrieben. Lambsdorff vertrat deshalb auch die Meinung, anders ginge es wahrscheinlich nur, indem in einiger Zeit über die Bundesregierung staatliche Maßnahmen ergriffen würden, etwa daß die Thyssen-Hütte sich noch mehr einverleibt oder die Stahlindustrie verstaatlicht wird, was in anderen europäischen Ländern zum Teil schon der Fall ist. Sonst könnte es passieren, daß die westdeutsche Stahlindustrie im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, im Kampf um die Vormachtstellung in Europa nicht mehr mithalten kann.

Ob Fusion oder nicht, die Stahlarbeiter sollen auf jeden Fall für die Planlosigkeit der kapitalistischen Profitproduktion zahlen.

Klöckner Bremen

Durch Kurzarbeit weitere Lohnsenkung

Bremen. Die Klöckner-Kapitalisten haben über die Einigungsstelle Kurzarbeit für den Monat April beschließen lassen. Bereits im Februar wurde kurzgearbeitet. Die Kapitalisten haben dabei die Arbeitslosenkassen kräfig geplündert. 86 225 Kurzarbeiterstunden haben sie sich auszahlen lassen.

Jetzt im April bei der Kurzarbeit sollen 175 000 Tonnen Rohstahl produziert werden, im Monat Mai soll die Produktion auf 236 000 Tonnen hochschnellen. Ob Kurzarbeit oder nicht, die Auslastung der Maschinen und die Schweißauspressung der Arbeiter soll bis zum Äußersten getrieben werden. Gegen diese Verdichtung des Arbeitstages gibt es Widerstand. Um den Widerstand nach Möglichkeit niedrig zu halten, wird in einzelnen Betrieben gar keine Kurzarbeit gefahren. Wo kurzgearbeitet wird, da sind das entweder 13, 19, 21, 22 oder 23 Schichten ohne Produktion. Alles schön spalten, sagt sich der Werksvorstand.

Auf den Betriebsversammlungen Ende März war Thema Nummer eins die Kurzarbeit und wie man sich gegen die Folgen wehren kann. Die verschiedensten Vorschläge wurden vorgetragen, zum Beispiel, daß der volle Lohnausgleich zu je einem Drittel von Klöckner, dem Arbeitsamt und dem Staat („Weil der ja mit Schuld hat an der Kurzarbeit") gezahlt werden soll.

Aufgrund der Meinung unter der Belegschaft gegen die Kurzarbeit, sahen sich Reformisten und Revisionisten gezwungen, selber Schritte zu unternehmen. Sie haben auf den Betriebsversammlungen Unterschriften unter die Forderung nach 90 % Lohnausgleich bei Kurzarbeit gesammelt.

4 000 Arbeiter haben unterzeichnet. Einzelne Arbeiter sagten: „Das ist eine Unterschriftensammlung ohne Ergebnis". Die Arbeiter hoffen nicht darauf, daß die Reformisten und Revisionisten im Betriebsrat nun Schritte zur Durchsetzung der Forderung unternehmen werden. Wie schon überhaupt die Aufstellung der Forderung nach 90 % die Kampfkraft der Arbeiter schwächen soll. Die Arbeiter sind auf den vollen Lohn angewiesen. Im Lohnkampf den Lohn drücken und in der Kurzarbeit noch tiefer, das ist zuviel. Ist der volle Lohnausgleich durchgesetzt, werden sich die Klöcknerkapitalisten überlegen, ob sie Kurzarbeit zur Verdichtung des Arbeitstages einführen. Das sind die objektiven Triebkräfte für die 4 000 Unterschriften.

Die Frage der Kurzarbeit spielt bei der Vorbereitung des 1. Mai eine große Rolle auf der Hütte. Der Betriebsrat hat ein betriebliches Maikomitee gegründet, dort haben die Mitglieder der SPD, der DKP und der Gruppe Arbeiterpolitik geredet unter dem Motto: „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. „Wir sind ja auch für vollen Lohnausgleich, aber man kann ihn nicht durchsetzen." Sie setzen nicht auf die Kraft der Arbeiterklasse, die sich im Zusammenschluß unter richtigen Forderungen entwikkeln kann. Egal, ob 90 oder 100 % Lohnausgleich, für beides muß gekämpft werden. Das eine wie das andere ist schwer durchzusetzen. Die 90 %-Forderung soll spalten und den Kampf gegen die Folgen der Kurzarbeit zerschlagen.

Die Reformisten und Revisionisten haben im Maikomitee einen Plakatentwurf vorgelegt, der im Betrieb zum ersten Mai aufrufen soll. Auf dem Entwurf ist der schwarz-rot-goldene Strick der DGB-Plakette abgebildet. Das sind die Farben der Sozialdemokraten. Bereits im Wahlkampf sind sie mit den Farben auf Stimmenfang gegangen, „Modell Deutschland" haben sie laut gerufen, um die Bewegung der Volksmassen gegen die Ausbeutung, Ausplünderung und Imperialismus an den Parlamentarismus zu binden. Das ist ihnen nicht gelungen. Die Massenkämpfe haben einen Aufschwung genommen. Nun will die Sozialdemokratie sich des schwarz-rot-goldenen Stricks bedienen, um die Massen zu halten und zu unterdrücken.

Eine Genossin berichtete, daß ihre wenigen kleinen roten Aufkleber schnell verteilt waren, besonders unter den türkischen Arbeitern. – (Betriebszelle Klöckner, Bremen-Unterweser)

Hamburg. Gruner und Jahr ist eines der Druck- und Verlagshäuser, denen es gut geht. Der Umsatz betrug 1976 bei 5 000 Beschäftigten 800 Millionen DM. Schon in den Jahren vorher haben die Gruner und Jahr-Kapitalisten enormen Profit aus den Arbeitern herausgepreßt. Nachdem für über 100 Millionen DM 1973/74 eine hochmoderne Druckerei in Itzehoe gebaut wurde, stieg der Umsatz pro Beschäftigten von 126 6000 DM (1974) auf 144 414 DM (1975), gleichzeitig sank die Beschäftigtenzahl und die Ausbeutungsrate wurde erhöht. Die „Lohnstückkosten" sanken von 31,8 % auf 31,1 %. Jetzt soll der Satzbereich und der Angestelltenbereich weiter durchrationalisiert werden. In der Verwaltung werden Bildschirmgeräte, in der Texterfassung Textautomaten eingesetzt. Die Arbeit wird vereinfacht, Arbeitskräfte überflüssig gemacht, der Arbeitstag verdichtet. In der Setzerei soll eine neue Computer-Anlage angeschafft werden, zur Zeit wird ein Crantz-Computer-System ausprobiert, das ca. zwei Drittel der Setzer überflüssig macht. Ihre Arbeit soll von einigen wenigen billigen Hilfsarbeitern gemacht werden, und gleichzeitig sollen die Redakteure ihre Texte über Bildschirmgeräte gleich druckfertig an die Druckerei geben. Gegen die Rationalisierung gibt es Widerstand. Im vorigen Jahr, als die Einführung eines Computer-Systems für die Setzerei bekannt wurde, haben sich viele Arbeiter von Gruner und Jahr an der Druckerdemonstration gegen kapitalistische Rationalisierung beteiligt.

Die Kapitalisten Jahr Senior und Junior legen ihren aus den Arbeitern herausgepreßten Profit jetzt auch anderweitig lukrativ an: Sie haben die Konzession gemeinsam mit dem Stern-Redakteur Achter an einem Hamburger Spielkasino erworben. Im ersten Jahr wird eine Einnahme von 15 Millionen DM dabei erwartet.

Westberlin. Im Satzrechenzentrum Berlin, einem Tochterbetrieb der Heenemann KG, versuchen die Kapitalisten, in der Satzherstellung Akkord- und Heimarbeit und damit verbunden Lohnsenkung durchzusetzen. Möglich ist es ihnen aufgrund der Einführung der Datenverarbeitung in der Satzherstellung. Menschliche Arbeit ist notwendig, um Manuskripte zu schreiben, die dann über Lesegeräte verarbeitet und mit Hilfe einer
Lesegeräte verarbeitet und mit Hilfe einer
Rechenanlage für den endgültigen Satz bearbeitet werden.

Die Schreibmaschinen für die Texterfassung hat jede Arbeiterin bei sich zu Hause stehen. 150 Maschinen sind es zur Zeit. Nur etwa 40 werden regelmäßig mit Manuskripten beliefert. Die Arbeiterinnen sind total rechtlos, Tarifverträge gibt es nicht. Bezahlt wird nach den getasteten Buchstaben, Zulagen werden nur bei schwierigen Texten gezahlt, der Lohn liegt unter dem des Facharbeiters in der Druckindustrie.

Hannover. Am 15. April finden die letzten Verhandlungen in der Tarifauseinandersetzung für die Versicherungen in Hannover statt. Die Schlichtung soll voraussichtlich gleich am folgenden Tag beginnen. Bei den letzten Verhandlungen haben die Versicherungskapitalisten 6 % angeboten. Die Gewerkschaftsführung hat eine Forderung von 8,5 % aufgestellt.

Westberlin. Gegen jede Änderung des Ladenschlußgesetzes haben sich in einer Unterschriftensammlung der Gewerkschaft HBV bisher 8 750 Beschäftigte des Westberliner Einzelhandels gewandt, das sind mehr als 8 % aller überhaupt im Einzelhandel Beschäftigten. Die Unterschriftensammlung richtet sich gegen den Vorschlag von Wirtschaftsminister Friderichs, in Westberlin einen „Großversuch" mit verlängertem Ladenschluß durchzuführen (vgl. KVZ 12 und 13/77). Die Unterzeichner erklären sich bereit, mit der HBV jeden Versuch zur Verschlechterung der Arbeiterschutzbestimmungen zu bekämpfen. Die Unterschriftensammlung wird fortgesetzt.

Braunschweig. Auf dem Bezirksverbandstag der IG Bau Steine Erden (BSE) Braunschweig/Wolfenbüttel erklärte ein Vorstandsmitglied, daß er mit dem Schlichtungsangebot von 6,1 % und 0,8 % Einstieg in das 13. Monatsgehalt zufrieden gewesen wäre. Ein Maler rechnete dagegen vor, daß im Malerhandwerk eine Forderung von mindestens 23 % oder 299 DM notwendig wäre, um auf einen Lohn von 1500 DM zu kommen. Überhaupt müsse man überlegen, ob man von den Prozenten wegkommt zu Festgeldforderungen.

Anträge wurden gestellt für die Aufstellung von Festgeldforderungen und für eine gewerkschaftliche Maidemonstration unter den Forderungen „Verbot der Überstunden und der Akkordarbeit, 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich."

Diese Anträge fanden auf dem Verbandstag Unterstützung. So stimmten für den Festgeldantrag, der in eine Entschließung an die Große Tarifkommission und die Vorstände für die nächsten Tarifverhandlungen umgewandelt wurde, 18 Kollegen. Knapp über 20 waren dagegen.

Gegen den Antrag zum 1. Mai trat Bezirksvorstand und sozialdemokratischer Stadtrat Rose auf mit: Alles zu spät, alles gelaufen. Inhaltlich sei ja vieles richtig ... Die meisten fanden die Forderungen richtig und notwendig, hatten aber nicht das Vertrauen, den ausreichenden Lohn ohne Akkord und Überstunden erkämpfen zu können. Deshalb unterlag der Antrag mit 5 zu über 25 Stimmen.

Waren die Löhne auf dem Bau früher gut?

Ich bin Betonbauer und seit 1967 auf dem Bau tätig, mein Vater ist ebenfalls auf dem Bau tätig als Facharbeiter. Wenn gesagt wird, wir hätten früher auf dem Bau das Geld haufenweise verdient, so stimmt daran nur, daß der Jahresverdienst der Bauarbeiter höher lag als der der Industriearbeiter. Bruttoverdienste von 1 600 und 2 000 DM monatlich waren der Schnitt Mitte der sechziger Jahre. Möglich waren sie durch die Hochkonjunktur im Baugewerbe. Arbeitskräfte waren gesucht, so wurde der Lohn jeweils mit den einzelnen Kolonnen auf jeder Baustelle ausgehandelt. Unsere Tariflöhne reichten nicht aus, um davon zu leben. Einen gültigen Akkordtarif gab es schon damals nicht mehr. Akkordpreise oder feste Prämien wurden ausgehandelt, so daß wir nicht unter 30 %, meist 40 bis 50 % über dem Tariflohn bezahlt wurden.

Reich ist davon keiner geworden. Notwendige Anschaffungen, wie eine neue Wohnungseinrichtung, kleiner Anbau an das geerbte Familienhaus und der Einbau einer Zentralheizung konnten nur auf Kredit gemacht werden.

Von den Tarifverhandlungen und der Tätigkeit der Gewerkschaft Bau Steine Erden (BSE) war in der ganzen Zeit nicht viel zu merken. Die Tarifverhandlungen wurden geheim geführt, ohne Festlegung einer Forderung. Wir erfuhren nur das Ergebnis, und daß es ein Erfolg sei. Daß unser Lohn immer 40 bis 50 % über dem Tariflohn sich bewegte, bekamen wir im Frühjahr 1967 zum ersten Mal zu spüren. Alle übertariflichen Leistungen sowie Akkordverträge wurden gekündigt. Plötzlich wurde nur noch für Tarifstundenlohn gearbeitet. Das brachte Nettoverluste von 200 bis 300 DM. Das war bereits der erste Sturz ins Elend.

Die laufenden Raten konnten nur schwerlich bezahlt werden. Die Durststrecke war aber nur kurz, der alte Zustand stellte sich bereits 1968 wieder ein und hielt immerhin bis 1972 vor.

Dann war der Druck durch die Arbeitslosen wieder vorhanden und die Kapitalisten gingen planmäßig und schrittweise an den Abbau der übertariflichen Bezahlungen und die Kündigung der Akkordverträge. 1972 hat das wieder zu einem Nettolohnabbau von bis zu 400 DM geführt, und das, obwohl die Tariflöhne in jedem Jahr um 5,3 bis 8,5 % gestiegen sind. Hinzu kommt noch die Steuerschraube. Lagen die Gesamtabzüge in den sechziger Jahren bei 25 %, so sind sie heute gestiegen auf 33 % für Verheiratete und bis zu 40 % für Ledige.

Daß die Effektivlöhne nicht tariflich abgesichert wurden, ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik. Bereits Anfang der siebziger Jahre gab es die ersten Kräche darum. Öffentliche Tarifverhandlungen mit Festlegung einer Forderung wurden gefordert.

1974 mußte die Gewerkschaft Bau Steine Erden dem nachkommen. Der Gewerkschaftstag hatte dazu einen Beschluß gefaßt. Es gab Abstimmungen über die Forderung und über die Abschlüsse in den Versammlungen der Ortsverbände und Fachgruppen. Mit der heimlichen Tarifpolitik der Gewerkschaft Bau Steine Erden ist es vorbei. Die Arbeiter drängen auf Kampf, denn von dem jetzigen Lohn läßt sich nicht leben.

Dabei muß vom Jahresverdienst ausgegangen werden, denn in den Wintermonaten wird in der Schlechtwetterzeit nur ca. 75 % vom Nettolohn ausgezahlt. Die 2 DM Wintergeld heben das nicht auf. Trotz eines Tariflohns von 9,74 DM für Facharbeiter und eines möglichen Nettomonatslohns von bis zu 1 500 DM liegt der Jahresverdienst zwischen 1 200 und 1 500 DM. Das reicht einfach nicht.

Jetzt war die Bau Steine Erden-Führung gezwungen, die Schlichtungsverhandlungen scheitern zu lassen und das Angebot von 6,1 % und 0,8 % mehr Weihnachtsgeld abzulehnen. Die Forderung nach 8,5 % entspricht nicht der Lage und spaltet, aber die Bau Steine Erden-Führung hat sich bisher damit durchsetzen können.

Den Baukapitalisten ist der Warnstreik auf sieben Großbaustellen in Hamburg eine Warnung gewesen. Jetzt muß der Streik überall vorbereitet werden. Dazu muß eine Forderung aufgestellt werden, die den Zusammenschluß der Bauarbeiter ermöglicht. Eine Urabstimmung ist notwendig und muß sofort gefordert werden, damit kein Platz für Manöver bleibt. – (kq, Bezirk Holstein)

Schlechtwetter- und Wintergeld

„Arbeitern in Betrieben im Baugewerbe wird für die Arbeitsstunden, die sie in der Förderungszeit 1. Dezember bis 15. März – mit Ausnahme des Zeitraums vom 25. Dezember bis 1. Januar – leisten, Wintergeld gewährt. Damit soll die Mehraufwendung, die für die Arbeiter durch die Arbeitsleistung in der witterungsgünstigen Jahreszeit entstehen, pauschal abgeholt werden." (BSE-Berater) Dies ist ebenfalls wie Schlechtwettergeld lohnsteuer- und sozialversicherungsabgabenfrei. Bezugsberechtigt sind alle Arbeiter, die auf Grund ihres Arbeitsvertrages an witterungsabhängigen Baustellen eingesetzt werden können. Das Wintergeld beträgt 2 DM pro Arbeitsstunde. Im Unterschied zum Schlechtwettergeld wird das Wintergeld auf jede geleistete Arbeisstunde gezahlt, also auch auf Überstunden.

Mit dem Schlechtwettergeld und der Winterregelung haben sich die Kapitalisten Instrumente geschaffen, um die Arbeiter auch im Winter zu zwingen, für sie Profite zu produzieren. Die Kapitalisten behalten sich die Verfügung über die Ware Arbeitskraft, um sie jeder Zeit einsetzen zu können, ohne dafür zu bezahlen. Dies ist der Unterschied zwischen Entlassen und Schlechtwetter. Wegen der niedrigen Löhne und des Ausgleichs der Schlechtwettertage können die Kapitalisten die Arbeiter über die 2 DM pro Stunde spalten und aufeinanderhetzen, um so auch im Winter Überstunden zu erzwingen. Weiter haben sich die Kapitalisten die Möglichkeit geschaffen, alle Stockungen der Produktion auf die Arbeiter abzuwälzen, denn: Die Kapitalisten bestimmen, wann Schlechtwetter ist bzw. es entwickelt sich jedesmal ein Kampf darum. Will der Kapitalist durcharbeiten lassen, dann versucht er das und es wird bei schlechtem Wetter trotzdem gearbeitet. Stockt die Produktion, so kann er entweder entlassen oder er behält sich die Verfügung über die Arbeitskraft, um sie kurzfristig einzusetzen. Dann werden ganze Kolonnen in Schlechtwetter geschickt, auch wenn die Sonne scheint. Praktisch hat das für die Arbeiter große Lohnsenkungen zur Folge.

Im folgenden ein Beispiel eines Tiefbaufachwerkers (Lohngruppe IV) mit einem Tariflohn von 8,84 DM. Es besteht folgende Spanne, innerhalb derer der Lohn während der Wintermonate schwanken kann. Normallohn, netto 1 050 DM ledig, verheiratet 1 250 DM. Bei einem vollen Schlechtwettermonat 671,60 DM ledig und 724,80 DM für Verheiratete. Bei einem voll durchgearbeiteten Monat im Winter maximal 1 370 DM für Ledige und 1 570 DM für Verheiratete. Diese Zahlen beweisen ganz deutlich den Zwang, auch bei schlechten Witterungsbedingungen Arbeit für den Kapitalisten zu leisten, um den Lebensunterhalt zu sichern.

Die Dividende muß wieder fließen

Vereinigte Kammgarnspinnereien Delmenhorst

Delmenhorst. Nicht nur die großen, auch die mittleren Betriebe sind fest in der Hand des Finanzkapitals. Auf der letzten Hauptversammlung der Vereinigten Kammgarnspinnereien (VKS) Delmenhorst wurden mehr als die Hälfte des Aktienkapitals durch Banken vertreten, 40 % allein durch die drei Großbanken. Trotz eines ausgewiesenen Bilanzverlustes von 120 000 DM 1974, bzw. 73 000 DM Gewinn 1975, haben die Banken ein gutes Geschäft gemacht: 1974 4,9 Millionen DM und 1975 3,9 Millionen DM Zinsen haben sie aus den Arbeitern herausgepreßt. Aber die Zinsen genügen nicht, auch die Dividende soll wieder fließen. Die Ausbeutung muß verschärft werden.

Rund 2 000 Arbeiter und Angstellte hatten die VKS-Kapitalisten Ende der sechziger Jahre beschäftigt, etwa 1 100 sind es heute noch. Allein in der Abteilung Sortierung, wo die Rohwolle nach Feinheit, Länge und Farbe ausgesucht wird, waren es damals 120, heute weniger als 20. Die Wolle kommt heute aus den großen Wollerzeugerländern schon in einheitlicher Qualität an, die gepreßten Ballen brauchen nur noch von den Maschinen zerpflückt zu werden. Kommen Wollen schlechterer und ungleichmäßiger Qualität an, so werden zusätzliche Arbeiter auf Zeitvertrag eingestellt. Schwere körperliche Arbeit auch für die verbliebenen Frauen wird jetzt im wesentlichen in der Abteilung geleistet. Transport von Ballen zwischen 100 und 500 kg Gewicht mit der Sackkarre, Heben von Teilen der Ballen mit mindestens 50 kg Gewicht auf Förderbänder. Die Männer haben dabei einen Stundenlohn von 7,59 DM.

Die Einführung der Maschinerie hat es den Kapitalisten ermöglicht, Nachtarbeit einzuführen. Das Sortieren war eine Arbeit, die fast ausschließlich von Frauen ausgeführt wurde. Da für Frauen Schichtarbeit verboten ist, war nur Zweischichtbetrieb möglich, solange sie den großen Teil der Belegschaft stellten. Weil die Kapitalisten aber zeitweise noch einige gelernte Sortiererinnen brauchen, arbeiten immer noch einige Frauen in Früh- und Spätschicht. Eine Lücke in der Besetzung der Nachtschicht gibt es trotzdem nicht, denn aufgrund der niedrigen Löhne sind vor allem türkische Arbeiter gezwungen, Dauernachtschicht zu machen.

Dauernachtschicht, oder zumindest zwei Nachtschichten in drei Wochen, ist in fast allen Produktionsabteilungen des Betriebes, in denen auch Frauen arbeiten, üblich. Nachtschicht, das heißt sechs Schichten die Woche. Begründung: Frauen müssen während der Schicht mindestens eine halbe Stunde Pause machen. Also ergeben Früh- und Spätschicht je achteinhalb Stunden, zusammen also 17 Stunden. Bleibt für die Nachtschicht noch sieben Stunden, minus 20 Minuten Pause, also 6 Stunden 40 Minuten. Um 40 Stunden vollzukriegen, muß also sechs Nächte gearbeitet werden. Von Sonntag 23 Uhr bis Samstag 6 Uhr.

Rationalisierungsinvestitionen sind das aktuelle Mittel der Kapitalisten, die Profite zu erhöhen. 1974 haben sie das Zweigwerk Mönchengladbach mit mehr als 300 Arbeitern geschlossen. Ein Teil der modernen Maschinerie kam nach Delmenhorst. Weitere neue Maschinerie wird jetzt angeschafft. Gegen die gleichzeitige Einführung verschärfter Arbeitshetze hatten zehn türkische Arbeiter in der Spulerei einen hartnäckigen Kampf geführt. In der Kämmerei werden neue Pressen angeschafft. Stand vorher am Ende jeder Kammstrecke eine Presse, so wird jetzt eine Presse für zwei Kammstrekken angeschafft. Die Hälfte der Arbeiter wird überflüssig und damit frei für Arbeitsplätze, für die trotz monatelangem Suchen über Zeitungsinserate kein Arbeiter gefunden wurde. Die verbleibenden Arbeiter an den Pressen müssen jetzt die doppelte Transportleistung erbringen.

1 DM pro Stunde. Weg mit der sechsten Nachtsschicht. Verbot von Nacht- und Schichtarbeit. Gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter.

Diese Forderungen werden im Betrieb diskutiert. Es kommt darauf an, sie am 1. Mai zu erheben. – (Zelle VKS)

Schichtarbeit für Frauen verboten?

Jacobs Bremen. In der Kaffeerösterei J.J. Jacobs Bremen (1 300 Beschäftigte, 1,3 Milliarden Umsatz 1976) wird Wechselschicht gearbeitet. Eine Woche früh, eine Woche spät. Unter den Arbeiterinnen (die Produktion wird im wesentlichen von Frauen gefahren) ist die Schichtarbeit verhaßt.

Als Schutz gegen die Schichtarbeit, die einen wirklich fertig macht, haben einige Arbeiterinnen, die schon seit 15 oder 20 Jahren ihre Arbeitskraft an Jacobs verkaufen müssen, und deren Gesundheit schon ruiniert ist, ein Attest vom Arzt, daß sie keine Schichtarbeit mehr machen dürfen. Doch wer denkt, daß sie damit von der Schichtarbeit befreit sind, hat sich geirrt.

Das letzte Mal haben wir den Betriebsrat eingeschaltet, um zu erreichen, daß die Arbeiterin wieder aus der Spätschicht herausgenommen wurde.

Um zu untersuchen, welchen allgemeinen Schutz es für Frauen gegen die Schichtarbeit gibt, haben wir die Arbeitszeitordnung (1938) studiert. Dort heißt es im dritten Abschnitt: „Erhöhter Schutz von Frauen", § 19: „Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von 20 bis 6 Uhr und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht nach 17 Uhr beschäftigt werden." Also ist unsere Spätschichtarbeit, die bis 22.30 Uhr geht, verboten, denkt man. Aber im zweiten Absatz des § 19 heißt es dann: „In mehrschichtigen Betrieben dürfen Arbeiterinnen bis 23 Uhr beschäftigt werden. Nach vorheriger Anzeige an das Gewerbeaufsichtsamt kann die Frühschicht regelmäßig frühestens um 5 Uhr beginnen, wenn die Spätschicht entsprechend früher endet. Das Gewerbeaufsichtsamt kann zulassen, daß die Spätschicht regelmäßig um 24 Uhr endet, wenn die Frühschicht entsprechend später beginnt." Also sind der Wechselschichtarbeit für die Frauen keinerlei Grenzen gesetzt. Nur die Nachtarbeit von 24 Uhr bis 5 Uhr morgens bleibt allgemein für Frauen verboten, so daß drei Schichten mit Frauenbetrieb nicht gefahren werden können. Allerdings gibt es auch hierfür wieder eine ganze Reihe von Ausnahmen. Das Verbot gilt nicht für: „Verkehrswesen, Gast- und Schankwirtschaften, Gärtnereien" usw. Das Verbot überhaupt kann durch den „Reichsarbeitsminister" aus „betriebstechnischen oder allgemeinwirtschaftlichen Gründen" aufgehoben werden.

Die herrschende Arbeitszeitordnung bietet also keinerlei Schutz für die Frauen vor der Schichtarbeit und kaum einen Schutz vor Nachtarbeit. „Wenn ich Spätschicht habe, sind die Kinder nachmittags ganz allein zu Hause. Eigentlich geht das gar nicht", sagen die Arbeiterinnen. „Mein Mann wollte überhaupt nicht, daß ich bei Jacobs anfange, wegen der Spätschicht. Wir sehen uns ja kaum, wenn ich Spätschicht habe." Eine andere Arbeiterin berichtete: „Weihnachten war meine Schwägerin zu Besuch. Da lag meine Wäsche auf der Nähmaschine, die ich flicken wollten. Jetzt war sie wieder da, und die Wäsche lag immer noch da, nur noch mehr dazu. Ich schaffe das einfach nicht. Wenn man Spätschicht hat, schafft man morgens ja nicht viel. Und das Wochenende ist immer so schnell rum." Besonders schlimm ist der Wechsel von Spätschicht auf Frühschicht. Dann hat man ein kurzes Wochenende von Freitag 22. 30 Uhr bis Montag um 6 Uhr. Da hat man sich von der Spätschicht noch nicht wieder erholt und steht schon wieder in der Frühschicht.

Die Schichtarbeit muß verboten werden. Der Meinung sind schon viele Arbeiterinnen. Um aber die Einheit herzustellen, die notwendig ist, damit im Kampf ein solches Gesetz vom bürgerlichen Staat erzwungen werden kann, ist noch einiges zu tun. Eine türkische Arbeiterin ist bei der jetzigen Lage vollständig auf die Wechselschicht angewiesen. Sie hat fünf Kinder, das kleinste ist gerade sechs Monate, und sie kann die Kinder zusammen mit ihrem Mann überhaupt nur großziehen, wenn sie Frühschicht macht, er Spätschicht und umgekehrt. Jetzt mußte der Mann für 14 Tage ins Krankenhaus, da konnte ihre zwölfjährige Tochter nicht zur Schule gehen, weil sie auf die Kinder aufpassen mußte. Aufhören kann die Arbeiterin nicht, weil der Lohn von ihrem Mann und von ihr zusammen kaum ausreicht, um die Familie satt zu kriegen.

Die Einheit im Kampf für das Verbot der Schichtarbeit kann also nicht hergestellt werden, wenn nicht gleichzeitig der Kampf für einen höheren Lohn auf den Normalarbeitstag geführt wird. Auch die Forderung nach „Einrichtung von unentgeltlichen Krippen und Kindergärten unter der Kontrolle des Betriebsrates an allen Arbeitsstätten" (Programm des KBW) muß in diesem Kampf durchgesetzt werden. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

Gründung der Transfer-Enquete-Kommission

Kombinierter Beschiß bei Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung in Sicht

Frau L., verwitwet, berufstätige Angestellte, zieht nach dem Tode ihres Mannes in eine kleinere Wohnung; sozialer Wohnungsbau, fertiggestellt zum November 68. Sie ist Erstmieterin, der Mietzins beträgt mit Heizkostenpauschale 190 DM. Seit dem 1. Februar 1975 zahlt Frau L. 305,75 DM Miete für die gleiche Wohnung. Bis 1974 hat Frau L. gearbeitet. Wegen der Rente hat sie bis 65 Jahren geschafft. Sie verfügt jetzt über eine Rente von 722,83 DM. Anfang 76 hat sie zum ersten Mal Antrag auf Wohngeld gestellt. Sie muß ihre Vermögensverhältnisse offenlegen, ob es ihr nicht etwa gelungen ist, am Ende ihres „aktiven" Arbeiterlebens etwas auf die Seite zu legen, für eine Urlaubsreise vielleicht oder so, ein paar Tausender, weil man sich schon ausrechnen konnte, daß das mit der Rente nie weit reichen wird. Sie hat nichts, der Nettolohn hat gerade ausgereicht. Bei den Kindern, verheiratet und Enkel sind auch da, hat sie immer noch was zugebuttert, denn sie hat gesehen, daß es da hinten und vorne nicht reicht, obwohl die Tochter auch halbtags mitverdient; das hat sie sich abgespart. Der Kapitalist hat sie jahrelang unter Tarif gezahlt, falsch eingruppiert, das wußte sie zwar, hat sich aber nicht getraut was zu unternehmen, aus Angst, sie fliegt raus, weil es ja so viele Junge gibt, die keine Arbeit haben. Ihr Gehalt zählte aber immer noch zu den mittleren Einkommen.

Jetzt ist sie also Rentnerin und stellt fest, daß sie so wenig hat, daß sie sich entschließt, den Antrag auf Wohngeld zu stellen. Nach drei Monaten und der Lauferei dazu erhält sie Bescheid, daß sie 23 DM Wohngeld erhält.

„Die Bedarfsätze werden im Auftrag des unabhängigen Vereins für öffentliche Fürsorge von Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen errechnet," (FAZ, 7.4.) (dafür erhalten sie ein angemessenes Salär). Jedes Jahr muß Frau L. und alle anderen, die Wohngeld erhalten, natürlich auch einen neuen Antrag einreichen, weil sich ihre Einkommensverhältnisse ändern, mit der Rentenerhöhung. Mit dem letzten Bescheid hat sich ihr Wohngeld um 7 DM auf 16 DM verringert, weil ihre Rente um 71,18 DM gestiegen ist.

So geht das jedes Jahr, falls jedes Jahr die Rente erhöht wird und falls sie überhaupt noch einige Jahre lebt. Frau L. ist, seit sie aufgehört hat zu arbeiten, ziemlich krank, sie war es auch vorher schon, konnte es sich aber nicht erlauben, krank zu sein, leisten kann sie sichs jetzt auch nicht. Sie könnte einen Antrag auf Ermäßigung der Telefongebühr stellen, sie will sich jetzt eine Sanduhr kaufen, wegen der geplanten Einführung des Zeittaktes im Ortstarif. Sie könnte auch einen Antrag stellen auf Pflegegeld. Das mit dem Pflegegeld schiebt sie ständig hinaus; es soll auch so gehen, weil, sie haßt es, diese Sachen zu beantragen! Sie gibt der Frau, die fast täglich kommt, aus ihrer Rente was ab (die Frau ist ebenfalls Rentnerin). Die Kinder unterstützen sie mit monatlichen Zuschüssen, am Wochenende schläft immer eines der Enkelkinder bei ihr.

„Sozialhilfe" impliziert zwar einen Rechtsanspruch und hat mit Fürsorge alten Stils nur noch wenig zu tun; dennoch wird sie von vielen als Almosen empfunden, das gegen die Ehre geht. Es gilt als gesichert, daß die Hälfte aller alten Menschen, die berechtigt sind, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, von diesem Anspruch keinen Gebrauch machen." (FAZ, 7.4.)

Die Fürsorge neuen Stils – mehr Plünderung und Betrug

Am 30. März 1977 gibt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung unter dem Stichwort „Wirtschafts- und Finanzpolitik" eine Übersicht über die Transferleistungen 1976. „Wie in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 angekündigt, wird die Bundesregierung eine Transfer-Enquete-Kommission berufen." Aus der Regierungserklärung:

„Entscheidend für die Einkommenslage der privaten Haushalte ist heute vielfach, welche staatlichen Geldleistungen sie insgesamt erhalten, also Wohngeld, BAFöG usw., Transferleistungen, wie die Fachleute das nennen, und welche Steuern und Abgaben sie bezahlen. Die Bundesregierung wird deshalb eine Transfer-Enquete-Kommission berufen, die den Einfluß staatlicher Transfereinkommen– auch durch unkoordinierte Einkommensgrenzen in verschiedenen Gesetzen – auf die insgesamt verfügbaren Einkommen verschiedener Haushalte ermitteln und Vorschläge zu einer besseren Abstimmung machen soll."

Ermittelt wurde schon an den „Einkommen verschiedener Haushalte" die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung. Eine sozialdemokratische „kostenneutrale" Reform durch das Haus Ehrenberg dann ausgearbeitet, die dem bürgerlichen Staat Millionen, wenn nicht Milliarden einbringt (KVZ Nr.12/77). Bessere Abstimmung zwischen den Beitragserhöhungen und Verschiebungen in den einzelnen Versicherungskassen der Lohnabhängigen vorschlagen, die über diese Gelder nichts zu sagen haben, das wird die Aufgabe der Untersuchung sein (Enquete ist gleich Untersuchung). Erweiterung und Verbesserung der Ausplünderung und der Unterdrückung der Volksmassen unter dem Motto „mehr Gerechtigkeit", wofür sonst werden die Beamten eingesetzt? Denn:

- Die Versicherungskassen sind von den Kapitalisten geplündert.
- Die Jahrhundert-Steuerreform ist als Steuerfalle für die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten bewiesen.
- Die Plünderpolitik der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates über Gebühren und Abgaben z.B. zur Finanzierung ihrer ehrgeizigen Energiepläne werden von den Massen energisch bekämpft.

Reform-Willy entdeckt „Anzeichen für Staatsverdrossenheit" bei den Volksmassen und stellt sich eine „wichtige, bedrohliche" Frage: „Werden unsere Mitbürger auch in einer schwierigen Zeit die Vorteile des Parteienstaates und des Parteienpluralismus verstehen, oder werden sie viel einfacheren Antworten zuneigen, die dann aber von der Demokratie wegführen würden?"

Es ist abzusehen: die Arbeiterbewegung wird sich einfacheren Antworten „zuneigen", sie wird kämpfen können, weil sie sich einigen kann auf die einfachen Forderungen nach vollständiger Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherunsinstitutionen und Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat.

„Manche erblicken schon Anzeichen einer neuen Reformpolitik"

Was der Geißler der CDU ist, dazu hat Schmidt sich in der SPD gemausert. Macher Schmidt will gar – abgeguckt vom Laienprediger Carter – die Massen zur Kirche zurückführen. Zu seinen neuentdeckten Grundwerten, in der Regierungserklärung zusammengefaßt unter: „das Bewußtsein für Nächstenliebe stärken", denkt er sich, daß diese insbesondere von den beiden Kirchen aufgegriffen werden. Nächstenliebe statt ausreichendem Lohn, staatliche Ausplünderung und Gebet sollen verbunden werden.

Als die Experten des rheinlandpfälzischen Sozialministers Geißler (heute ist Geißler zweiter Mann in der CDU) Ende 75 mit ihrer Bedürftigkeitsstrategie für die arbeitenden Massen an die Öffentlichkeit traten, die Lohnraub- und Plünderungspolitik der Sozialdemokraten ist ganz nach ihrem Sinn, wurde Geißler vor allem von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern heftig angegriffen.



Westberlin. Über 4 000 Menschen beteiligten sich an der ÖTV-Demonstration gegen Bettenstreichungen und kapitalistische Rationalisierung. Gefordert wurde: Weg mit den Bettenstreichungen! Weg mit dem Pätzoldplan! Auf vielen Transparenten, Schildern und in Sprechchören wurde die Forderung nach einer 1. Mai Demonstration des DGB erhoben.

Heute fordert der DGB-Vorsitzende Vetter, statt 12 Milliarden DM Investitionssonderprogramm, wie es die Regierung vorschlägt, 20 Milliarden DM den westdeutschen Imperialisten auszuzahlen für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt. Heute hat die sozialdemokratische Lohnraubpolitik die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, den sich die Kapitalisten aneignen, tatsächlich zu wachsendem Anteil an den Rand der „Bedürftigkeit" gebracht.

Die staatliche „Fürsorge" will die völlige Entmündigung und Abhängigkeit der Arbeiterklasse und der Volksmassen organisieren und dabei Jung gegen Alt, Frau gegen Mann, jeden gegen jeden ausspielen.

Ist der Lohn so gedrückt,die Ausplünderung soweit vorangetrieben, daß der Nettolohn allenfalls und bei äußerster Sparsamkeit gerade reicht, einen Arbeiter zu ernähren, greift der „Transfer". Die Kindergeldauszahlung z.B. war ein wichtiger Schritt der staatlichen Transferpolitik, die den Kapitalisten den Weg zu weiterer Lohnsenkung ebnete und die Arbeitermassen spaltete.

Die Aufgabe der bürgerlichen Politiker ist es, dieses Programm der Verelendung den Massen als Reformlösung gerade gegen die zunehmende Verelendung zu verkaufen: Unter dem Stichwort „Umverteilung oder Transfer der Gesamteinkommen aus der Lohnsteuer an die Bedürftigen".

Schmidt denkt bei dem Gelingen dieses Transfer-Coups insbesondere an die Rolle der katholischen Amtskirche in unserer Gesellschaft. Der größte Posten an Transferzahlungen von 187,9 Milliarden DM (1976 insgesamt 235,5 Mrd. DM, Renten, Kindergeld und Sozialhilfen sowie Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld eingeschlossen) steht denn auch unter „Einkommen an private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter". Das sind hauptsächlich die Kirchen und ihre Einrichtungen. In den Erläuterungen der statistischen Jahrbücher ist aufgeführt, was man amtlich darunter zu verstehen hat: Kirchen, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen, karitative und im Erziehungswesen tätige Organisationen (und einiges mehr, wie Sportvereine).

Das Mitglied des Vorstandes des katholischen Caritasverbandes Kuper hat denn auch den Begriff „Solidarität", wie ihn der Kanzler in seiner Regierungserklärung gemäß seinen neuen Grundwerten von Brüderlichkeit und Nächstenliebe gebraucht, bereitwillig aufgegriffen: „Aber gerade jetzt werde ‚Solidarität' gegenüber den Schwachen dringlich. Kuper spielt dabei auch an auf die Lohnverhandlungen und auf die Fraglichkeit von bestimmten sozialen Leistungen, die unterschiedslos jedem zukommen". (FAZ, 7.4.77)

Es wird Zeit, daß die Arbeiterbewegung fordert, die Kirchen als private Vereine zu behandeln und fordert, daß sie jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen verlieren sollen.

Mögen die Kirchen Seelen ins Jenseits transferieren; für die Arbeiterklasse ist dies bestimmt kein Grund, Lohngelder an die Kirche transferieren zu lassen. Der Kampf gegen die Verelendung wird im „Diesseits" abgemacht. Durch Klassenkampf und Revolution. – (Z-Red.)

Hamburg. Auf der letzten ÖTV-Mitgliederversammlung im Amt für Jugend wurde der niedrige 5,3 %-Abschluß von allen Beschäftigten zurückgewiesen. In einer Resolution wurde von 60 Anwesenden bei fünf Enthaltungen die Kündigung des Tarifs gefordert. Beschäftigte des Kinderheims Reinbek hatten die Auswirkungen des Tarifs untersucht und festgestellt, daß sie brutto höchstens ca. 82 DM mehr haben. Für Erzieher, die sich bisher lediglich über Zulagen über Wasser halten konnten, wird der Lohn durch Kürzung der Heimzulage in einigen Säuglingsheimen um 50 % weiter angegriffen. Bei den Hausarbeitern sind gerade Stunden gestrichen worden, was heißt: mehr Arbeit für weniger Geld.

Die Mitgliederversammlung solidarisierte sich einstimmig mit dem Kampf der Berufspraktikanten, denen der Lohn um 10 % gekürzt wurde, unter der Forderung: „Rücknahme der Kürzung". Die Notwendigkeit eines gemeinsamen und genauen Studiums der kommenden Lohnzettel wurde in der Debatte herausgearbeitet. Lohnzettelversammlungen in verschiedenen Abteilungen wurden nach der Mitgliederversammlung terminlich abgesprochen.

Besoldungsrückstufung für Sozialpädagogen. Die ÖTV hat eine bundesweite Vereinbarung abgeschlossen, wonach Sozialpädagogen ab 1.4. für vier Jahre die Besoldungsstufe 5 b und nicht mehr wie bisher bereits nach dem sechsten Monat die Besoldungsstufe 4 b erhalten. Die bisherige Einstufung beruhte auf einer nicht tariflich abgesicherten jederzeit kündbaren Vereinbarung zwischen ÖTV und den Anstellern. Bereits im vergangenen Jahr hatten 75 Beschäftigte am Amt für Jugend in Hamburg in einer Unterschriftensammlung die tarifliche Absicherung dieser Vereinbarung gefordert

Westberlin. Beschluß der ÖTV-Betriebsgruppe der Universitätskinderklinik (Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus) vom 28.3.77: „Am 1. Mai tragen die Arbeiter und Angestellten traditionsgemäß ihre Forderungen auf die Straße. In den letzten Jahren haben in Westberlin große gewerkschaftliche Demonstrationen stattgefunden. Wir, die ÖTV-Betriebsgruppe am Kaiserin-Auguste-Victoria-Haus, protestieren gegen den Beschluß des DGB, am 1. Mai keine Demonstration durchzuführen! Wir fordern den DGB auf, am 1. Mai eine Demonstration unter freiem Himmel zu organisieren!"

Westberlin. Vom Vertauensleutekörper der ÖTV am Wenckebachkrankenhaus ist am Freitag folgender Beschlüß gefaßt worden: „Der 1. Mai ist von entscheidender Bedeutung für die Führung unserer Kämpfe und für ihre Zusammenfassung. Es ist notwendig, daß wir als Angestellte, Arbeiter, Schüler und Studenten gemeinsam an der Seite der Arbeiter aller Länder und der um ihre Befreiung kämpfenden Völker auf der Straße demonstrieren. Darum fordern wir den DGB auf, am 1. Mai eine gewerkschaftliche Demonstration zu organisieren!"

Braunschweig. Seit zwei Jahren haben die Auszubildenden an der Krankenpflegeschule beharrlich an der Forderung nach Auszahlung von 300 DM Kleidergeld im Jahr festgehalten. Jetzt haben sie einen ersten Erfolg erzielt: Der Personaldezernent und der Stadtrat der Stadt Wolfsburg verfügt, daß alle Auszubildenden in der Krankenpflege zu Beginn ihrer Ausbildung 150 DM Kleidergeld für ein halbes Jahr im voraus ausgezahlt bekommen. Die Schülervertretung der Krankenpflegeschule will jetzt eine Veranstaltung durchführen zu dem Minusabschluß für die neuanfangenden Schüler in der Krankenpflege und den Plänen des Bundesregierung, die Krankenpflegeschüler in Berufsfachschüler zu verwandeln, die keinen Anspruch auf Lohn, sondern auf Unterstützung nach BAFöG haben.

Neue Pläne zur Unterdrückung der Lehramtsanwärter und Auszubildenden in der zweiten Ausbildungsphase. Wie aus einer Mitteilung des GEW-Landesvorstandes Hamburg hervorgeht, sieht das sechste Besoldungserhöhungsgesetz, das am 30.3. das Bundeskabinett unverändert passiert hat, Erhöhungen entsprechend dem Abschluß im Öffentlichen Dienst vor. Die Lehramtsanwärter erhalten nur 40 DM Streckungsgeld, diejenigen, die nicht in der Zeit vom 1.1. bis 30.3.77 angestellt waren, erhalten gar kein Streckungsgeld. Die Bezüge der Lehramtsanwärter, die nach dem 31.8. eingestellt werden, werden um 6.4 % gekürzt. Die Begründung lautet sinngemäß: „Wenn Lehrer nach der zweiten Ausbildungsphase eingestellt werden, erhalten sie sowieso nur Zweidrittel-Angestelltenverträge. Und die Spanne zwischen Anwärtern und Zweidrittel-Angestellten wird sonst zu klein."

Der Bremer Bürgermeister Koschnick hat den bisher weitestgehenden Vorstoß gemacht. Er schlägt vor, die Auszubildenden im Vorbereitugsdienst künftig in einem zivilrechtlichen Ausbildungsverhältnis bei einheitlicher Bezahlung mit einem Ausbildungsgeld in Höhe der Sätze des Graduiertenförderungsgesetzes, das sind gegenwärtig 800 DM, anzustellen. Zur Bewältigung der das Angebot übersteigenden „Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Monopolausbildungsbetrieben" sei dies das „rechtlich und politisch überlegenere Mittel" gegenüber Zulassungsbeschränkungen. „Die mit einem zivilrechtlichen Ausbildungsverhältnis ... und dem Ausbildungsgeld in der genannten Höhe erreichten Einsparungen sind erheblich." (Koschnick in einem Brief an Ehrenberg und Maihofer)

Uni Bremen

Kampf um sofortige Auszahlung der Tariferhöhung

Unter den Beschäftigten der Bremer Universität ist der 5,3 % Lohnraubabschluß vom März nicht vergessen. Als jetzt in einer Abteilung eine Angestellte berichtete, sie hätte gerade von der Personalkommission (Landesstelle für alle Personalfragen des öffentlichen Dienstes) erfahren, die neuen Gehälter gäbe es frühestens ab Mai, war die Empörung groß. Die acht Kollegen errechneten ihre Gehälter. „Vier Monate zu spät, und dann noch doppelt Steuern! Zu dem Lohnraub nochmals Lohnraub und Vertragsbruch. Das machen wir nicht mit!"

Einer, der BAT VII bekommt, 28 Jahre, verheiratet, hat es errechnet. Jetzt hat er 1 700 DM brutto, nach dem neuen Tarif 1 786 Mark, was 5,1 % sind, weil die 67 bzw. 100 Mark Zulage, die alle Angestellten erhalten, gar nicht erhöht wird. Dann gehen 7,8 % mehr Steuern runter, 20 Mark mehr als vorher, 10 Mark Sozialabgaben. Bleibt eine Netto-Erhöhung von 56 Mark oder 3,4 %. Wenn nun das ganze über vier Monate und dann noch samt „Streckenzulage von 100 Mark zusammengepackt wird, alle Steuern und Sozialabgaben abgezogen werden, dann bleiben von 2 144 Mark brutto sogar nur 1 416 Mark netto oder von 444 Mark brutto mehr gerade 240 Mark netto übrig. Das heißt: rund 45 % der Erhöhung kassiert der Staat auf einen Schlag. Fast alle rechneten so. Und bei jedem war es mehr als das Urlaubsgeld, was gleich wieder von der Steuer abgezogen wird.

Sofort waren die heftigsten Debatten im Gange. „Vertragsbruch, damit werden Bundeswehr und Polizei ausgerüstet." „Allein von den Zinsen dafür hätte die Straßenbahnpreiserhöhung in Bremen (rund 10 Millionen Mehreinnahmen) bezahlt werden können."

„Sollte ich mal machen, sagen: Ich zahle die Miete nicht, die Tariferhöhung ist nicht da, ich werd gekündigt." „5,3 % – das sind zwei Stunden Arbeit die Woche, sollen wir mal eher gehen."

Sie beschlossen, sofort was zu tun. Eine Unterschriftensammlung wurde in Gang gesetzt, in der der Vertragsbruch angeprangert und die sofortige Auszahlung der Gelder gefordert sowie der Lohnraubabschluß angegriffen die Steuerprogression als doppelter Lohnraub gekennzeichnet wurde. Noch am letzten Arbeitstag vor Ostern unterzeichneten rund 200 und damit drei Viertel aller erreichbaren Beschäftigten die Erklärung. Die Abteilung beschloß, am 1. Mai „Schluß mit Lohnraub und Vertragsbruch – Sofortige Auszahlung" zu fordern! (Wenns bis dahin nicht erledigt sei). Sie beschlossen auch Forderungen gegen das Ausplünderungsprogramm, gegen Atomkraftwerke und Energieprogramm, gegen den § 218, gegen Entlassungen und Versetzungen – für den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich, Verbot von Schicht- Akkord und Nachtarbeit, Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung! Weg mit den Berufsverboten!, und weitere klassenkämpferische Losungen und richtete sie an den Vertrauensleutekörper.

Die Sozialdemokratie versucht mittlerweile, wieder Boden wettzumachen. Nachdem ziemlich viele bei der Personalkommission angerufen hatten, verlautete inoffiziell von Regierungsseite: diesmal würden die Steuern nicht vom Gesamtbetrag, sondern so abgezogen, als ob monatlich ausgezahlt wurde. Das beruhigte nicht. Lohnraub und Kredit für weitere Raubzüge bleibts allemal, sagten die Beschäfigten. Dann erklärte die ÖTV-Vertrauensleuteleitung in der Uni, sie unterstütze die Forderung – aber am 1. Mai hätte das nichts auf der Straße zu suchen, die Beschäftigten hätten wichtigere Probleme.
Aber die Beschäftigten brauchen ihren Lohn und deshalb seien sie auch nicht bereit, mit ihm die sozialdemokratischen Raubzüge und Kriegsvorbereitungen im Auftrage der Kapitalistenklasse zu finanzieren. – (Zelle Universität Bremen)

Fünfen und Sechsen

Im Bezirk Weser-Ems sind heftige Auseinandersetzungen an den Schulen entstanden. Sie sind weit über den Bezirk bekannt geworden. Sie haben sich entzündet an der Suspendierung von kommunistischen Lehrern und am Kampf gegen das Notensystem.

Diese Auseinandersetzung gewinnt an Bedeutung auf dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung, die die imperialistische Bourgeoisie Westdeutschlands dem Nord-Westraum mit den Regierungsbezirken Oldenburg und Ostfriesland zubilligt. Große Teil des Landes veröden. Das Kapital wird in wenigen Zentren konzentriert. Insgesamt bildet der Bezirk ein riesiges Reservoir billiger Arbeitskräfte. In Ostfriesland waren im Februar 4,8 % der Wohnbevölkerung arbeitslos. In absoluten Zahlen: 20 000 Menschen, die ihre Arbeitskraft nicht verkaufen können. Für die Kapitalisten hat das eine erfreuliche Wirkung. Sie verbilligt die Arbeitskraft. Dies entspricht vollständig der Tendenz, die Schranken, die der Ausbeutung durch den Kampf der Arbeiterklasse gesetzt waren, durch die imperialistische Bildungsreform zu Fall zu bringen und insbesondere an die billige Kinder- und Jugendarbeit heranzukommen.

Für die Massen stellt sich die Lage völlig entgegengesetzt. Je mehr die Region verkommt, desto größer wird die Bedeutung des Schulwesens für die Arbeiter, kleinen Bauern und Angestellten. In den Schulen wachsen die Widerstandsaktionen. So haben Schüler der Realschule Tossens, einem kleinen Ort in der Wesermarsch, einen langen Kampf gegen eine Stenolehrerin geführt, die sie besonders unterdrückte, und erreicht, daß Stenonoten nicht zur Versetzung zählen und Steno Wahlfach wird. Zunehmend mischen sich die Eltern in die Schulangelegenheiten. So verhinderten vorläufig die Eltern die Schließung der Grundschulen in Seefeld und Schwei (Wesermarsch).

Wen wundert es, wenn die Bourgeoisie aufheult, wenn sie an dieser wunden Stelle angegriffen wird? Spontan stellten sich die Schüler und Teile der Eltern auf die Seite der kommunistischen Lehrer. Die Bourgeoisie reagierte mit Spaltung. In Delmenhorst, wo der Lehrer E. Schneider erklärt hatte, keine Fünfen und Sechsen mehr geben zu wollen und zu einer Versammlung aufrief, setzte die Schulverwaltung eine Versammlung zur gleichen Zeit
tung eine Versammlung zur gleichen Zeit
an. Die Bourgeoisie spaltete mit Argumenten: Ein einzelnes Vorgehen hat keinen Zweck. Die Noten würden nicht anerkannt. Das schade den Schülern.

Die Bourgeoisie schmiß sich mächtig ins Zeug. In Wildeshausen, wo die Versammlung der Eltern und Schüler zweier Klassen der Handelsschule beschlossen hat, daß der Lehrer M. Rebensburg keine Fünfen und Sechsen mehr geben soll, erschienen auf einer KBW-Veranstaltung Vertreter der örtlichen Kapitalisten. Sie wollten das bestehende Notensystem verteidigen. Besonders hervor tat sich der Wirtschaftsprüfer Schütte. Daraufhin enthüllte die Initiative, daß der Wirtschaftsprüfer wegen des „zu hohen Notendrucks an den öffentlichen Schulen" seine eigenen Kinder auf Privatschulen schickte, während er die Lehrlinge, die er von der Handelsschule bezieht, noch einer besonderen Prüfung unterzieht. Wo die Kommunisten auf eine Spaltungslinie mit einer Enthüllung antworteten, konnte die Front gefestigt werden. An der Tatsache, daß es sich um Kommunisten handelt, versuchte die Bourgeoisie eine weitere Spaltung. Mit den Noten haben Sie ja recht, aber lassen Sie das mit dem Kommunismus raus. Wurde an diesem Punkt zurückgesteckt, war der Kampf verloren. Als unerläßlich erwies es sich, daß sich die Initiativen eine klare Grundlage für den Kampf gaben. Die Forderungen nach der Einheitsschule und nach der Aufhebung des KPD-Verbots sind dafür unumgänglich. Macht man dies zur Grundlage, so erringen die Arbeiter in diesen Kämpfen die Führung.

Die Kämpfe haben wichtige Erfahrungen und Fortschritte gebracht. Entscheidend ist die Aktionseinheitspolitik. Werden die Schüler, Eltern und Lehrer zusammengeschlossen und wird der Kampf beharrlich geführt, so kann man die Bourgeoisie schlagen. Entscheidend ist, daß die Aktionseinheit unter den Lehrern und in den Schulgruppen der GEW geschlossen wird. Denn jetzt stehen bereits dreizehn Entlassungen von Lehrern an. Zersetzt man diesen Teil des Staatsapparates und erreicht man eine gute Mehrheit in einem Kollegium gegen das Notensystem, so hat man eine entscheidende Schlacht gewonnen. Möglich ist dies. Die Lehrer sind lohnabhängig und der Entrechtung unterworfen. Im System der kapitalistischen Ausbildung haben sie die Funktion von Schleusenwärtern. Sie bekommen angewiesen, welcher Prozentsatz der Schüler an den verschiedenen Schleusen herausgepreßt werden soll. (Bezirk Weser-Ems)

Gewehre für die Jugend Zimbabwes

Geldsammlungen und verschiedene Unterstützungsaktionen



Flensburg. Am 9.4. führte der KJB Flensburg einen Informationsstand zu Zimbabwe durch. Es gab Auseinandersetzungen, ob es richtig ist, den Jugendlichen in Zimbabwe Gewehre zu kaufen und dafür zu spenden. Einige Jugendliche wurden dafür gewonnen, zum nächsten Jugendtreff zu kommen, bei dem über den Befreiungskampf in Zimbabwe und die Geldsammlung hier diskutiert werden soll.

Westberlin. Aktionen des KJB.

Am Ostersamstag führte der KJB ein Aktionszentrum in Spandau durch. Es wurden Reden gehalten, Flugblätter verteilt und KVZ und Broschüren verkauft.

Auf einer großen Preßplatte war das südliche Afrika aufgezeichnet. Bei den Ländern Azania, Namibia, Zimbabwe waren die Imperialistenbezeichnungen eingetragen. Mit Wurfpfeilen, die die richtige Bezeichnung trugen, mußte man diese Länder treffen. Daran haben sich viele Kinder beteiligt und anhand des Kinderbuchs über Zimbabwe wurde geklärt, wie es zu dem Rassistennamen kam und daß der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe diesen Kolonialistennamen bald von der Landkarte beseitigen wird, wie es auch die Völker Namibias und Azanias tun werden. Auf der Straße wurde ein großes Bild gemalt, das zwei Befreiungskämpfer mit erhobener Waffe zeigt.

Am Aktionszentrum des KJB wurden bisher 25 Mark gesammelt. Am Nachmittag führte der KJB dann eine Veranstaltung durch. Es wurde ein Re-
Veranstaltung durch. Es wurde ein Re-
ferat zur Geschichte des Befreiungskampfes gehalten. Das Hauptreferat erklärte, warum die Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" ausgezeichnet geeignet ist, den Kampf der Jugend gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zu fördern und den Zusammenschluß mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker zu festigen. Am Ende der Veranstaltung wurde der Vorschlag beraten, ein großes Stadtspiel in Spandau zu organisieren. Das stieß auf große Zustimmung. Über zehn Jugendliche meldeten sich, um bei der Vorbereitung zu helfen. Mehr als 30 Mark wurden auf der Veranstaltung gespendet.

Am Sonntagvormittag veranstaltete die Bürgerinitiative gegen das Kernkraftwerk Oberjägerweg ein Kinderfest. Genossen des KJB hatten am Abend vorher mit Jugendlichen, die den geplanten Bauplatz besetzt halten, über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesprochen. Die Jugendlichen wollen sich mit einer Fußballmannschaft am Fußballturnier zur Unterstützung der Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" beteiligen. Auf dem Fest baute der KJB wieder das Wurfspiel auf zusammen mit einer Stelltafel, die enthüllte, daß das geplante Kraftwerk den Expan-
das geplante Kraftwerk den Expan-
sionsplänen des BRD-Imperialismus dient. Mehrere KVZ wurden verkauft und Geld gesammelt. – (KJB Westberlin)

Braunschweig. Brief der Redaktion „Gabelschlunke" an die ZANU

„Liebe Freunde,

Wir sind die Redaktion einer Braunschweiger Schülerzeitung und finden es gut, daß Ihr den Entschluß gefaßt habt, den Befreiungskampf um Euer Land aufzunehmen.

Wir wissen, daß gerade die, die auch in unserem Land die Herrschenden sind, uns unterdrücken und ein besonderes Interesse daran haben, daß das rassistische Siedlerregime in Zimbabwe an der Macht bleibt. Denn dann bleibt ihnen ihre Profitquelle dort erhalten.

Da wir den gleichen Feind haben, werden wir Euch unterstützen und über Euren Kampf berichten. Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns Informationen dazu schickt."

Göttingen. Sammlung für ein Gewehr.

Am Samstag, den 2.4. hat der Kommunistische Jugendbund Göttingen auf dem Marktplatz einen Basar gemacht. Wir haben Kerzen in den ZANU-Farben, die wir mit Kindern und Jugendlichen zuvor auf einem Bastelnachmittag hergestellt haben, verkauft.

Der Basar wurde spontan von fünf Kindern unterstützt, die Flugblätter verteilt und Spenden gesammelt haben und die Kampagne weiter unterstützen wollen.

Wir haben über 20 DM gesammelt für ein Gewehr für die Jugend Zimbabwes. Zusätzlich wurde Gaspistole im Wert von 85 DM gespendet.

Hamburg. Unterstützung der Jugend von Zimbabwe.

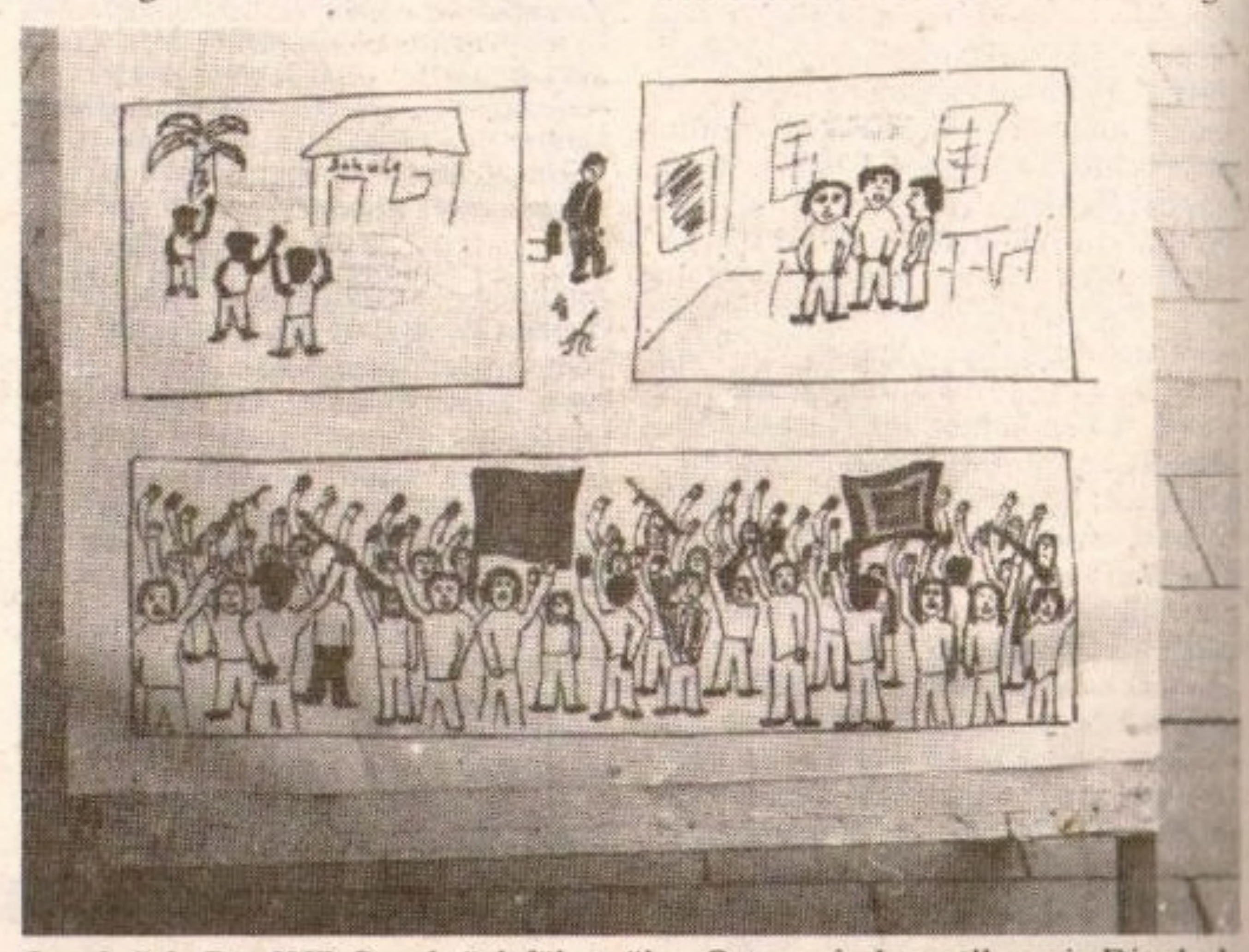
Kinder aus Finkenwerder und Neuwiedenthal, 11 bis 13 Jahre alt, haben das ZANU-Kinderbuch diskutiert und beschlossen, die Jugend von Zimbabwe in ihrem Kampf zu ermutigen. Ein großes Bild wurde gemalt, das einen ZANU-Kämpfer siegesbewußt vor seiner Hütte zeigt. Ein anderes Bild zeigt, wie die Polizei in der Rüschsiedlung Kindern verboten hat, sich eine Hütte zu bauen. (Die Rüschsiedlung ist vom Senat zerstört worden, weil dort Fabriken hinsollen.) Als nächstes soll ein Aufkleber gemacht werden mit der Aufschrift: „Zimbabwe, pamberi ne chimurenga!" (Zimbabwe, vorwärts im Befreiungskampf!)

All das soll nach Zimbabwe geschickt werden mit einem Brief. Die Geldsammlung, die von zwei Kindern schon seit längerem unterstützt wird, soll fortgesetzt werden.

„Liebe Kinder in Zimbabwe!

Wir schreiben euch heute einen Brief aus Hamburg in Deutschland, weil wir es gemein finden, daß die Weißen euch das Land wegnehmen. Wir sammeln für euch jede Menge Geld. Ich und meine Freunde haben früher auch in einer Siedlung gewohnt. Wir haben oft Höhlen gebaut und da ist die Polizei gekommen und sagte, daß wir die Höhlen kaputt machen sollen. Dann kam die Flut und die Reichen sagten, daß wir hier ausziehen sollen. Wir haben oft demonstriert. Doch das half nicht. Dann sind wir nach Neuwiedenthal gezogen.

Wir haben einen Flohmarkt für euch gemacht: Wir haben 60 Mark zusammengekriegt. Wir schicken euch Bilder und ZANU-Flaggen zum Aufkleben. Für die Schüler in Zimbabwe. Wir grüßen euch aus der BRD in Hamburg."



Osnabrück. Der KJB Osnabrück führte über Ostern ein Jugendlager in Diepholz durch. Die Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" unterstützen sie mit einer Agitation in der Arbeitersiedlung Memelweg. 8 DM wurden dort gespendet.



Kinder vom Memelweg ziehen mit in die Innenstadt und beteiligen sich an einem Agitationsstand. Selbstgemalte Bilder werden verkauft.

Nicht die Rechtschreibung unterdrückt, sondern der bürgerliche Staat

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert seit längerer Zeit eine Rechtschreibreform. Die Forderung nach einer Rechtschreibreform hat auch unter Lehrern und Schülern Verbreitung gefunden. Der Rechtschreibunterricht ist bei den Schülern verhaßt. Trotzdem fordern gerade die Schüler in den Abgangsklassen der Haupt- und Realschule und der Berufsschule, daß sie endlich richtig schreiben lernen wollen.

Die Regeln der Rechtschreibung sind an vielen Stellen unlogisch, zu jeder Regel existiert eine Ausnahme und zur Ausnahme wiederum eine Ausnahme, weil ein- und dasselbe Wort in verschiedenen Sätzen mal groß, mal klein geschrieben werden muß.

Daß die Rechtschreibung der deutschen Sprache diese Kompliziertheit hat, liegt daran, daß sich die verschiedenen deutschen Staaten, Preußen, Sachsen usw. nicht auf revolutionäre Weise vereinigt haben, sondern daß nach einer gescheiterten Revolution der Zusammenschluß der deutschen Staaten zum Deutschen Reich stattgefunden hat unter Führung preußischer Junker. So hat sich die deutsche Sprache nicht insgesamt vereinheitlicht, sondern die Besonderheiten der Sprache sind erhalten geblieben und kommen heute in den sich oft widersprechenden Regeln zum Ausdruck.

Immer wieder klagen die Lehrer über zu viele Rechtschreibfehler, und Tests bei Polizei und Bundeswehr haben gezeigt, daß 80 % der Polizisten und Soldaten nicht richtig schreiben können. Selbst Abiturienten beherrschen die Rechtschreibregeln nicht und machen Fehler, die längst in der zehnten Klasse behoben sein sollten. Soll man für diesen Umstand die Rechtschreibregeln verantwortlich machen und eine Reform verlangen?

Daß diese Fehler gemacht werden und daß es den Schülern große Schwierigkeiten bereitet, richtig schreiben zu lernen, liegt nicht an den Regeln an sich, sondern an dem Zweck der Schule und damit auch an dem Zweck, den die Rechtschreibung in dieser Schule zu erfüllen hat.

Die bürgerliche Klassenschule bringt dem Schüler nicht einfach „etwas" bei. Sie muß bestimmte Grundkenntnisse pauken lassen, weil die Kapitalisten später Arbeitskräfte ausbeuten wollen, die diese Fertigkeiten beherrschen müssen. Rechtschreibung ist z.B. notwendig für alle Bereiche der Texterfassung und -verarbeitung. Der erste Zweck der Rechtsschreibung ist jedoch die Auslese. Die Schüler werden abgespalten und aussortiert nach den Fehlerquoten. Das Richtigschreibenüben wird gehandhabt als Unterdrückung und Zerstörung der Fähigkeiten der Schüler.

Die Schüler dürfen sich während des Diktats nicht miteinander verständigen, wie das eine und das andere Wort geschrieben wird, sie dürfen nicht Formulierungen wählen, die das gleiche aussagen, sie dürfen nicht ihre Lehrer nach Erklärungen fragen. Es genügt nicht, richtig schreiben zu können, sondern die Regeln müssen jederzeit parat sein. Nicht wird die Rechtschreibung geübt an dem, was die Schüler selbst geschrieben haben in den Aufsätzen, geübt wird entweder an komplizierten Satzgebilden oder an Sätzen, in denen dann immer nur die eine Schwierigkeit vorkommt, was überhaupt nicht der Realität entspricht. Denn kein Mensch schreibt in Briefen oder Flugblättern einen Satz, in dem nur „s", „ss" oder „ß" vorkommt.

Wer meint, eine Rechtschreibreform würde hier etwas ändern, der irrt sich. Nur in einer anderen Form werden dann die gleichen Inhalte gelehrt, die gleiche Unterdrückung, Schikane und Auslese durchgeführt.

Heute selbst kleinzuschreiben, wie die Gewerkschaftszeitung Druck und Papier es tut, erschwert nicht nur die Verständigung, sondern verschleiert die tatsächlichen Zustände und lenkt ab vom Kampf gegen das herrschende Schulsystem. Zur „gemäßigten Kleinschreibung" paßt dann auch der „gemäßigte Inhalt" der Druck und Papier wie die Faust aufs Auge. Notwendig ist es, sich die Rechtschreibung anzueignen, denn sie ist die Form der Verständigung und sie ist die Voraussetzung, seine Arbeitskraft verkaufen zu können. Weswegen sich der Kampf der Schüler auch nicht gegen die Rechtschreibung richtet, sondern gegen das herrschende Schulsystem.

Hat die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und die politische Macht erobert, dann wird sie auch die Rechtschreibung vereinfachen, wie das nach jeder großen Revolution der Fall war. – (GUV Braunschweig/N-Red.)

Blohm und Voss-Arbeiter haben sich noch nie vor den Karren der Imperialisten spannen lassen

Hamburg. In den 100 Jahren des Bestehens von Blohm und Voss haben Generationen von Arbeitern dort riesige Werte geschaffen. Über 900 Schiffe, davon 426 Kriegsschiffe und U-Boote, Flugboote und Flugzeugmotoren (Hamburger Flugzeugbau, jetzt MBB), Containerbau, Off-Shore-Technik, Panzerbau. Angeeignet haben sich diese Werte die Blohm und Voss-Kapitalisten, heute im wesentlichen Thyssen (64,7 %), Blohm (17,9 %), Siemens (12,5 %). 1975 betrug der Gesamtumsatz von Blohm und Voss 730 Mio. DM bei 6 500 Beschäftigten. 1976 wurde aus der um 100 Arbeiter verringerten Belegschaft 995 Mio. DM Umsatz herausgepreßt. Diese Werte haben die Arbeiter oft unter Bezahlung ihres Lebens bei schärfster Ausbeutung geschaffen: Pro Schiff mindestens ein Toter, das ist die blutige Regel auf dieser Werft.

Die Entwicklung der Produktivkräfte im Schiffbau, die Einführung der Schweißtechnik und des Sektionsbaus bedeutete für die Blohm und Voss-Kapitalisten zeitweilige Konkurrenzvorteile und Extraprofite, für Tausende von Arbeitern Vernichtung ihrer Existenz durch Entlassung, 14 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigte die Werft einst. Heute, in der harten Konkurrenz, vor allem mit den japanischen Werftkonzernen, haben die Blohm und Voss-Kapitalisten Kurzarbeit angekündigt und 300 Entlassungen bis Ende dieses Jahres.

Die Lage der Blohm und Voss-Kapitalisten war immer verknüpft mit der Lage des kaiserlichen, nationalsozialistischen und westdeutschen Imperialismus.

Ihren ersten großen Aufschwung in der Profitproduktion erlebten die Blohm und Voß-Kapitalisten mit der Kriegsproduktion für den 1. Weltkrieg. 25 Schlachtschiffe und 127 U-Boote wurden für die kaiserliche Marine gebaut. Nach dem 1. Weltkrieg ging es wieder aufwärts, ebenfalls durch die Expansions- und Kriegsvorbereitungen des deutschen Monopol-Kapitals. 15 Schlachtschiffe und 256 U-Boote wurden für die Kriegsmarine des Hitlerfaschismus gebaut. Nach 1945 und 1950 wurde Blohm und Voss total demontiert. Der westdeutsche Imperialismus erkannte aber sehr schnell die für die Expansionspläne notwendige Werftindustrie. Als 1952 die Erlaubnis zur Schiffsreparatur für Blohm und Voss erteilt wurde, finanzierte die Stadt Hamburg die notwendigen Reparaturen der Kaianlagen. Die Wiederaufnahme des Schiffsbaus 1954 wurde ebenfalls finanziert mit einem 11,5 Mio. DM-Kredit der Stadt Hamburg.

Entfaltet werden konnte die Werftindustrie nur durch Monopolisierung und Konzentration des Kapitals unter dem Kommando der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

1955 übernahm der Thyssenkonzern die Mehrheit des Aktienkapitals von Blohm und Voss mit entsprechender Aufstockung.

1967 beteiligte sich Siemens an Blohm und Voss. Kleinere Konkurrenten von Blohm und Voss wurden niedergezwungen wie die Schlieker-Werft und die Stülkenwerft.

Doch noch nie in der Geschichte von Blohm und Voss haben sich die Arbeiter vor den Karren der Imperialisten spannen lassen.

Im Jahre 1887 führten die Arbeiter den ersten allgemeinen Streik bei Blohm und Voss gegen die elende Lebenslage durch. Der Stundenlohn eines Nieters lag damals bei 33 Pfennig. Von März bis November hielt die Streikfront trotz Aussperrung. 5 Pfennig pro Stunde wurden erkämpft. Im Zuge der Novemberrevolution 1918 bildeten die Blohm und Voss-Arbeiter auf der Werft einen Arbeiterrat. Geschlossen beteiligte sich die Belegschaft 1920 am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch. Beim Hamburger Aufstand 1923 standen die Blohm und Voss-Arbeiter unter Führung der KPD in vorderster Front. Von Oktober 1928 bis Januar 1929 streikten die Blohm und Voss-Arbeiter gegen elenden Lohn und für die Verkürzung der Arbeitszeit.

Unter dem Hitler-Faschismus bildeten die Arbeiter eine starke antifaschistische Widerstandsgruppe. Ein Kontroll- und Meldeausschuß der Werftarbeiter berichtete der spanischen Volksfront ständig über auslaufende Schiffe, die die Francotruppe mit Kriegsmaterial versorgten. 1939 organisierten die Arbeiter, trotz Nazi-Terror, wegen der auf Hochtouren laufenden U-Boot-Produktion den Kampf gegen den Lohnstopp, 10-Stundentag, Überstunden, Akkord- und Sonntagsarbeit. Der Lohnstopp konnte durchbrochen werden. Blohm und Voss-Arbeiter beteiligten sich nach dem zweiten Weltkrieg am Widerstand gegen die Remilitarisierung. Nach der Krise 1966/67 kam es auf Blohm und Voss zu Arbeitsniederlegungen.

Am 1. Mai 1890, wo in Hamburg die Arbeiter die erste Demonstration am Kampftag der internationalen Arbeiterklasse durchführten, beteiligten sich 1 700 Blohm und Voss-Arbeiter und nutzten diesen Tag zum Zusammenschluß gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Den 1. Mai 1977 werden die Blohm und Voss-Arbeiter nutzen zum Zusammenschluß gegen Entlassungen, Lohnraub, kapitalistische Rationalisierung, gegen Ausbeutung und imperialistische Kriegsvorbereitung. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Kiel. Die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen der Marschen-Westküsten-, Ostküsten- und Hamburger Landeskonferenzen findet am 16.4.77 in Kiel statt. Der KB Nord hat bereits entsprechende Beschlüsse zur Vorbereitung der Konferenz auf der Hamburger Regionalkonferenz durchsetzen können: „Sie (die Bürgerinitiative) unterstützt die entsprechenden Maßnahmen, die KBW-Mitglieder am Betreten des Tagungsraumes zu behindern."

Der Beschluß zu der Beteiligung an den Maidemonstrationen von der letzten Konferenz ist noch nicht abschließend behandelt. Den müssen die Opportunisten erst noch verhindern, damit die „Fete" am 30.4. steigen kann. Dies werden sich einige Delegierte nach der „Osterdemo" noch überlegen.



Hannover. An den „Demonstrationen" über Ostern an den verschiedenen Kernkraftwerken haben sich die erhofften Massen der Spontaneisten und des KB Nord nicht eingefunden. In Grohnde 200 und beim KKW Krümmel waren es ca. 1 000 Arbeiter, Schüler und Studenten. „Wir müssen ständig neue Formen des Widerstandes finden", schreibt der AStA Göttingen, der mit den entsprechenden

Widerstandes finden", schreibt der AStA
Göttingen, der mit den entsprechenden KB Nordlern besetzt ist. Diese neuen Formen werden nicht von den Menschen aufgegriffen. Diese Erfahrung mußte gemacht werden. Der KBW, der die Spalterpolitik der opportunistischen Kräfte aufdeckte, konnte zahlreiche Flugblätter und die Kommunistische Volkszeitung/Ausgabe Nord verkaufen.

Im letzten Jahr sind die **Preise für Kraftfutter erhöht** worden: Im vergangenen Jahr reichte der Erlös von 100 kg Milch, um 109 kg Kraftfutter zu kaufen, heute bekommt man keine 100 kg mehr dafür. Die Kapitalisten profitieren von der Not der Kleinbauern, die auf Grund der Dürre wenig Grundfutter haben und deshalb viel Kraftfutter dazu kaufen müssen.

„Bericht aus Bonn"

Im Vorfeld des wirklichen Krieges, wie er von den Imperialisten immer zielstrebiger vorbereitet wird, hat die Bourgeoisie in jedem imperialistischen Land ideologische Schlachten zu führen und zu gewinnen. Verliert die Bourgeoisie in einem Lande diese ideologische Schlacht, so verliert sie die Kriegsfähigkeit.

Dem flachen Aufguß bürgerlicher Militärdoktrin zu Folge entscheidet im modernen Krieg die Bewaffnung. Das wurde jahrzehntelang verbreitet. Jetzt rückt mit der Entwicklung der internationalen Konkurrenzschlachten der wirkliche Krieg näher. Da beginnt es den Bourgeois düster zu schwanen. Die MRCAs, die Fregatten, die neue Panzergeneration, es wird nichts nützen, es wird nicht helfen. In der BRD fehlt es an Männern, die bereit sind, diese Waffen gegen die Feinde der Bourgeoisie und gegen ihre eigenen Brüder zu richten.

Wir zitieren einen Ausschnitt der Fernsehsendung „Bericht aus Bonn", in der über die Konsequenzen des Berichts des Wehrbeauftragten Berkhan geredet wird.

„*Bericht aus Bonn:* Herr Berkhan, lange Zeit waren die Prinzipien der inneren Führung umstritten. Sind sie heute im Alltag für jeden Soldaten erlebbar? Trägt das vielleicht dazu bei, daß der Soldat heute weiß, warum er in der Bundeswehr ist?

Berkhan: Auch das ist *schwierig*. Es ist eben in den Einheiten sehr unterschiedlich. Ich treffe Einheitsführer und auch Teileinheitsführer, die sehr gut mit dieser Frage fertig werden. Andere tun sich schwer. Innere Führung ist ja auch ein Stück Pädagogik. Und die Militärpädagogik ist noch nicht sehr weit entwickelt. Dort gilt es, noch einen langen Weg zurückzulegen.

Bericht aus Bonn: Was würden Sie anregen?

Berkhan: Ich würde anregen, daß die Soldaten besser auf ihren Ausbildungsauftrag vorbereitet werden. Ein Offizier wird heute nach 27 Monaten Leutnant, ein Unteroffizier wird gar schon nach 12 Monaten Unteroffizier. Und dann werden ihnen Männer anvertraut. Das ist natürlich sehr früh, meines Wissens, daß die so ausgebildeten selber noch der Fürsorge und Ausbildung und Weiterbildung bedürfen.

Bericht aus Bonn: Würden Sie denn sagen, daß ein weiterer Ausbau der inneren Führung mehr zum besseren Engagement, zur Begeisterung der Wehrpflichtigen beitragen würde?

Berkhan: Das ist schwierig zu beantworten. Aber zum besseren Verständnis des *eigentlichen* Auftrags, des *politischen* Auftrags der Bundeswehr ... Die innere Führung kann ihn besser führen auf die eigentliche Aufgabe hin."

Und nach diesem Herumgestottere kommt es dann herausgequollen:

„. . .der Gesellschaft, dem Staat, der Regierung zu dienen, eine Außenpolitik zu vertreten, die zum Segen der Bundesrepublik Deutschland ausschlägt."

Der lange Weg, den die Militärpädagogik noch zurücklegen muß, hier findet man ihn militärisch kurz gefaßt. Soldaten, unterstützt die Außenpolitik der Bundesregierung! Italien will die Kreditzinsen gestundet? Ölt die Gewehre!

Frankreich macht Schwierigkeiten wegen der westdeutschen Kapitalimporte? Der Rhein ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze! Holt die Pontonbrücken hervor! Man versperrt uns wegen einiger geographischer Unzulänglichkeiten den gerechten Anteil an der Nordsee? Warte zu, perfides Albion, jetzt haben wir Schiffe! Afrika will sich befreien? Italiener, Franzosen, Briten, laßt uns Brüder sein unter Führung der Deutschen, gemeinsam sind wir stark!

Ein Längerdienender, über dessen Dienstgrad und Laufbahn nichts auszumachen ist, im „Bericht aus Bonn":

„Ich persönlich fühle mich nicht überfordert, aber ich fühle mich nicht ausreichend vorbereitet, um einen solchen Unterricht mit allen Tricks und Kniffen der Methodik durchzuführen. Und meiner Ansicht nach gibt es keinen unangenehmeren Unterricht bei der Bundeswehr, als den staatsbürgerlichen."

Dies ist gewiß eine Wahrheit, wenngleich nicht für die Mannschaften, die diesen Unterricht zum politischen Zusammenschluß zu nutzen wissen. Aber was soll werden, wenn der *staats*bürgerliche Unterricht erst zum *regierungs*bürgerlichen oder bis zum „Unterricht zwecks Vertreten der außenpolitischen Ziele der Bundesregierung" gesteigert wird? Bereits jetzt ist die Lage *schwierig* und es bestehen allerlei *Gefahren*. Der Längerdienende, nach unserer Ansicht ein Fahnenjunker oder kurz davor, gibt zum Besten:

„Denn gerade hier besteht die Gefahr, daß man einem Abiturienten, der politisch sehr engagiert ist, eine Breitseite oder eine empfindliche Stelle bietet, und dann ist man als Vorgesetzter sehr schnell lächerlich gemacht."

Das Problem des politischen Unterrichts beruht nicht darauf, daß Unteroffiziere von „Abiturienten" lächerlich gemacht werden. Wer den politischen Unterricht halten muß, das sind sowieso die Offiziere und der regelmäßige Skandal, der eintritt, wenn ein Metallarbeiter den Kp-Chef in die Pfanne haut, der ist es, der die Offiziere massenhaft in den Zustand der Feigheit vor dem politischen Feind versetzt. Der „Bericht aus Bonn" dazu:

„In der Truppenpraxis fehlt dem politischen Unterricht zumeist die Überzeugungskraft. Er steht nicht erstrangig im Dienstplan, was schon äußerlich dadurch unterstrichen wird, daß er erst in der letzten Stunde vor dem Wochenendurlaub anliegt."

Für den wehrpflichtigen Soldaten ist die Stunde vor dem Wochenendurlaub die Stunde höchster Gefahr. Hier kann man ihm durch die lächerlichsten Kleinigkeiten eine passende Wochenendbeschäftigung verpassen. Es ist der Zeitpunkt, zu dem die Soldaten am ehesten was einstecken, was sie sich sonst nicht gefallen lassen würden.

Die spezielle Militärpädagogik, die der Wehrbeauftragte erfunden wissen will, hier ist sie bereits entwickelt.

Man soll sowieso nicht denken, daß der ganze Tam-Tam echt ist. Die werden sich beherrschen und verstärkten politischen Unterricht einführen. Sie würden gerupft herauskommen. Für die Bourgeoisöffentlichkeit ein paar tröstliche Worte, aber in der Truppenpraxis? Nicht leicht. Und wenn doch, um so besser.

Georg Leber, sozialdemokratischer Biedermann, setzt auf ganz andere Methoden. Das Problem sieht er freilich auch. Leber im gleichen „Bericht aus Bonn":

„Wir müssen zwei Dinge im Auge haben, wenn wir an die künftige Ausbildung oder an die künftige Aufgabe des militärischen Führers denken. Das eine: Militärischer Dienst wird künftig noch mehr als bisher bestimmt von technischen Ansprüchen und technischem Inhalt, so daß wir eigentlich den Ingenieursoldaten bekommen werden. Noch mehr, als er (offensichtlich der künftige militärische Führer) früher unter dem Begriff sich denken konnte. Dazu gehört Ausbildung, er muß das beherrschen, nicht einfach nur wissen, was er braucht, sondern er muß inneren, eigenen Zugang zur Technologie haben."

Leber hat also auch schon gemerkt, daß die Eigenart der Bourgeoisie, von den „technischen Inhalten" nichts zu verstehen, sich unheilvoll auf die Autorität der Offiziere auswirkt, die viel Ursache zur Heiterkeit der wehrpflichtigen Facharbeiter bieten. Die Bereinigung dieses Problems hält Leber für den entscheidenden Punkt und da ist gewiß was dran. Sodann aber:

„Das zweite, die Bundeswehr besteht, wenn sie ihre Aufgabe optimal erfüllen soll, – obwohl es viel angehäufte Technik gibt in ihr –, zuerst aus lebendigen Menschen."

(Aus was die Bundeswehr besteht, wenn sie ihre Aufgabe nicht optimal erfüllt, mag Georg Lebers Geheimnis bleiben.)

„So daß der militärische Führer auch in einer technisierten Armee Menschen zu führen immer am Anfang seiner Aufgabe sehen muß. Deshalb haben wir die Bundeswehrhochschulen eingerichtet. Der Grund, warum wir eigene Hochschulen eingerichtet haben, ist eigentlich der, daß wir neben der technischen Ausbildung und der sonstigen Ausbildung im wissenschaftlichen Rang Pädagogik dort vermitteln können wollen. Das heißt, der militärische Führer, der Offizier, bekommt dort, neben dem, was er als Ingenieur braucht, pädagogische Wissenschaften, d.h. die modernsten Erkenntnisse der pädagogischen Wissenschaften vermittelt, damit er richtig führen kann. In dem Maße, wie er das kann, kann eine Armee auf das Befehlen im bisherigen Sinne verzichten."

In dem Maße, wie der Ochs auf hüh nach links und auf hot nach rechts geht, kann auf den Gebrauch der Peitsche im bisherigen Sinne verzichtet werden, sprach der Bauer. Und dann listig:

„Befehl und Gehorsam müssen bleiben, aber führen ist etwas anderes."

Mit dieser Schlußbemerkung löst der biedere Georg den ganzen Schwulst glücklich auf und was übrig bleibt, ist die Erkenntnis, die die Offiziere bereits im Kaiserreich hatten. Gehorchen ist gut, aber *Dienstfreude* ist besser. Vorderhand ist indes an die Freude am Dienst aus Freude an der Technik und dem „Führen" und „Geführt-werden" nicht zu denken. Die Zahl der freiwilligen Weiterverpflichtung von Unteroffizieren ist gesunken, dies ist sowieso der Grund für die Unruhe, die die Bourgeoisie hinsichtlich der Lage in der Armee befallen hat. Georg Leber hat erkannt, an was es liegt:

„Einmal haben wir die Übergangsgebührnisse und Bezüge reduziert im Zug der allgemeinen Sparmaßnahmen für den Haushalt. Dies muß zum Teil rückgängig gemacht werden, dies ist im Gange."

Leber meint, es war zu wenig Speck in der Falle.

„Das zweite ist ein neues Phänomen nach 1945. Wir haben seit 1974 einen Einbruch bei den Unteroffizieren, den wir wie folgt lokalisiert haben: Man bekommt einen Schutz, wieder auf den alten Arbeitsplatz zurückzugehen, wenn man nach Ableistung der Wehrpflichtzeit zurückkam. Nun verpflichten sich die Soldaten zumeist nicht sofort auf 8 oder 12 Jahre, sondern zunächst auf 2 Jahre. Wenn man sich aber nur auf zwei Jahre verpflichtet, dann verliert man den Anspruch, auf den alten Arbeitsplatz zurückzugehen und das ist bei der Arbeitsmarktlage gegenwärtig ein neuer Tatbestand, den wir bis jetzt nicht hatten, wir begegnen dem durch eine Änderung des Gesetzes."

Es hatte nicht geklappt. Das Verteidigungsministerium will schon immer die vierjährige Verpflichtung als Mindestverpflichtung durchdrücken. Man hatte gedacht, die Wehrpflichtigen würden sich in Folge der Arbeitsmarktlage auf diese lange Verpflichtung einlassen. Dies geschah nicht und daß es nicht geschah, liegt weiß Gott nicht an der „Arbeitsmarktlage". Es liegt an dem politischen Bewußtsein der Arbeiterjugend, die nicht Söldner werden will.

Die Frontberichterstattung von der ideologischen Front in der Bundeswehr, wir haben sie so ausführlich dargestellt und nachgezeichnet, weil es nach der politischen Logik unumgänglich ist, daß sich die Bourgeoisie was einfallen läßt. Dies wird nicht „Pädagogik" sein. Bald werden die vereinigten Bourgeois nach verstärkter Unterdrückung der Soldaten in der Armee rufen. Da muß die Soldatenbewegung gerüstet sein. – (Z-Red.)

Buback erschossen, Gründe gibts genug, aber was nützt es schon?

Gründe, einen Staatsanwalt, einen Richter, einen Regierungspräsidenten oder Polizeipräsidenten zu schießen, ach herrje, Gründe gäbs genug und auch gute.

Gründe, Kapitalisten abzuschießen, es gäb genug und auch gute. Wird einer davon mal erschossen, man wundert sich nicht. Eher, warum nicht mehr und öfter welche geschossen werden.

Sie beuten die Arbeiter aus bis auf die Knochen, sie unterdrücken die Volksmassen schamlos. Bevor sich ein Schüler wegen Notenterror aufhängt, wie es immer wieder vorkommt, da ist doch klar, daß der eine oder andere lieber einen Schulrat schießt.

Buback ist jetzt erschossen. Aber die Brüder wachsen nach. Das weiß jeder. Diejenigen, die sich die Mühe gemacht haben, den Buback zu schießen, sie hätten geradsogut auf eine Pappscheibe schießen können. Die wird auch immer wieder neu aufgezogen.

Der Mist, auf dem diese Volksunterdrücker nachwachsen, ist der Mehrwert, den die Kapitalisten aus den Arbeitern herauspressen. Von diesem Mehrwert kann die Kapitalistenklasse immer Existenzen einkaufen, die den staatlichen Unterdrückungsapparat bilden.

Wie kommen die Kapitalisten an den Mehrwert heran? Sie haben das Eigentum an den Produktionsmitteln. Was immer die Arbeiter produzieren, das gehört den Kapitalisten. Die Arbeiter werden mit einem dürftigen Lohn abgespeist und die Kapitalisten ziehen mit dem Mehrwert ab.

Das Eigentum an den Produktionsmitteln wird durch den ganzen Staatsapparat geschützt.

Deswegen sagen wir Kommunisten: Man muß den Staatsapparat ganz und auf einen Ruck zerschlagen. Nur dann können die Arbeiter die Kapitalisten enteignen und für sich selber produzieren.

Scheibenschießen auf einzelne Bourgeoispersonen ist verglichen mit dem bewaffneten Aufstand eine kraftlose Maßnahme. Den Möglichkeiten und Aufgaben, die die Arbeiterklasse hat, entspricht das doch nicht.

Das Scheibenschießen auf einzelne Bourgeois ist der Ausdruck der äußersten Ratlosigkeit einzelner, die, bevor sie gar nichts machen, eben noch mal zuschlagen. Ab sofort sind sie ja dann auf der Flucht.

Wir sagen: Es gibt Besseres zu tun. Man muß die Maßnahmen vorbereiten, die letzten Endes *wirken*.

Niedersächsisches Hochschulgesetz: Weitere Kampfschritte werden vorbereitet.

Am 29.4. finden vom Kulturausschuß des niedersächsischen Landtages „Anhörungen" der Professoren, Assistenten und Studenten zum NHG statt.

In Braunschweig haben die Professoren mehrheitlich die Verankerung des Ordnungsrechts und ein Verbot des politischen Mandats der Verfaßten Studentenschaft im NHG gefordert. Im Senat der Technischen Universität konnten sie für eine entsprechende Stellungnahme an die Landesregierung keine Mehrheit gegen die Stimmen der Assistenten- und Studentenvertreter erzielen und zogen aus, um eine Abstimmungsniederlage zu verhindern.

Unter den Assistenten wird der Kampf gegen die NHG-Entwürfe vorbereitet. Eine Arbeitsgruppe innerhalb der GEW hat Mitte März in Göttingen eine grundsätzliche Ablehnung der Hochschulgesetzentwürfe beschlossen und sich u.a. gegen das Ordnungsrecht an den Hochschulen und für das Recht der Studenten auf politisches Mandat ausgesprochen.

Einen ähnlichen Resolutionsvorschlag hat der Vorstand der Landeskonferenz der akademischen Mitarbeiter Niedersachsens an die rund 5 400 Mitglieder unterbreitet, der Mitte April auf einer Konferenz der Assistenten beraten werden soll als Stellungnahme gegenüber der Landesregierung.

Die GEW hat sich in einem Schreiben an die ÖTV in Niedersachsen, an den DGB-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen, an die KNS, an die Landeskonferenz akademischer Mitarbeiter und die ASten der Hochschulen und Fachhochschulen gewandt mit dem Vorschlag einer Demonstration am 7.6. in Hannover. Hieß es in einem ersten Schreiben, die Demonstration solle die „Novellierung der Hochschulgesetzgebung" zum Inhalt haben, läd die GEW jetzt zu einer gemeinsamen Beratung am 18.4. für eine Demonstration zur „Ablehnung des HRG und der NHG-Entwürfe" ein.

Von Seiten der Studentenschaften wird das HRG und NHG eindeutig abgelehnt und Kampfmaßnahmen dagegen vorbereitet sowie gegen die materielle Abhängigkeit der Studenten.

Die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften (KNS) hat die Studentenschaften der nieders. Hochschulen und Fachhochschulen aufgefordert, über einen „einwöchigen landesweiten aktiven Streik gegen die NHG-Entwürfe und die materielle Verschlechterung zu diskutieren, der in der Woche vom 9.5. bis 13.5. stattfinden soll." Die KNS hat den Kulturausschuß aufgefordert, am 29.4. für einen großen Raum zu sorgen, da Delegationen der Studenten aus den Hochschulen kommen werden. Vor dem Landtag soll eine Kundgebung gegen das Hochschulrahmengesetz und das NHG stattfinden.

Göttingen. Die Bourgeoisprofessoren haben aus dem letzten Semester gelernt: Der „linke" Professor Martin Baethge vom sozialwissenschaftlichen Fachbereich hat erstmals für sein Seminar „Der Zusammenhang von ökonomischer und politischer Krise" nur ein Buch als Pflichtlektüre angegeben. Das ist ein Erfolg der Studentenbewegung. Jetzt versucht er über den Scheinzwang die Studenten entlang der acht Kapitel des Buches in Referatsgruppen aufzuspalten zwecks „Erfassung des logischen Aufbaus und Problemstrukturierung". Diese Aufspaltung der Seminarteilnehmer und die damit verbundene Konkurrenz will der Professor nutzen zur Unterdrückung und Durchsetzung seiner Auffassungen.

Im Fachbereich Sozialwissenschaften wurde gegen die Stimmen der Hochschullehrer eine Resolution, die die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen mehrere Studenten wegen Landfriedensbruch fordert, verabschiedet. 800 Studenten hatten sich im letzten Semester an der Sprengung einer Sitzung des Fachbereichsrats Wirtschaftswissenschaften beteiligt, auf der die Professoren eine reaktionäre Prüfungsordnung durchsetzen wollten.

Professor Baethge, der sonst viel über den Verlust der Autonomie der Hochschule und über Repression faselt, wurde in der ersten Seminarsitzung von den Studenten wegen seiner Unterstützung der Ermittlungsverfahren angegriffen. Festgestellt wurde, daß es ihm um das Professorengehalt und seine Beamtenstelle ginge. In der nächsten Seminarsitzung wird ihm ein Aufruf vorgelegt gegen die Ermittlungsverfahren, den er unterschreiben muß.

Westberlin. Am 1.4. wurde der Amtsleiter des BAFöG-Amtes genötigt, die Auszahlung von 592 DM und 580 DM Überbrückungsdarlehen anzuweisen. Zunächst hatte sich der BAFöG-Amtsleiter geweigert, überhaupt auszuzahlen. Dann willigte er ein, mit einer Kommilitonin zu verhandeln, die als Erstsemester nicht rechtzeitig ihren Antrag hatte abgeben können. Sie durfte jemand ihres Vertrauens mitnehmen. Nach viertelstündiger Verhandlung ohne Ergebnis wurde das Amtszimmer besetzt. Das löste Hektik aus beim Amtsleiter und beim Präsidialamt, von dem sofort jemand herüber kam. Nachdem alle Versuche, die Studenten von ihrer Forderung nach sofortiger Auszahlung abzubringen, scheiterten, mußte der BAFöG-Amtsleiter an die Erstsemesterstudentin und an eine Studentin, die die Höchstförderungsdauer überschritten hatte, auszahlen.

Unterstützung der Kampfmaßnahmen der Medizinstudenten

Göttingen. Die Vollversammlung der Sportstudenten der Universität Göttingen hat sich in einem einstimmig gefaßten Beschluß mit dem geplanten Streik der Medizinstudenten solidarisiert, nachdem der Fachschaftsrat Medizin einen Bericht über die Streikvorbereitungen, Ziele und Inhalte des Kampfes gegeben hatte. In der Resolution der Vollversammlung werden die Forderungen und Kampfschritte der Medizinstudenten unterstützt, wie die im Urabstimmungstext enthalten sind.

Göttingen. Die Realschulvertretung an der PH Göttingen unterstützt die Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr sowie die Forderung nach Vertretung durch Personalrat und Gewerkschaft. In der Resolution heißt es: „Wir haben gerade ein sechswöchiges Schulpraktikum hinter uns, in dem wir in derselben Lage ohne Rechte stecken und auch das Praktikum selber finanzieren müssen."

Westberlin. Die Fachbereichsgruppe Historiker an der Freien Universität hat Beschlossen, den Kampf der Medizinstudenten auf der Grundlage der Resolution der VDS-Mitgliederversammlung zu unterstützen. Sie hat Kontakt aufgenommen mit der Arbeitsgruppe Praktisches Jahr, um praktische Schritte einzuleiten.

Die Initiativgruppe Germanistik an der Freien Universität hat eine Resolution verabschiedet mit den Forderungen: Für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr! Politische und gewerkschaftliche Rechte im Krankenhaus! Streikrecht! Bezahlung einer Ausbildungsvergütung von 700 DM!

Sieben Studenten der Prüfungsgruppe im Fach Diplompädagogik an der PH Westberlin unterstützen den Streik der Medizinstudenten und ihre Forderungen, wie sie von der VDS-Mitgliederversammlung beschlossen worden sind. In der verabschiedeten Resolution heißt es: „Der Kampf ist ein gemeinsamer Kampf gegen den Staat, der die Bedingungen für die Ausbildung einseitig festlegt und die Studentenmassen materiell und politisch unterdrückt. Euer Kampf hat eine große Bedeutung für die gesamte Studentenbewegung und wird alle ermutigen, den Kampf um ihre materiellen und politischen Rechte verstärkt aufzunehmen."

Westberlin. Sechs anwesende Mitglieder der „Initiative der Hochschule der Künste zum Aufbau des AStA" verabschiedeten einstimmig eine Resolution an die Medizinstudenten, in der sie den geplanten Streik der Medizinstudenten uneingeschränkt unterstützen. In der Resolution heißt es: „Ihre Kampfmaßnahmen (der Medizinstudenten, Red.) sind für alle Studenten richtungsweisend im Kampf für die Sicherung unserer materiellen Existenz und für politische Freiheiten."

Westberlin. Der Delegiertenrat am Psychologischen Institut der FU hat beschlossen, den Kampf der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr zu unterstützen.

Kiel. Die vom Sekretariat der VDS-Fachkonferenz Medizin auf der 2. o. VDS-Mitgliederversammlung vorgelegte Resolution (s. KVZ 12/77) wurde verabschiedet von den Fachschaftsgruppen Wirtschaftswissenschaften, Pharmazie, Chemie, Agrarwissenschaften und Psychologie sowie dem Delegiertenrat der Fachschaftsgruppen, zu dem sich acht Fachschaftsgruppen zusammengeschlossen haben. Der Delegiertenrat führt in der nächsten Woche eine Veranstaltung zur Unterstützung des Streiks der Medizinstudenten durch.

Bremen. Der Studentenrat der Hochschule für Gestaltung (HfG) hat einstimmig eine Resolution zur Unterstützung der bundesweiten Streikvorbereitungen und Forderungen der Medizinstudenten verabschiedet. In der Resolution heißt es:

Der jetzt anstehende Kampf der Medizinstudenten ist ausgezeichnet für das Vorankommen der Studentenbewegung der BRD gegenüber dem bürgerlichen Staat. Er zeigt die Richtung, in die die Kämpfe der Studentenbewegung Westdeutschlands insgesamt gehen müssen: Abschluß eines Tarifvertrages über die Art und Weise und alle Bedingungen der Hochschulausbildung einschließlich einer Bezahlung, die das bestehnde „BAFöG"-System angreift zwischen den zusammengeschlossenen Studenten auf der einen und dem imperialistischen Staat auf der anderen Seite.

Verlogene Theorien über falsche Ernährung

Eine der hartnäckigsten und zugleich schmutzigsten Lügen, die die Bourgeoisie permanent verbreiten läßt, besteht darin, zu behaupten, daß die Massen an ihren Krankheiten selber schuld seien. An Herz- und Kreislaufkrankheiten sterben in Westdeutschland die meisten Menschen. 1972 waren es mit 335 800 Personen 46 % aller Sterbefälle. Die Zahl der Menschen, die an Herzinfarkt gestorben sind, stieg von 1968 bis 72 bei den Männern um 17 % und bei den Frauen um 23 %. Diesen Anstieg führen die bürgerlichen Wissenschaftler auf die falsche Ernährung zurück und nennen diese Krankheiten deshalb „ernährungsbedingte Krankheiten". „Wir essen zu viel und vor allem zu fett" sagen die Bourgeois-Professoren: „Der Student soll vermehrten Fettansatz als häufige Gesundheitsstörung der sogenannten Wohlstandsgesellschaft kennen." (Gegenstandskatalog für den zweiten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung). „Als Begleiterscheinung eines hohen Lebensstandards ist die Fettsucht in den sogenannten Kulturländern in rascher Zunahme begriffen." (Schettler, Innere Medizin).

Sie führen dann die Nachkriegsjahre
(Schettler, Innere Medizin).

Sie führen dann die Nachkriegsjahre an, in denen die Arbeiterklasse gezwungen war, sich vorwiegend von Kartoffeln und billigem Gemüse zu ernähren und die Herzinfarktquote niedrig lag. „Die Bedeutung, die der Fettsucht zukommt, wird dadurch sichtbar, daß in jeder Notzeit die Erkrankung selten wird. (Heilmeyer, Innere Medizin). Davon, daß bei der Belagerung von Stalingrad die Herzinfarktrate bei den nicht überernährten sondern hungernden deutschen Soldaten sprunghaft angestiegen ist, schweigen sie lieber.

Die Rolle, die eine fettreiche Ernährung bei der Entstehung dieser Krankheiten spielt, ist eine Frage der Klassenzugehörigkeit. Einem Bourgeois kann es schon passieren, daß er sich mit Hummer, Kaviar oder Pasteten zu Tode frißt. Parasitär und verkommen, wie diese Klasse ist, macht sie sogar Filme darüber. Der Arbeiter wird im kapitalistischen Produktionsprozeß immer mehr zum Anhängsel der Maschine. Seine Bewegungen werden immer mehr vereinseitigt. Die Arbeitsanspannung wächst, der Verbrauch von Nerv, Muskel und Hirn ist gesteigert, während Akkordarbeit am Fließband den Blutdruck in die Höhe treibt, werden Muskel und Kreislauf durch die unnatürliche Belastung nicht trainiert. So ergänzen sich die Bedingungen für die Entstehung von Herz- und Kreislaufkrankheiten.

Der Energieumsatz an Nahrungsmitteln („Kalorienverbrauch") und der Eiweißverbrauch pro Kopf der deutschen Bevölkerung hingegen ist heute annähernd der gleiche, wie um die Jahrhundertwende (Nach Berechnung von N. Zöllner, „Diätetik heute"). Geändert hat sich die Zusammensetzung der Nahrung: Es werden heute mehr tierische Produkte und weniger pflanzliche verzehrt, als bei-

heute mehr tierische Produkte und
weniger pflanzliche verzehrt, als bei-

spielsweise um die Jahrhundertwende. So waren 1909 ca. 31 % der Kalorien die man zu sich nahm, tierischer Herkunft, heute sind es knapp 40 %. Gleichzeitig bedeutet es jedoch einen höheren Fettverbrauch, denn tierisches Eiweiß ist stärker mit Fett verbunden als pflanzliches. Das gilt besonders für das billige Fleisch – und wer kann sich schon Steaks leisten. Die bürgerlichen Wissenschaftler nennen das Wohlstand.

Hinzu kommt, daß mit dem Zwang für die Arbeiterfrauen, mitzuarbeiten, das Mittagessen nicht mehr selbst zubereitet wird, sondern industriell vorgefertig ist oder in einer Betriebskantine oder Speisegaststätte oder Mensa eingenommen werden muß. Nach Schätzungen sind heute 80 % aller verzehrten Lebensmittel ganz oder teilweise industriell bearbeitet und essen rund 12 Millionen Menschen in der BRD täglich außer Haus, davon 6 Millionen in der Betriebskantine. Auf diese Weise können die Kapitalisten nicht nur vermittels der Lohnhöhe auf die Zusammensetzung des Mittagessens wirken, sondern auch vermittels der Anweisung an den Kantinenkoch. Wer in einer Kantine oder Mensa zu Mittag ißt, kann ein Lied davon singen, was dabei herauskommt.

Hat also das Fett, das der Bourgeois und das der Arbeiter zu sich nimmt, höchst unterschiedliche Formen, so ist es die Kapitalistenklasse doch nicht zufrieden. „Diese ernährungsbedingten Krankheiten kosten uns rund 17 Milliarden DM pro Jahr, das sind 2 % des Bruttosozialproduktes. 17 Milliarden, so schätzt die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die für die stationäre und ambulante Behandlung und für die Unkosten des Arbeitsausfalls zustande kommen." So klagen die Bourgeois-Professoren im Ernährungsbericht '76,

kommen." So klagen die Bourgeois-
Professoren im Ernährungsbericht '76,

den die „Deutsche Gesellschaft für Ernährung" im Auftrag der Bundesregierung verfaßt hat.

Die 17 Milliarden, die Tage, in denen die Arbeiter nicht in der Fabrik für sie schaffen können, weil sie krank sind, schmerzen die Kapitalistenklasse. Sie setzt ihre Wissenschaftler ein, um sich schadlos zu halten. „Als eine wesentliche Maßnahme zur Verhütung der koronaren Herzkrankheit gelten eine Verringerung der Zufuhr gesättigter Fettsäuren, des Gesamtfetts und des Cholesterins sowie eine Vermehrung der Zufuhr von Linolsäure. Die Verringerung der Gesamtfettzufuhr ist nur möglich, wenn der Verbrauch von fettem Fleisch, Wurst und einer Reihe der zur Zeit üblichen Milchprodukte eingeschränkt wird. Warnungen und Empfehlungen, welche auf eine wirksame Einschränkung des überreichlichen Verzehrs der genannten Lebensmittel zielen, sollen durch politische und gesundheitspolitische Maßnahmen ergänzt werden. Neben der Notwendigkeit, den Verzehr der gesättigten Fette und der Gesamtfettverzehr einzuschränken, ist zu empfehlen, die Cholesterinzufuhr zu verringern. Auch dies bedeutet neben einer Einschränkung des Verzehrs von Eiern eine Einschränkung des Verzehrs der derzeit üblichen Fleisch- und Wurstwaren, sowie gewisser Milchprodukte." (Ernährungsbericht '76, S.38)

Daß es nicht etwa um eine Verbesserung der Qualität, sondern um die Verringerung des Fleischverzehrs durch die Volksmassen und die Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft geht, wird weiter unten noch deutlicher: „Faßt man das Ergebnis der vorangehenden Diskussion zusammen, so ergibt sich aus verschiedenen Gründen die Empfehlung einer vermehrten Berücksichtigung pflanzlicher Protein

die Empfehlung einer vermehrten Be-
rücksichtigung pflanzlicher Protein-

quellen einschließlich Brot, anderer Getreideprodukte und Kartoffeln. Es ist nicht Gegenstand dieses Berichtes, zu beurteilen, inwieweit eine solche notwendige Umstellung wirtschaftliche Konsequenzen hat. Diese müssen gegenüber einer Volksgesundheit abgewogen werden." (Ernährungsbericht '76, S.39) Die Arbeiter sollen Kartoffeln statt Fleisch essen, das ist der schlichte Schluß. Die imperialistischen Wissenschaftler mit ihren erlogenen Theorien über „falsche Ernährung" sollen helfen, den Lohnraub fortzusetzen, indem sie ihm einen wissenschaftlichen Anstrich verleihen. – (Rote Zellen Kiel, Zelle Medizin)

Marburger Bund legt Speck aus – aber die Medizinstudenten sind keine Mäuse

„Um den betroffenen Studenten und Studentinnen unmittelbar eine Hilfe zu geben, wurde in Zusammenarbeit mit der Deutschen Apotheker- und Ärztebank ein Darlehensprogramm für Medizinstudenten entwickelt . . ."

Dieses Projekt hat der Marburger Bund gerade noch rechtzeitig zum 1.April den Medizinstudenten „mit Konditionen" annonciert.

Zum 1.April hat die Regierung versucht, die über 2 000 Studenten des bisherigen 6. klinischen Semesters in das Praktische Jahr zu zwingen zu den Bedingungen, die die Regierung nach der neuen Ausbildungsordnung durchsetzen will: keine tarifvertraglich vereinbarte Bezahlung, sondern BAFöG; keine gewerkschaftlichen und politischen Vertretungsrechte, stattdessen Ordnungsrecht der Universitätsrektoren und Hausrecht der Klinikdirektoren, um die Ärzte in Ausbildung am Krankenhaus unterdrücken und den übrigen Lohnabhängigen entgegenstellen zu können.

Mit dem Plan, dieses Praktische Jahr zu beginnen, noch bevor die Medizinstudenten jetzt durch Urabstimmung über Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach gewerkschaftlichen und politischen Vertretungsrechten entscheiden, ist die Bourgeoisie am Widerstand der Medizinstudenten an fast allen Fachbereichen gescheitert.

Als „Vertretung der angestellten und beamteten Ärzte" tritt der Marburger Bund jetzt auf und erklärt:

„Angesichts der Haltung der staatlichen Stellen und der Finanznot der öffentlichen Hand können wir realistischerweise mit einer kurzfristigen Durchsetzung unserer Forderungen nicht rechnen."

Deshalb sollen sich die Medizinstudenten im Praktischen Jahr künftig einmal im Monat zur Deutschen Apotheker- und Ärztebank begeben, um 1 000 DM in bar als Darlehen zu empfangen. Natürlich nur, wenn sie zuvor ihre „künftigen Gehaltsansprüche" abgetreten haben, Mitglied des Marburger Bundes geworden sind und bereit sind, auf das gesamte Darlehen im Umfang von 14 800 DM einen Zins von 2,5 % über dem Diskontsatz zu bezahlen. Das sind jetzt, wo der Diskontsatz nur bei 3,5 % liegt, zusammen 6 % Zins.

Der Marburger Bund tritt gegen den Zusammenschluß der Ärzte mit den übrigen Lohnabhängigen auf. Weil dieser Zusammenschluß stattfindet und seine Politik an Boden verliert, bezeichnet er sich jetzt als „Ärztegewerkschaft" und bekundet großes Interesse an „Zusammenarbeit mit den Medizinstudenten". Er sei „die einzige Gewerkschaft, die einen Tarifvertrag (für die Medizinstudenten) realisieren kann", weil die „ÖTV gar keine Studenten als Mitglieder aufnehmen" könne.

Die Gewerkschaften sind der elementare Zusammenschluß der Arbeiterklasse, um den Kampf um den Lohn und die Arbeitsbedingungen zu führen. Eine „Gewerkschaft", die den Kampf um den Lohn durch Darlehen an ihre Mitglieder ersetzen will, hat offensichtlich überhaupt nichts damit zu tun. Der Marburger Bund vertritt die Interessen der Chefärzte, Klinikdirektoren und Medizinerordinarien im Kampf um Fleischtöpfe und Pfründe, um die Beteiligung an den Ergebnissen der den Lohnabhängigen abgepreßten Mehrarbeit.

Unter den Ärzten wirbt er mit dem Versprechen, daß seine Politik sie der Beteiligung an den Fleischtöpfen näher bringt: er tritt ein für ein „Kollegialprinzip am Krankenhaus, das mehreren Fachärzten nebeneinander und nicht nur dem Chefarzt und vielleicht dem Oberarzt Lebensstellungen gleichen Ranges bei sinnvoller Koordination bieten könnte."

Schon letztes Jahr beschwerte sich der Marburger Bund gegenüber der Deutschen Krankenhausgesellschaft über

„einen gravierenden Fehler, indem dem Marburger Bund unterstellt wird, daß er eine monatliche Vergütung von 700 DM und eine Möglichkeit politischer und gewerkschaftlicher Betätigung der Studenten am Krankenhaus gefordert habe. Bei diesen Forderungen handelt es sich eindeutig um Forderungen der Gewerkschaft ÖTV und der VDS, von denen sich der Marburger Bund bewußt distanziert hat."

Daß der Marburger Bund nicht erwartet, *seine* „Forderung" nach

„ausreichender finanzieller Absicherung, . . ., sei es in tarifvertraglicher Form, . . . sei es in anderer Form . . ." „kurzfristig"

durchzusetzen, ist klar: sie sind auch nicht dafür erhoben. Sie sind von vorneherein zum Zwecke der Spaltung des Kampfes der Medizinstudenten und der Verhinderung ihres Zusammenschlusses mit den Lohnabhängigen an den Kliniken und Krankenhäusern erhoben worden. Das Darlehensangebot an die Medizinstudenten ist nur die Fortsetzung dieser Politik. Für die geldgierigen Klinikchefs und Medizinerdekane an den Fakultäten ist es eine Geldanlage, für den bürgerlichen Staatsapparat gedacht als Überbrükkungshilfe, um das Praktische Jahr durchzusetzen.

So bereitet die Bourgeoisie die Urabstimmungen für Streik für Tarif-und Ausbildungsvertrag vor, die die Medizinstudenten jetzt an den Hochschulen in der BRD und in Westberlin beginnen. – (Z-Red.)

Bundesmarine: „An Bord wächst eine Kameradschaft . . .“

Bremen. „Wo 20 bis zu teilweise 300 Soldaten, vom Matrosen bis zum Kommandanten auf engstem Raum Tage, Wochen oder gar Monate in Dienst und Freizeit zusammenleben, ist das Einordnen in die Gemeinschaft geradezu ein Gesetz, dem sich keiner entziehen kann. Damit wächst das Verständnis für den anderen, mag er und seine Tätigkeit einem vorher noch so unbedeutend erschienen sein. Nachlässigkeit oder Fehler des einen können zum Verhängnis für alle werden. Wortlos mitmachen, was einer versäumt, hinnehmen, wenn ein anderer mal aussetzt. Alles macht, erlebt oder erleidet man in der Gemeinschaft. Wer hier seinen Dienst versieht, erfährt viel Kameradschaft, weiß aber ebensoviel von den Belastungen einer Gemeinschaft. Da gibt es den Zwang zum gemeinsamen Durchhalten, wenn Naturgewalten ihre Stärke demonstrieren, ebenso das große Hallo bei einem gemeinsamen Unfug. An Bord wächst häufig eine Kameradschaft, die über die Dienstzeit hinaus verbindet.“ Mit solchen schwärmerischen Tönen lockt die Bundeswehr in ihren Prospekten zur Verpflichtung als Unteroffizier bei der Marine. Während meines Wehrdienstes vor drei Jahren war ich auf einem Minensucher (in Wilhelmshaven) und weiß, wie es auf den Schiffen wirklich aussieht.

Die Mannschaftsdienstgrade vom Maschinenpersonal waren im Sechs-Mann-Deck untergebracht. An den Wänden waren die Kojen, je zwei übereinander. In der Mitte ein kleiner Tisch, an dem wir kaum mit sechs Mann sitzen konnten. Der Raum war so klein, daß wir sechs unmöglich auf einen Schlag aus den Betten springen konnten. Die Offiziere hatten es vergleichsweise komfortabel. Zu zweit untergebracht, mit Sitzecke, Couch etc. Noch schlimmer ist die Unterbringung auf größeren Schiffseinheiten: Beim Besuch auf einer Fregatte habe ich ein Mannschaftsdeck gesehen, in dem 60 Soldaten auf engstem Raum zusammengepfercht waren. Unter dem Zwang durch den Wehrdienst auf so engem Raum zusammen, gibt es zwangsläufig Reibereien und Auseinandersetzungen: Die einen wollen schlafen, die anderen beim Bier zusammensitzen; jeder versucht den laufenden Zusatzdiensten zu entgehen Mit zollfreiem Sprit und billigem Bier versucht die Bundesmarine, die Auflehnung und den Zusammenschluß der Mannschaften im Alkohol zu ertränken.

Nicht die „Kameradschaft“ entwickelt sich sondern der Zusammenschluß der Mannschaften gegen die Schikane und den Druck der Offiziere, die die Soldaten auf dem Schiff besonders gut kontrollieren können. Aber da die Mannschaften es sind, die das Schiff technisch beherrschen und bei Ausfällen und Reparaturen die Sache schmeißen, haben sie viele Möglichkeiten, sich gegen die Unterdrückung zu wehren. Als wir einmal von Wilhelmshaven ins Manöver auslaufen sollten und dazu die Ventile der Kühlleitungen der Maschine aufdrehen sollten, haben wir uns unwissend gestellt. Da der Unteroffizier nicht wußte, wo sich die Ventile befinden, liefen wir erst zehn Minuten nach dem Geschwader aus. Die Offiziere des Schiffes bekamen Druck wegen der Verspätung und bekamen sich untereinander in die Haare wegen der Schuld. Dies war ein Erfolg für die Mannschaften, denn es wurde klar, wie man sich gegen die Schikanen wehren kann.

Nichts steht in den Anzeigen der Bundesmarine von der täglichen Dienstzeit, wenn das Schiff unterwegs ist. Im Schnitt hatten wir dann 17 Stunden Dienst. Abwechselnd vier Stunden Wache und vier Stunden Freiwache. Das macht 12 Stunden Dienst am Tag. Hinzukommt, daß vier Stunden Freiwache in die normale Tagesdienstzeit fallen, wo Wartung, Reinigung u.ä. gemacht werden muß. Im Manöver wird das noch mehr: Es werden noch zusätzlich in der freien Zeit Übungen wie „Feuer im Schiff“ oder „Minenräumgerät rausbringen“ gemacht. Wir waren froh, wenn wir überhaupt einmal für ein, zwei Stunden schlafen konnten. Das Ganze geht dann über ein, zwei Wochen lang, führt zur vollständigen Erschöpfung der Mannschaften und treibt die Widersprüche zu den Offizieren auf die Spitze. Die Befehle werden verweigert und verschiedentlich haben die Offiziere Prügel bezogen.

Nach den Manövern werden hin und wieder ausländische Häfen angelaufen. Wir waren z.B. zwei Mal in Aarhus / Dänemark. Viele von uns waren erstaunt über den Widerstand der Bevölkerung gegen den Flottenbesuch. In der Stadt hingen Plakate dagegen. In Gesprächen merkten wir, daß sich dieser Widerstand nicht gegen uns einfache Soldaten richtete, sondern gegen den BRD-Imperialismus, mit dessen Vorläufer, dem Hitler-Faschismus und seiner Armee, die Bevölkerung von Aarhus im Zweiten Weltkrieg bittere Erfahrung gemacht hatte. Wir haben unter den Mannschaften darüber diskutiert, denn zunächst waren einige von uns gegen die Bevölkerung aufgebracht. Anhand der eigenen Erfahrung mit der Schikane durch das Offizierspack haben wir uns dann klargemacht, daß der Widerstand sich gegen die Bundesmarine als imperialistische Truppe richtet. Anschließend haben wir dann darüber gesprochen, daß die Bundeswehr zerschlagen werden muß.

Die Bundesmarine wirbt auch damit, daß man als Matrose was von der Welt zu sehen bekommt. Bei Fahrten ins Ausland, mit meist bloß zwei, drei Tagen Liegezeiten, werden die Boote immer einen Tag zur Besichtigung freigegeben. Für die Mannschaften bedeutet das, vormittags Großreinemachen und nachmittags bei der Besichtigung Posten Stehen. Damit ist der erste Tag meist rum. Der zweite geht drauf für den Empfang der Offiziere, wo die Mannschaften die Offiziere und die örtlichen Bourgeois bedienen dürfen. Was bleibt, ist höchstens noch ein Tag, wenn man nicht Wache stehen muß. Ich bin zwar in Aarhus, Kopenhagen, Antwerpen und Brüssel gewesen, aber viel mehr wie Postkarten habe ich nicht zu sehen bekommen.

Daß die Werbung in der Bundesmarine im Widerspruch zum Leben an Bord steht, konnte man auch daran sehen, daß viele, die sich verpflichtet hatten, nach kurzer Zeit an Bord dies wieder rückgängig machen wollten. Das ist sehr schwierig und geht meist nur darüber, daß man sich viele Disziplinarstrafen einhandelt und dann vorzeitig von der Bundeswehr entlassen wird. Obwohl sie dann die Verpflichtungsprämien zurückzahlen müssen und sich dadurch in Schulden stürzen, denn das Geld ist meist schon ausgegeben.

Bei der Verpflichtung wird meist eine technische Ausbildung zum Facharbeiter, Meister o.ä. versprochen. Das ist Betrug. Während der Verpflichtungszeit erhält sie fast niemand. Zum Schluß der Verpflichtungszeit kommen dann die Offiziere und erklären, jetzt wäre z.B. ein Platz im Elektroniker-Kurs frei, wenn er sich weiterverpflichten würde. Darüber läßt sich allerdings fast niemand ködern, denn jeder ist froh, daß die Zeit um ist, und die meisten haben sich schon eine andere Stelle besorgt.

Die Bundesmarine ist wichtiges Kettenglied der Expansion des BRD-Imperialismus. Der beschlossene Bau der Fregatten zeigt, daß die BRD-Imperialisten mit ihrer Marine auf allen Weltmeeren kreuzen wollen und die Expansion sichern wollen. Um dafür die Menschen zu haben, wird die Bundesmarine verstärkt die Werbetrommel rühren mit „Kameradschaft auf See“, „Seeffahrerromantik“ und „Abenteuern in fremden Ländern“, um die Matrosen zu binden. Die Mannschaften auf den Schiffen der Bundesmarine werden sich dagegen an den deutschen Matrosen orientieren, die 1917 in Kiel und Wilhelmshaven auf den Schiffen die rote Fahne gehißt haben und für die Revolution gekämpft haben. – (ps, Zelle Bremer Vulkan)



Nachdem britische Besatzer mit ihren Panzern tagelang frischbestellte Felder und Weideland verwüstet hatten, zwangen Bauern im Warburger Land die Militärführung, das Manöver abzubrechen. Alle Proteste gegen das Manöver hatten nichts genutzt, die Bauern gingen zum Angriff über: Mit ihren Traktoren umstellten sie eine Panzerbrücke über die Eder und blockierten Panzer. Wütend beschimpften sie die Soldaten. Am Nachmittag des 30.3. mußte das Manöver abgebrochen werden.



100 DM mehr Sold oder Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht?

Der Bundeswehrverband fordert 30 DM mehr Wehrsold – das wären für einen Panzergrenadier 195 DM im Monat. Die Revisionisten von der DKP fordern 100 DM mehr im Monat – das wären dann für den Panzergrenadier 265 DM im Monat. Der KB-Nord fordert 100 DM sofort und anschließend den Existenzsold – wie hoch der sein soll, ist nicht bekannt. Dafür aber macht er Vorschläge, wie das Geld für eine Wehrsolderhöhung aufgebracht werden soll: „Eine Verdoppelung des Wehrsoldes würde gerade 0,84 % des Militäretats oder den Bau einer Fregatte ausmachen! Deshalb fordern wir: Existenzsold und 100 DM sofort!“ Dieses Zitat stammt aus dem Maiaufruf für Soldaten in dem Magazin „Arbeiterkampf“.

Die Soldaten sind aber auch während der Bundeswehrzeit Lohnabhängige und als solche fester Bestandteil der Arbeiterklasse und diese hat kein Interesse daran, daß die Soldaten abgespalten werden. Die Arbeiterklasse hat sich im Kampf für ihre eigenen Interessen elementare Rechte erkämpft, wie das Recht auf Kündigung, das Recht auf Streik und das Recht auf Bezahlung ihrer Arbeitskraft. Den Soldaten in der Armee werden diese Rechte vom bürgerlichen Staat vorenthalten, d.h. ein Teil der Arbeiterklasse wird abgetrennt, um zur Unterdrückung des anderen Teils eingesetzt zu werden. Die vollständige Rechtlosigkeit der Soldaten macht diese Spaltung überhaupt erst möglich und sie wird nur überwunden, wenn die Volksmassen und die Soldaten gemeinsam für die Forderungen nach Lohnfortzahlung, nach dem Kündigungsrecht für Wehrpflichtige, nach dem Streikrecht - kurz für die elementarsten politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, die ein Lohnabhängiger haben muß, kämpfen.

Wer den Existenzsold fordert, der akzeptiert die Zwangsverpflichtung und das Sklavendasein in der Armee und unterstützt das Söldnertum. Daß der KB unter keinen Umständen vorhat, die Armee zu zersetzen, wird auch noch an einer anderen Stelle des Maiaufrufs deutlich: „In Holland haben die Wehrpflichtigen ihre eigene Gewerkschaft. Nicht zuletzt deshalb haben sie den höchsten Wehrsold Westeuropas, nämlich 615 Gulden netto.“ Daß die Opportunisten diese Soldatengewerkschaft unterstützen, ist klar, entspricht sie doch den Absichten der Opportunisten, die Massenbewegung zu spalten.

Die Soldatengewerkschaft in Holland ist ein Produkt der spontanen Soldatenbewegung. Die Soldatengewerkschaft vertritt nicht das Ziel der Zerschlagung der Armee und Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung, sondern will die Armee reformieren. Die Soldaten in Holland dürfen lange Haare tragen, aber die ändern nichts daran, daß auch die Soldaten in Holland zwangsverpflichtet sind.

Die Soldaten müssen den Kampf zur Durchsetzung ihrer Rechte gemeinsam mit den Volksmassen führen, eine Soldatengewerkschaft aber ist der Versuch, diesen Zusammensschluß durch Spaltung im Ansatz zu verhindern.

Ein solches Spaltungsmanöver propagiert das Magazin „Arbeiterkampf“ auch für Westdeutschland. Es fordert dort den DGB auf, die Kämpfe der Soldaten auf folgender Grundlage aus dem Grundsatzprogramm des DGB zu unterstützen: „Als allgemeine Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen der DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Arbeitnehmer und ihrer Familien wahr und dienen den Erfordernissen des Gesamtwohls.“

Die sozialdemokratische DGB-Führung dient dem „Gesamtwohl“ des Profits, und auf dieser Grundlage fordert der KB sie zur Unterstützung der Soldaten auf. Die Revisionisten vom ADS greifen schon zu sozialdemokratischen Methoden des Betrugs, um die richtigen Forderungen innerhalb der Soldatenbewegung zu unterdrücken:

In der Röttiger Kaserne in Hamburg finden seit einiger Zeit Treffen der Vertrauensleute und interessierter Soldaten statt, auf denen Erfahrungen ausgetauscht und beraten wird, auf welchen Forderungen die Soldaten sich zusammenschließen müssen.

Der ADS konnte sich mit seiner Forderung nach 100 DM nicht durchsetzen. Einer der Vertrauensleute, der inzwischen von den Offizieren abgesetzte Volker Steege, war von fünfzehn Kollegen seiner Kompanie beauftragt worden, auf diesem Treffen die Forderung nach Lohnfortzahlung zu vertreten.

Als die Revisionisten sich mit ihrer Forderung nicht durchsetzen konnten, gaben sie kurzer Hand eine Presseerklärung heraus, in der sie frech behaupten, unter den Vertrauensleuten der Röttiger Kaserne sei die Einheit hergestellt für die Forderung nach 100 DM. Dieses Manöver hat unter den Soldaten nicht gegriffen. Es hat vielmehr vielen Kollegen deutlich gemacht, welche Ziele und Interessen die Revisionisten vertreten – und das ist nützlich. (SRK Hamburg)

Wildeshausen. Gegen zunehmende Dienstverschärfungen schließen sich die Soldaten der 4./PzArtBt.315 zusammen. Auf mehreren Mannschaftsversammlungen wurden gegen die fast jede Woche stattfindenden Nachtdienste, das auf Donnerstag nach Dienstschluß verlegte Stuben- und Revierreinigen und andere Maßnahmen Forderungen aufgestellt nach Dienstausgleich, Wachfrei und gegen zusätzliche Außendienste, fast alle Mannschaftsdienstgrade forderten in einem Brief an den Batteriechef die Verlegung des Stuben- und Revierreinigens, eine Reihe von Beschwerden wurden geschrieben. Die Neuwahl des Vertrauensmanns, die der Bataillonskommandeur und der Batteriechef zu verhindern suchten, wird weiter betrieben.

Jetzt hat der Kommandeur, Oberstleutnant Duchâteau, höchstpersönlich vor versammelter Batterie die Soldaten vor den Kommunisten zu warnen versucht, die die Ursache für die Unruhe in der Batterie wären, und verlas zwei Artikel aus der Kommunistischen Volkszeitung über das Battaillon, um zu beweisen, daß die Kommunisten nur die Unwahrheit sagen und die Soldaten aufhetzten, und man ihnen nicht trauen dürfe. Unter anderem führte er zu einem Artikel, der berichtete über die Weigerung von Soldaten, ein übles Landesknechtslied zu singen, an: er selbst und nicht der Batteriechef habe das Lied befohlen, außerdem sei es im offiziellen Liederbuch der Bundeswehr. „Um so schlimmer, wenn sowas auch noch offiziell ist“, meinten einige Soldaten daraufhin nur. Dem Kommandeur blieben zum Schluß nur Drohungen: „Seid wachsam, Kameraden, traut keinem, der sich scheinbar für eure Interessen einsetzt.“

Göttingen. Die Ankündigung des niedersächsichen Innenministers Groß, die Polizei solle besser auf Masseneinsätze wie in Grohnde vorbereitet werden, wird bereits in die Tat umgesetzt. In der Göttinger Zietenkaserne übten kürzlich an zwei Tagen jeweis 50 Polizisten das Vorgehen gegen Demonstrationen mit Schildern und Knüppeln. In Göttingen hatte die Einsatzbereitschaft der Polizei bei Demonstrationen, so vor kurzem bei den Kämpfen gegen den Abriß des Reitstallviertels, sehr zu wünschen übrig gelassen. Durch militärischen Drill wird sich die Zersetung des Polizeiapparates nicht aufhalten lassen.

Göttingen. In Geismar, unterhalb der Zietenkasernen, gehört dem Wohnungskapitalisten Kurth fast ein ganzes Stadtviertel. Von den hier wohnenden Zeitsoldaten unterstützen viele die Forderung nach Verweigerung der hohen Nebenkostenzahlungen und nach Reparatur der Wohnungsschäden. Ein Feldwebel arbeitete im Mieterrat mit und hat dies nur eingestellt, nachdem er vom Sicherheitsoffizier und MAD verhört worden war.

Munster. In der Panzertruppenschule Munster, Stammkompanie, ist jetzt der Preis für eine Tasse Kaffee um 50 %, von 40 auf 60 Pfennig erhöht worden. Gleichzeitig hat der Spieß (Hauptfeldwebel) vom Kompaniechef den Auftrag erhalten, die Küche und Kantine der Mannschaften schärfer zu kontrollieren, besonders kurz vor Dienstschluß. Auf diese Weise sind in letzter Zeit häufiger Soldaten erwischt worden, die nicht bis zur letzten Minute auf ihrer Dienststelle ausgeharrt und früher Schluß gemacht hatten.

Göttingen. Bei der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks Grohnde erzählte mir ein Arbeiter aus einem Nachbardorf folgendes: Ein Bekannter von ihm ist Wachmann auf dem Baugelände, angestellt von der Preußen-Elektra. Bei der Bauplatzbesetzung am 19. Februar bekam er den Befehl, Hunde auf die Besetzer loszulassen. Er weigerte sich. Zur „Strafe“ mußte er in den folgenden 4 Wochen jeden Tag Dienst machen, und ihm wurden alle Zulagen über den normalen Lohn hinaus gestrichen. Nur mit blankem Terror können die Kapitalisten ihren Unterdrückungsapparat noch zusammenhalten. – (h, Zelle Göttingen-Nord, Bezirk Südniedersachsen)

Göttingen. Der niedrige Wehrsold drückt auf den Lohn der Arbeiterklasse und treibt die wehrpflichtigen Arbeiter in die Verschuldung. Das Soldaten- und Reservistenkomitee Göttingen berichtet: „Am 1.4. wurde G. zur Grundausbildung in die Göttinger Zietenkaserne eingezogen. G. war lange Zeit arbeitslos gewesen und hatte viel Schulden machen müssen. Vor zwei Monaten vermittelte ihn das Arbeitsamt an eine Stelle in einer anderen Stadt. Obwohl G. von der versprochenen „Mobilitätszulage“ und dem Zuschuß zur Wohnungseinrichtung bisher keinen Pfennig gesehen hat, konnte er seine Schulden nahezu abbauen. Jetzt wird er einberufen: Wie er mit dem Spottgeld von Wehrsold über die Runden kommen soll, weiß er nicht – „vielleicht gebe ich erst mal das Rauchen auf“, sagte er – am Ende der 15 Monate wird er wieder Schulden haben. Ein anderer Wehrpflichtiger, gerade entlassen vom Bund, hat von seinen Ersparnissen während seiner Wehrdienstzeit 7 000 DM zusetzen müssen. Hätte er nicht vorher gespart, würde er jetzt mit Schulden dastehen. G. tritt jetzt in seiner Kompanie für die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit und gewerkschaftliche und politische Rechte in der Armee ein und will die Soldaten dafür organisieren.

Lastkraftwagenwerk an der Kama

Wenn es auch lange dauern wird, bis es läuft, die Weichen für die gnadenlose Ausbeutung sind gestellt

Das sowjetische LKW-Werk an der Kama in der Republik Tatarien wird das mit Abstand größte LKW-Werk der Welt. 150000 LKWs plus 250000 Motoren und Getriebe jährlich sollen dort produziert werden. Das sind gigantische Ausmaße. Jeder westliche LKW-Konzern träumt nur von solchen Zahlen. Beim Aufbau dieses Werkes haben sich die neuen Herren in der UdSSR, die neuen Zaren, gründlich verkalkuliert. Erst im Herbst letzten Jahres ist die erste Aufbaustufe des Werkes fertiggestellt worden. Zwei Jahre früher bereits, so lautete jedenfalls der Plan, sollte das Werk bereits fertig sein. Dinge haben sich zugetragen in Aufbau und Organisation des Werkes, die jeder Beschreibung spotten. Zum Beispiel hat der Aufbau der Härterei so lange gedauert, daß noch bis vor kurzem alle zu härtenden Materialien, wie z.B. die Keilwelle (Haupttriebwelle des Getriebes) erst immer an der Kama hergestellt, anschließend fast die 2000 Kilometer nach Moskau transportiert werden mußte, damit sie dort gehärtet werden, um anschließend die lange Reise wieder anzutreten zur Weiterverarbeitung im LKW-Werk an der Kama. Ähnlich verlief es mit der zentralen Kühlmittelversorgung der Maschinen in der Motorenhalle, die nie fertig zu werden schien, so daß die Kühlmittelversorgung provisorisch aufgebaut werden mußte. Was zur Folge hatte, daß aufgrund der nicht ausreichenden Kapazitäten erstens immer nur mit einem Bruchteil der vorhandenen Maschinen produziert werden konnte und zweitens die Werkhalle des öfteren wegen auftretender Störungen unter Wasser stand. So verhielt es sich auch mit den Arbeitsbedingungen, wobei man stets zu zweit durch die Halle gehen mußte, weil man gleichzeitig auf große Löcher im Fußboden achten mußte (offene Gullys) und auf Schweißarbeiten in der Dachkonstruktion des Gebäudes, weil dort öfter was herunterfiel.

Nach der langen Bauzeit infolge anarchischer Planung bis zur Fertigstellung des Werkes bekommt die neue Bourgeoisie der UdSSR die Sache langsam in Griff. Die neuen Zaren beweisen ihren gesunden Instinkt als Bourgeois, indem sie sich auf die Fähigkeiten der sowjetischen Arbeiterklasse verlassen, wenn es sich um das Ingangbringen der Produktion dreht. Doch was bekommt die neue Bourgeoisie der UdSSR da in den Griff? Das LKW-Werk ist nicht nur einfach das größte der Welt. Es ist auch das modernste. Das gewaltigste Arsenal Europas und der Welt der modernsten Werkzeugmaschinen ist dort an der Kama an einem Platz konzentriert. Der ungeheure Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte, der sich in den NC-Maschinen darstellt, wird zum größten Ausbeutungsmittel in den Händen der neuen Zaren in der UdSSR, wie im Kapitalismus, so auch im restaurierten Kapitalismus in der UdSSR, ist jeder Fortschritt in der Produktion, jede neue Maschine für die sowjetischen Arbeiter nur verbunden mit neuen Mitteln zu ihrer Ausbeutung und Unterdrückung. Für die sowjetischen Arbeiter bedeutet das LKW-Werk an der Kama weitere Verstümmelung zu einem Teilmenschen, Entwürdigung zum Anhängsel der Maschinen, Vergrößerung der Qual der Arbeit und Vernichtung ihres Inhalts.

Nacht- und Schichtarbeit sowie Akkordarbeit, das ist das handgreifliche Ergebnis für die sowjetischen Arbeiter, was sie zu spüren bekommen durch das neue LKW-Werk.

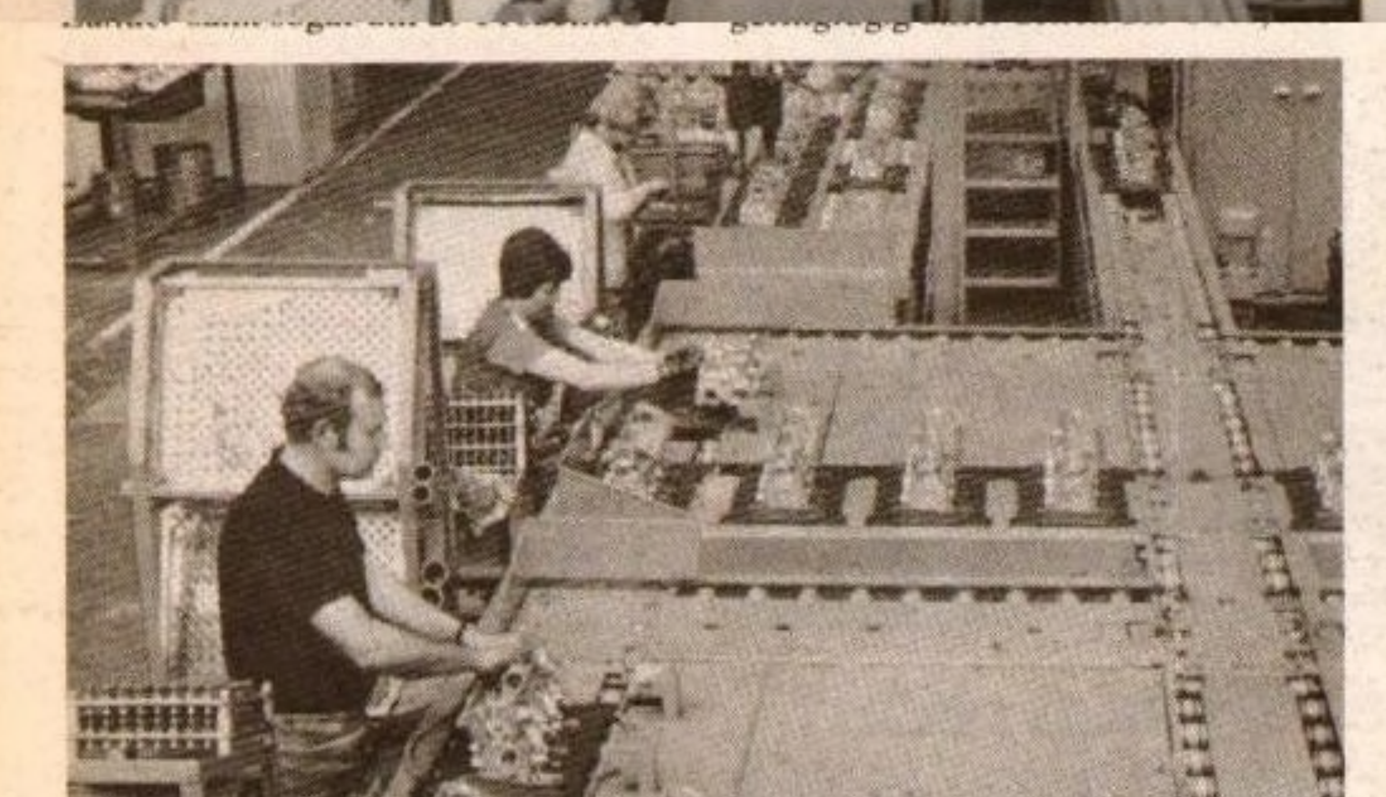
Die UdSSR ist eine imperialistische Supermacht. Die neue Bourgeoisie der UdSSR strebt nach Weltherrschaft. Entsprechend ihrer Rolle, d.h. ihrer politischen Stärke, ist die UdSSR ökonomisch relativ schwach. Die neuen Zaren realisieren zwar riesige Profitmassen, ihre Profitrate ist allerdings für sie nicht zufriedenstellend. Der Ausbeutungsgrad der sowjetischen Arbeiter entspricht nicht dem ihrer Klassengenossen in den westlichen kapitalistischen Ländern. Das beginnt sich zu ändern. Das LKW-Werk an der Kama setzt Bedingungen dazu. Der westlichen imperialistischen Bourgeoisie wächst ein mächtiger Konkurrent heran. Diese Entwicklung steht am Anfang. Zum Beispiel hat die UdSSR als eines von ihren vielen Geschäften bei der Werkzeugmaschinen-Fabrik Fritz Werner in Westberlin (DIAG-Konzern) erneut Maschinen bestellt, Keilwellenschleifmaschinen mit modernster numerischer Steuerung. Diese Steuerungen sind ausgerüstet mit Mikroprozessoren, der dritten Generation der Halbleiterbauelemente. Maschinen, die ausgerüstet sind mit Steuerungen dieses Typs gibt es selbst in der BRD noch relativ selten. Die UdSSR kauft sie gleich in großem Maßstab. Was das für die sowjetische Arbeiterklasse bedeutet, ist dasselbe wie oben beschrieben, nur in noch größerem Maßstab. Die Operationen der neuen Bourgeoisie in der UdSSR werden hektisch. Es kann den neuen Zaren nicht schnell genug gehen. Die Verschuldung der UdSSR, die dabei rasant zunimmt, ist ihnen egal. Hitler hat die Schulden, die das NS-Regime im Ausland machte, durch den Einmarsch seiner Truppen in eben diesen Ländern wettgemacht. Die Politik der neuen Zaren hat bisher erstaunliche Parallelen aufgewiesen zur Politik Hitlers. Es ist an der Zeit, diese letzte Parallele zu verhindern, dem imperialistischen Krieg durch die proletarische Revolution zuvorzukommen. – (br, Westberlin)

„Es gelang, die Leistung je Arbeitsstunde erheblich zu steigern“

Die westdeutschen Automobilkapitalisten vorn im Konkurrenzkampf

„Aufschwung ungebrochen“, „Autos treiben die Konjunktur an“, Schlagzeilen der Wirtschaftsseiten bürgerlicher Zeitungen der letzten Wochen. Mit dem Jahr 1976 sind die Automobilkapitalisten hoch zufrieden. Besonders zufrieden sind die westdeutschen Kapitalisten. Sie haben große Erfolge erzielt im Konkurrenzkampf gegen ihre westeuropäischen Konkurrenten. „Deutsche Automobilindustrie mit großem Vorsprung wieder vorn“, heißt es.

1974 erreichte die kapitalistische Krise mit Wucht die Automobilindustrie. Dort gab es einen großen Krach. Weltweit sank die Produktion gegenüber 1973 um 10,8 Prozent (auf 34,283 Millionen Autos). Für die westdeutschen Kapitalisten war die Entwicklung allerdings weitaus schmerzhafter. Sie mußten Produktionsrückgänge von 21,5 Prozent hinnehmen. Der Export der westdeutschen Automobilkapitalisten *sank* um 19,9 Prozent einschließlich Nutzfahrzeugexport, bei den Pkws um 21,5 Prozent. Der *Export in andere europäische Länder* sank sogar um 29 Prozent. Die



Neue Methoden der Schweißauspressung unter dem Deckmantel der „Humanisierung der Arbeitswelt“ bei VW. Die alten Fließbänder werden ersetzt durch Bänder mit „Pufferzonen“ von 4 bis 6 Werkstücken (hier Zylinderköpfe). Die produzierten Stückzahlen sind höher.

westeuropäischen Konkurrenten hatten *solche* Einbrüche nicht. Die französischen Kapitalisten hatten zwar ebenfalls Produktions- und Exportrückgang infolge der kapitalistischen Krise zu verzeichnen, aber „nur“ um 6 Prozent (Pkw-Produktion) bzw. 2 Prozent (Export) und 10 Prozent (Export nach Europa). Leichte Rückgänge zu verzeichnen hatte ebenfalls die italienische und schwedische Konkurrenz, während die italienischen Kapitalisten bei gesunkener Produktion den Export noch um 4 Prozent steigern konnten.

Der Einbruch in die Produktionszahlen durch die kapitalistische Krise konnte auch die japanischen Automobilkapitalisten nicht hindern, ihre Exporte auszubauen. Sie steigerten den Pkw-Export insgesamt um 19 Prozent und drängten damit verstärkt auf westeuropäische Markte.

Die nebenstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Pkw-Produktion der Länder, in denen die Hauptkonkurrenten für den westeuropäischen Automobilmarkt sitzen. Neben den absoluten Zahlen sind die jeweiligen Steigerungen bzw. Abnahmen zum Vorjahr angegeben. Sie zeigen, welche Schärfe 1974 der Konkurrenzkampf annehmen mußte.

Der Produktionsrückgang verschärfte den Konkurrenzkampf. Ausgetragen werden kann dieser Konkurrenzkampf nur *als Konkurrenz der einzelnen Monopolgruppen in den verschiedenen Ländern darum, wer die Ausbeutung der jeweiligen Arbeiterklasse am weitesten voranbringen konnte.* „Verglichen mit anderen Ländern ist die Autoherstellung in der Bundesrepublik sehr teuer geworden“, stellt die Commerzbank 1975 fest. Mit „teuer geworden“ meinen die Kapitalisten, daß es ihnen noch nicht im nötigen Umfang gelungen ist, die Ausbeutung zu steigern bzw. daß ihnen andere Bourgeoisien in der Steigerung voraus sind. Welche „Kosten“ sind gemeint? „So liegen die *Lohnkosten* je eingesetzter Arbeiterstunde in der Bundesrepublik heute mit 16,85 DM nur noch geringfügig unter denen der USA, aber sind fast doppelt so hoch wie in Großbritannien, sie übertreffen das Niveau in Frankreich und Italien um 70 bzw. 40 Prozent und sind 6 Prozent höher als in Schweden.“ So die Commerzbank. Außerdem sind sich die Automobilkapitalisten einig darin, daß nicht nur der Lohn zu hoch, sondern auch die Pro-Kopf-Jahresproduktion mit 10 bis 20 Wagen in Westdeutschland zu niedrig sei. In Japan betrage die Produktion 42,6 Autos pro Kopf und Jahr. Dies hänge gewiß mit dem größeren Teil an zugelieferten Teilen in der japanischen Autoindustrie zusammen, aber die Diskrepanz lasse sich dadurch nicht erklären, dazu sei sie zu groß.

Die tatsächlichen Schlachtfelder der imperialistischen Handelskriege sind also die Fabriken. „Japanische Intensität“ und „britische Löhne“ – solche Programme haben die westdeutschen Kapitalisten auf ihre Fahnen geschrieben.

Die westdeutschen Kapitalisten haben damit die Pkw-Produktion seit 1974 um 25 Prozent steigern können. Die Zahl der produzierten Pkw stieg von 3,1 Millionen auf 3,825 Millionen. In der gleichen Zeit *sank* die Zahl der Beschäftigten von 350 000 auf 333 000 (Handelsblatt, 14.12.76). Das war möglich durch eine ungeheure Erhöhung der Intensität der Arbeit der Automobilarbeiter. Die industrielle Reservearmee wurde von den Kapitalisten zur systematischen Verjüngung der Belegschaften genutzt, was die Erhöhung der Intensität der Arbeit in dem Umfang überhaupt erst möglich machte. Die Einführung neuer Maschinerie diente größtenteils allein der Verschärfung der Ausbeutung wie die Ersetzung der alten „starren“ Fließbänder durch Taktstraßen, die dem Arbeiter scheinbar mehr Bewegungsfreiheit durch Pufferzonen lassen, tatsächlich aber höhere Produktionszahlen ermöglichen. Solche Taktstraßen hat zum Beispiel VW in der Teilefertigung eingeführt. Es gelang so, stellt das „Handelsblatt“ am 31.1.1977 fest, „wie schon 1975, die Leistung je Arbeitsstunde erheblich zu steigern und damit die Tendenz umzukehren, die von 1970 bis 1974 zu einem starken Ertragsverfall und teilweise sogar zu existenzgefährdenden Verlusten in der Automobilindustrie geführt hatte. Die Erträge zeichneten sich 1976 also durch einen deutlichen Aufwärtstrend
damit die Tendenz umzukehren, die von 1970 bis 1974 zu einem starken Ertragsverfall und teilweise sogar zu existenzgefährdenden Verlusten in der Automobilindustrie geführt hatte. Die Erträge zeichneten sich 1976 also durch einen deutlichen Aufwärtstrend
aus“.

Erhöhung der Intensität der Arbeit und Senkung des Lohns stießen und stoßen auf den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse. Die Opel-Arbeiter haben auf ihrer Betriebsversammlung beschlossen, für den 7-Stunden-Tag zu kämpfen und diese Forderung zur Forderung ihrer Gewerkschaft zu machen. Die Sozialdemokraten gehen sofort daran, den Zusammenschluß auf dieser Forderung zu sabotieren, indem sie – wie bei VW – weitere Beschlußfassungen zum 7-Stunden-Tag verhindern. Ohne die Sozialdemokraten könnten die Kapitalisten die Verschärfung der Ausbeutung nicht durchsetzen. Die Sozialdemokraten wollen die Arbeiter für die Konkurrenzschlachten der Kapitalisten gewinnen. Kaum eine Betriebsversammlung, auf der in ihren Reden nicht der japanische Autoexport und die schlechte Absatzlage im Vergleich zur europäischen Konkurrenz auftauchen.

Das Gerede soll wehrlos machen. In allen imperialistischen Ländern Westeuropas erzählen die Sozialdemokraten dabei das gleiche. Denn die Verschärfung der Konkurrenz drückt sich überall in erheblichen zusätzlichen Anstrengungen der Kapitalisten in der Ausbeutung der Arbeiter aus.

Die englischen Automobilarbeiter zum Beispiel stehen in Streikkämpfen mit den Kapitalisten. Bei British Leyland, einem Staatsbetrieb, haben die Werkzeugmacher mehrere Wochen gestreikt gegen Lohnsenkungen. Weitere Streiks fanden in verschiedenen Werken statt gegen das „Sanierungskonzept“ der sozialdemokratischen Regierung, das eine großangelegte Rationalisierungswelle beinhaltet. Die bürgerlichen Politiker bezeichnen das als „nationale Katastrophe“ und nennen die Arbeiter „Lemminge, die sich selbst ins Verderben stürzen“. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Den Kapitalisten ist bisher nicht gelungen, ihr „Sanierungskonzept“ erfolgreich durchzusetzen. British Leyland mußte erhebliche Marktanteilrückgänge einstecken (auf dem Inlandsmarkt von 40 auf 27 Prozent innerhalb von fünf Jahren).

Von „notwendiger Produktivitätssteigerung“ und „zu hohen Lohnkosten“ ist auch bei den Automobilkapitalisten Italiens und Schwedens die Rede, die gegen ihre Konkurrenten schwere Niederlagen hinnehmen mußten. Die französischen Kapitalisten machten in der Verschärfung der Ausbeutung schon große Fortschritte. Sie haben ihre Pkw-Produktion um 17 Prozent auf 2,98 Millionen Stück steigern können. Der Export stieg um 10 Prozent auf 1,5 Millionen Stück.

Gegen diesen ihren schärfsten Konkurrenten haben die westdeutschen Automobilkapitalisten auf dem Inlandsmarkt verlorenen Boden wieder gut machen können. Insgesamt ging der Import von Pkw um 4,2 Prozent zurück im letzten Jahr. Der Import aus Frankreich um 5,4 Prozent.

Die Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt zu schlagen, war das erste Ziel der westdeutschen Kapitalisten. Das zweite, die Exportrückschläge wieder aufzuholen. „Immerhin konnte die deutsche Automobilindustrie aber ihre Position nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in den übrigen europäischen Ländern deutlich festigen.“ (Handelsblatt) Um 18 Prozent stieg der Export.

Die westdeutschen Automobilkapitalisten sind aus ihrer gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz geschwächten Stellung, wie sie 1974 bestand, herausgekommen. Sie haben das erreicht mit schärferer Ausbeutung, wie der „Verband der Automobilindustrie“ auch ausdrücklich festhält: „Zu den Absatzerfolgen hätten die Modellpolitik, *die im Produktionsbereich erzielten Rationalisierungsfortschritte,* die verstärkten Verkaufsanstrengungen im In- und Ausland und die *ausgeprägte Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter* wesentlich beigetragen.“ (Handelsblatt, 29.1.77)

Die Kapitalisten verspotten die Arbeiter. „Ausgeprägte Einsatzbereitschaft“ sagen sie und meinen den Druck der industriellen Reservearmee und die Spaltung durch die Sozialdemokraten, was ihnen erlaubte, die Daumenschrauben anzuziehen. Die Sozialdemokraten freuen sich mit den Kapitalisten und verweisen auf ihre „vernünftige Haltung“. Ein Schatten fällt auf diese Begeisterung: „Dem Pkw-Boom geht der Atem aus“, rechnen die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler ihren Auftraggebern vor. Spätestens 1978 sei mit rückläufigen Zahlen zu rechnen. Die Antwort der Kapitalisten wird die gleiche sein wie jetzt: der Versuch, die Konkurrenz zu übertreffen in der Ausbeutung der Arbeiter. Die Sozialdemokraten werden das unterstützen und die Arbeiter zur Beteiligung an der Konkurrenzschlacht auffordern.

Die Verschärfung der Ausbeutung in der stattgefundenen Konkurrenzschlacht, gegen die zum Beispiel die Opel-Arbeiter jetzt die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag aufgestellt haben, ist Ergebnis solcher Unterstützung. – (Z-Red)

Entwicklung der Pkw-Produktion in Westeuropa und Japan

	Stückzahlen in 1 000				Veränderungen gegenüber Vorjahr in %**			
	1973	1974	1975*	1976*	1973	1974	1975*	1976*
BRD								
Produktion	3 650	2 840	2 908	3 550	4	-22	2	22
Import	763	584	761		-1	-23	30	
Export	2 173	1 707	1 476	1 840	7	-22	-14	25
davon nach Europa	1 150	816	955		5	-29	17	
Neuzulassungen	2 031	1 693	2 106	2 310	-5	-17	24	10
Frankreich								
Produktion	2 867	2 699	2 546	2 980	5	-6	-6	17
Import	461	375	399	440	12	-19	6	10
Export	1 446	1 418	1 363	1 500	5	-2	-4	10
davon nach Europa	1 222	1 096	1 112		6	-10	2	
Neuzulassungen	1 746	1 525	1 482	1 860	7	-13	-3	26
Großbritannien								
Produktion	1 747	1 534	1 268	1 330	-9	-12	-17	5
Import	505	375	457	488	12	-26	22	
Export	599	565	516		-5	-6	-9	
davon nach Europa	296	212			-1	-28		
Neuzulassungen	1 664	1 271	1 196	1 290	1	-24	-6	7,6
Italien								
Produktion	1 823	1 631	1 349	1 500	5	-11	-17	11
Import	419	331	349		-0	-21	6	
Export	656	686	661		-0	5	-4	
davon nach Europa	505	433	466		-5	-14	8	
Neuzulassungen	1 449	1 281	1 055		-1	-12	-18	
Japan								
Produktion	4 471	3 932	4 568	5 000	11	-12	16	9
Import	37	42	45			49	14	8
Export	1 451	1 727	1 827	2 470	3	19	6	35
davon nach Europa				500				

* teilweise geschätzt ** ohne Zeichen: Zunahme in %

Quelle: Veröffentlichung der Hanomag-Henschel, Mai 1976, verschiedene Pressemeldungen

Produktion 4 471 3 932 4 568 5 000 11 -12 16 9
Import 37 42 45 49 14 8
Export 1 451 1 727 1 827 2 470 3 19 6 35
davon nach Europa 500
* teilweise geschätzt ** ohne Zeichen: Zunahme in %
Quelle: Veröffentlichung der Hanomag-Henschel, Mai 1976, verschiedene Pressemeldungen

Großbritannien: Sozialliberale Gemeinheiten zur Spaltung der Arbeiterklasse

In Großbritannien spitzen sich die Klassenwidersprüche rasch zu. Während sich die Arbeiterklasse darauf vorbereitet, in einem großen Kampf die Fesseln des „Sozialpakts" zwischen Regierung und Gewerkschaftsführern zu sprengen und den Kampf gegen die Verelendung aufzunehmen, hat die Bourgeoisie für einen erneuten Versuch, mittels der Labour-Party eine „Phase III" des organisierten Lohnraubs einzuleiten, grünes Licht gegeben.

Erstmals seit dem vorigen Jahrhundert sind Liberale und Labour-Party ein Bündnis eingegangen, um die Regierung Callaghan zu halten. Gleichzeitig baut die Bourgeoisie ihre Alternativen für eine Verschärfung des Klassenkampfs aus: die konservative Tory-Partei entwickelt eine säbelrasselnde Agitation für ein neues Auftrumpfen des britischen Imperialismus in der Welt, und ihre rechten Flügelmänner um den „Rebellen" Powell herum sowie die „Nationale Front" der britischen Faschisten versuchen, die Massen mittels einer rassistischen Agitation gegen die farbigen Arbeiter zu spalten.

Die Regierung Callaghan hat jetzt das neue Budget vorgelegt. Die Linie des Budgets ist es, 1. die Plünderung über die indirekten Steuern weiter auszudehnen, als angeblich „gerechteste" Steuer, die „alle gleich" trifft; 2. den Kapitalisten durch Senkung der Einkommenssteuersätze ungeniert und öffentlich Milliarden aus dem Steuerfonds in bar zuzuschieben und so die Hebung ihrer Profite ausdrücklich und öffentlich als das oberste Ziel der Nation zu proklamieren; 3. die Arbeiterklasse zu erpressen: es wird die Möglichkeit einer geringen Lohnsteuersenkung im Budget offengehalten, *wenn* es zu einer „Phase III" des Sozialpakts kommt. Welche Rate der Senkung des Arbeiterlohns dabei angepeilt wird, hat die Regierung ebenfalls offengelassen.

„Rauch nicht, fahr nicht Auto, geh zu den besser Bezahlten!", überschreibt die kapitalistische Wirtschaftszeitung „Economist" gut gelaunt ihren Artikel über das Budget. Die reformistischen Gewerkschaftsführer zeigen sich dagegen „unglücklich", wegen der unverblümten Weise, in der die Regierung das Ziel der Hebung der Profite auf Kosten der Arbeiterlöhne ausgesprochen hat.

Die Gewerkschaftsführer geben sich zur Zeit ziemlich radikal. Sie sind in einer schwierigen Lage. Klar ist, daß sie allesamt entschlossen sind, eine neue Phase des Lohnabbaus gegen die Arbeiter durchzusetzen. Nur daß sie das als die Aufhebung des Sozialpakts oder wenigstens seine Verbesserung verkaufen wollen.

Klar ist andererseits auch, daß die Arbeiter sich damit nicht zufrieden geben werden. Gerade jetzt steigen die Lebensmittelpreise wieder über die Rate der allgemeinen Teuerung von 16 %. Z.B. sagen die Hersteller von Mänteln und Kinderkleidung schon jetzt für den Herbst eine 20 %ige Preissteigerung voraus. Eine Gewerkschaftskonferenz nach der anderen erklärt, daß die Arbeiter den Kampf um den Lohn ohne Einmischung der Regierung aufnehmen wollen. In verschiedenen Versammlungen sind Forderungen nach Mindestlöhnen für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter aufgestellt worden.

Die Frage der Abspaltung der schlechtest bezahlten Arbeiter und der Arbeitslosen wird zu einer entscheidenden Frage des Klassenkampfs. Hier genau setzt auch die rassistische Agitation an, verbunden mit der Hetze gegen den Befreiungskampf des irischen Volkes (noch immer sind viele dieser Arbeiter Iren).

Die Labour-Regierung hat mit ihrem Budget einen äußerst hinterhältigen, echt „sozialliberalen" Angriff unternommen, der genau darauf zielt, die schlechtestbezahlten Teile der Arbeiterklasse vom Lohnkampf abzuspalten. Statt der bisherigen Steuerbefreiung werden jetzt auch die schlechtestbezahlten Arbeiter mit Kindern zur Steuer herangezogen. Zum Ausgleich erhalten sie ein Kindergeld. Bedeutet das schon jetzt eine Verschlechterung, die viele Kinder Milch und Gesundheit kosten wird, so liegt die Hauptwirkung darin, daß von jedem Pfund Lohnerhöhung, das außer der Reihe erkämpft wird, 9 Pence (von 12) weggesteuert werden. Die „Armutsfalle", nennt das höhnisch der schon zitierte „Economist".

Ein anderes Hauptmittel der sozialdemokratischen Regierung ist der offene Angriff auf die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Beim Streik der Angestellten von British Airways um die Erhöhung ihrer Nachtschichtzulage ist die Regierung offen darangegangen, durch Verhandlungen mit anderen Gewerkschaften einen Streikbruch zu organisieren.

Ein dritter zentraler Punkt im Angriffsplan der herrschenden Klasse ist der Angriff auf das Streikrecht, der ebenfalls in erster Linie mittels der Sozialdemokraten geführt wird. Schon der Streik der Werkzeugmacher von Leyland wurde als eine Art nationales Verbrechen hingestellt. (Wie Hohn klang es, als einen Tag nach dem Abbruch des Streiks die Geschäftsleitung von Leyland mitteilte, daß sie in 1976 die höchsten Profite ihrer Laufbahn aus der gnadenlosen Ausbeutung der Automobilarbeiter herausgeschlagen hat.) Als im März die Setzer bei der „Times" in einen Streik traten, wurde das als ein Verbrechen gegen die Presse- und Meinungsfreiheit angeprangert. Jetzt wurden die Arbeiter von fünf großen Hospitälern in Surrey, die sich gegen die Einführung dauernder Wechselschichten durch Streik zur Wehr setzten, mit stinkenden Moralpredigten in allen Zeitungen und von den Kirchenkanzeln wegen „Herzlosigkeit" an den Schandpfahl gestellt. Die Arbeiter wurden sämtlich entlassen, und die Geschäftsleitung zwang mehrere hundert Krankenschwestern und Pfleger, eine Resolution zu unterschreiben, die diese Entlassungen begrüßten.

Gegen die Angriffe der herrschenden imperialistischen Bourgeoisie geht die Arbeiterklasse daran, einen Gegenangriff zu entwickeln und ihre Kräfte zusammenzufassen. Der Vertrauensleutekörper von Leyland, der führend ist im Kampf gegen den Sozialpakt, hat für den 20. April zu Proteststreiks im ganzen Land gegen die Weiterführung der erzwungenen Sozialpakte mit der Bourgeoisie aufgerufen. – (Z-Red)

fen. – (Z-Red)



Die Arbeiter von British Leyland, dem größten englischen Autokonzern, stehen in erster Frontlinie im Kampf gegen den Sozialpakt. Demonstration der Arbeiter des Werks Longbridge in London.

Von Tel Al Zaatar nach Taibeh

Am Sonntag, dem 10.4., sagte der syrische Präsident Assad den kämpfenden Palästinensern im Südlibanon Unterstützung in ihrem Kampf gegen die von den Zionisten unterstützten christlichen Milizen zu.

Über die kämpfenden Einheiten von Palästinensern und Libanesen nahe der Grenze Israels übertrug das Zweite Deutsche Fernsehen am Donnerstag folgenden Korrespondentenbericht:

„Mittwoch Mittag in Taibeh, im Südlibanon. Das Dorf ist seit langem unter der Kontrolle der Palästinenser. Vor drei Tagen haben es vorübergehend bewaffnete Christen erobert. Die Palästinenser nahmen den Ort sofort zurück. Vor noch nicht einmal 24 Stunden kam es zu einem Gegenangriff der Christen, der zurückgeschlagen wurde. Was sie hinterlassen haben, sind unter anderem Gulaschbüchsen der Israelis und Munition ... Es waren Palästinenser und mit ihnen verbündete Moslems, die Taibeh zurückerobert haben. Die Syrer haben sie dabei nicht unterstützt. Auf der Höhe 30 km, nur 3 km Luftlinie von der israelischen Siedlung Metulla entfernt, liegt an einem zerstörten Auto ein Christ. Seine Uniform ist israelisch. Die Christen verloren beim Versuch, Taibeh zurückzuerobern, immerhin 4 Panzerspähwagen und 3 Shermann-Panzer. Also fast die Hälfte einer gepanzerten Kompanie. Ein Erfolg, den man diesem bunten Haufen auf Anhieb gar nicht zutrauen würde. Auch ein Mädchen war dabei."

Die Bourgeoisie kann sich nicht erklären, daß ein kleines Volk, das von den Imperialisten bekämpft wird und mit der Niederlage in Tel Al Zaatar in seinem Kampf einen Rückschlag erlitten hat, sich jetzt erneut und siegreich zum Kampf erhebt. In den letzten Wochen und Monaten waren Presse und Fernsehen voll davon, daß demnächst unter Mitwirkung aller Imperialisten der „Friede im Nahen Osten" herbeigeführt werden sollte. Steigen sollte es in Genf und Ziel war, die arabischen Staaten ohne die PLO an den Verhandlungstisch zu bekommen und sie dort zur Anerkennung des Staates Israel und so zur Anerkennung der Präsenz der Imperialisten auf arabischem Gebiet zu zwingen. Daraus ist nichts geworden. Die arabischen Staaten haben unmißverständlich erklärt, daß sie nicht ohne die PLO nach Genf gehen werden. Die afro-arabische Gipfelkonferenz hat den Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO ausdrücklich unterstützt. Die PLO hat auf der Sitzung ihres Nationalrates an ihrem Ziel, der Zerschlagung des Staates Israel, festgehalten. Ägyptens Präsident, der in den letzten Wochen die BRD und USA besuchte, hat sich nicht etwa durch den ökonomischen Druck der Imperialisten dazu zwingen lassen, eine spalterische Rolle zu spielen, sondern hat
spalterische Rolle zu spielen, sondern hat
im Gegenteil den Imperialistenhäuptling Carter dazu aufgefordert, die PLO zu empfangen und sie damit anzuerkennen. Dies, nachdem alle imperialistischen Blätter Sadats Besuch als einen „Bittgang für einen Marshallplan für Ägypten" angekündigt hatten.

Spaltung ist das Mittel der Imperialisten, den Sieg der Völker zu verzögern. Durch Spaltung haben die Imperialisten versucht, dem Kampf um die Zerschlagung des Staates Israel eine vorübergehende Niederlage zu bereiten. Lange hat es nicht gehalten: Der Plan der Teilung Libanons ist nicht aufgegangen, ebenso wie die arabischen Staaten schon im letzten Jahr eine „Internationalisierung des Nah-Ost-Konfliktes", wie die Imperialisten ihren Plan einer direkten Intervention betitelt haben, durch die Bildung einer arabischen Friedenstruppe verhindert haben.

Anstatt die Teilung des Libanon erreicht zu haben, müssen die Zionisten, wenn sie sich über die Grenze Israels in den Libanon wagen, damit rechnen, daß ihnen nicht nur die Palästinenser, sondern Teile der syrischen Armee, die 90 % der Friedenstruppen stellen, gegenübertreten. Sie haben es jetzt gerade wieder versucht und die Palästinenser haben dagegen eine Generaloffensive angekündigt und eingeleitet und können mit der Unterstützung der arabischen Staaten rechnen. Syrien hat den Libanon zum Aufbau einer eigenen Armee aufgefordert, um den Angriffen der Zionisten entgegentreten zu können.

Die PLO hat auf der 13. Sitzung des Nationalrates beschlossen: „Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Haltung der PLO, alle Formen der kapitulationistischen amerikanischen Lösungen und alle Liquidierungsversuche abzulehnen."

Breshnew hat anläßlich des sowjetischen Gewerkschaftskongresses im März erneut bekräftigt, daß er für die Erhaltung des Staates Israel und für dessen sichere Grenzen ist. Auch er hat daraufhin von den arabischen Staaten die passende Antwort erhalten. Die Tagespresse in Kuweit schrieb dazu: „Die Sowjetunion hat jetzt bewiesen, daß sie israelischer als Israel, und amerikanischer als Amerika ist, da sie nur darauf aus ist, sich durch den Schutz Israels einen Stützpunkt in dem Gebiet zu sichern."

Schwedische Bourgeoisie leitet umfassende Ausplünderung des Volkes ein

Zu Beginn der Osterwoche hat die liberal-konservative Regierung Schwedens die Abwertung der Schwedischen Krone um 6 Prozent gegenüber den Währungen im europäischen Verbund beschlossen. Die norwegische und dänische Regierung haben mit einer Abwertung ihrer Währungen um 3 Prozent gleich nachgezogen, um keine Einbußen in ihren Exportgeschäften nach Schweden hinnehmen zu müssen. „Die Abwertung reicht für sich genommen nicht aus", erklärte Ministerpräsident Fälldin und gab gleich die weiteren Maßnahmen der Regierung bekannt: Ab Juli soll die Mehrwertsteuer von derzeit 17,65 Prozent auf 20,5 Prozent erhöht werden. Die Alkohol- und Kraftfahrzeugsteuer sollen steigen. Daneben sollen „verschiedene Abgaben", gemeint sind die Sozialversicherungen, angehoben werden.

Die Subventionen an die Kapitalisten für Lohn und Lagerkosten, für überschüssig Produziertes von insgesamt 14 Milliarden Schwedischen Kronen (Skr, 1 Skr sind ungefähr 0,55 DM) sollen weiterlaufen, zusätzlich stellt die Regierung 1,5 Milliarden Skr für Investitionsbeihilfen zur Verfügung. Als Lockvogel gegenüber der Arbeiterklasse zur Gewinnung für dieses Plünderungsprogramm soll eine frühere Erhöhung des Kindergeldes im Juli 1977 statt im Januar 1978 dienen.

Die schwedische Regierung hat erklärt, daß es nun nicht mehr länger toleriert werden könne, daß Schweden in den letzten Jahren über seine Verhältnisse gelebt habe, nun müsse der Gürtel enger geschnallt werden. Mit den gleichen Worten ist Bundeskanzler Schmidt angetreten, der jetzt gemeinsam mit der schwedischen sozialdemokratischen Oppositionspartei die Regierung Fälldin kritisiert, allerdings wegen der zu offenen Erklärung und nicht wegen der beschlossenen Maßnahmen. Schweden steckt in einem dicken Handelsdefizit, das im letzten Jahr bereits 6 Milliarden DM betrug. In diesem Jahr wird eine Steigerung des Defizits auf rund 7 Milliarden DM, das sind 4 Prozent des Bruttosozialprodukts, erwartet.

Die schwedischen Kapitalisten haben im letzten Jahr 17 Prozent ihrer Marktanteile innerhalb der OECD und 12 Prozent auf dem Weltmarkt an Konkurrenten, insbesondere die westdeutschen Imperialisten, verloren. Mit der Abwertung erhoffen sie einen höheren Export ihrer Waren und Zurückeroberung von Marktanteilen und eine Drosselung des Imports.

Die schwedischen Kapitalisten sind besonders abhängig vom Erdölexport. Jährlich importieren sie 28 Millionen Tonnen Rohöl, das zirka 70 Prozent ihres gesamten Energieverbrauchs deckt. Neben der bestehenden Energiegewinnung aus Wasserkraftwerken, aus der 70 Prozent des Stromverbrauchs gedeckt wird, planen sie den Bau von Kernkraftwerken. 366 Millionen Skr hat die schwedische Regierung zur Kernenergieforschung bewilligt. Die Schwierigkeiten der westdeutschen Imperialisten, gegenüber den Volksmassen ihr Kernenergieprogramm durchzusetzen, hat die schwedischen Imperialisten jedoch das Fürchten gelehrt, was mit ein Grund zur raschen Abwertung der Krone ist.

Der Bundesverband Deutscher Banken hat die „geräuschlose Abwertung" der Schwedischen Krone begrüßt. Kein Wunder, denn die westdeutschen Imperialisten sind Schwedens größter Handelspartner. Sie exportieren vor allem chemische Erzeugnisse, Kohle und Nahrungsmittel nach Schweden, dafür werden sie in Zukunft mehr Geld erhalten. Beziehen tun sie hauptsächlich Erze, für die sie jetzt weniger zahlen müssen.

Die höheren Kosten wälzen die schwedischen Imperialisten auf die Volksmassen ab und holen sich darüberhinaus noch einen guten Teil über die Subventionen. Die schwedische Regierung plant, den Import zu drosseln. Die Drosselung wird vor allem bei den Nahrungsmitteln liegen. Die Verteuerungen der Nahrungsmittel durch die Abwertung, die zusätzliche Verteuerung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuern, wird den schwedischen Arbeitern und Volksmassen den Zugang zu einer Anzahl von Lebensmitteln versperren. Die Aufforderung Fälldins, daß das schwedische Volk die Gürtel enger schnallen soll, ist die erklärte Absicht der Regierung.

„Die großen schwedischen Zahlungsbilanzdefizite", schreibt das „Handelsblatt" am 4.4., „erklären sich vor allem dadurch, daß erst die sozialdemokratische und seit einem Jahr auch die bürgerliche Regierung der Vollbeschäftigung den Vorrang eingeräumt hat ... und da die Löhne und Nebenkosten gleichzeitig stark gestiegen sind, hat es große Verluste von Marktanteilen auf den Exportmärkten gegeben."

Das „Handelsblatt" wirft den schwedischen Kapitalisten vor, daß sie nicht genügend rationalisiert hätten und den Lohn im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern wie zum Beispiel Westdeutschland nur zu mäßig gesenkt haben.

Daran arbeiten die schwedischen Kapitalisten jetzt fieberhaft. Insbesondere in der krisengeschüttelten Werft- und Stahlindustrie, den bedeutsamsten Industriezweigen des Landes, wollen sie umfassende Rationalisierungen durchführen. In Göteborg sollen mehrere Werften ganz geschlossen werden, insgesamt sollen auf den Werften 8 000 Arbeiter, in der Stahlindustrie nochmal soviel entlassen und „freigesetzt" werden.

Gleichzeitig führen die Kapitalisten den Angriff auf den Lohn. In den gerade stattfindenden Tarifverhandlungen haben die Kapitalisten ein Null-Angebot gemacht, bestenfalls wollten sie einer Erhöhung des Stundenlohns um 25 Öre am Jahresende zustimmen.

Der zentrale Gewerkschaftsverband unter Führung der Sozialdemokraten hatte in den Verhandlungen zunächst 2,8 Prozent Lohnerhöhung gefordert, das sind 70 bis 75 Öre in der Stunde, und erklärte sich dann sogar zu einem Kompromiß von 25 Öre mehr rückwirkend ab Februar und weitere 25 Öre ab September bereit. Die Kapitalisten lehnten ab und lehnten jetzt auch ein Schlichtungsangebot, dem die Gewerkschaftsführung zugestimmt hatte, ab.

Die schwedischen Arbeiter kämpfen gegen die Rationalisierungs- und Lohnraubpläne der Kapitalisten, die diese mit Hilfe der Sozialdemokraten durchsetzen wollen.

Die Arbeiter der Saab-Werke haben auf einer Betriebsversammlung die Forderung von 36 Kronen Stundenlohn aufgestellt und erklärt, sie seien bereit, dafür zu streiken.

Am 1. April legten die Hafenarbeiter aus Göteborg für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Die Kapitalisten hatten versucht, die Zahl der Aushilfskräfte auf die Hälfte runterzuschrauben, um die Rationalisierung dann auch bei den Hafenarbeitern selbst durchzusetzen.

Ohne Unterstützung durch den zentralen Gewerkschaftsverband und Zahlung aus den Streikkassen sind die Schornsteinfeger in den Streik getreten. Sie gehören zu den am schlechtesten bezahlten Berufsgruppen und hatten von Anfang an die Forderung des zentralen Gewerkschaftsverbandes abgelehnt. Die Kapitalisten haben darauf mit Aussperrung geantwortet.

Die größte Besorgnis der schwedischen Bourgeoisie ist jetzt, nachdem sie ihr Plünderungsprogramm verkündet hat, Kämpfe der Arbeiterklasse um einen Lohn, der die Preissteigerungen und die Mehrarbeit ausgleicht, zu verhindern. – (Z-Red)

Imperialistische Supermacht USA – Koloß auf tönernen Füßen

„Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol." (Karl Marx)

Als der neue US-Präsident Carter im Januar seinen Eid auf die Bibel ablegte, ließ er auszugsweise folgende Suada vom Stapel:

„Der amerikanische Traum ist nicht ausgeträumt. Wir müssen erneut voll und ganz an unser Land und an die anderen glauben. Ich glaube, daß Amerika besser sein kann. Wir können stärker sein als früher ... Wir lehnen es ab, ein Versagen, Mittelmäßigkeit oder eine mindere Lebensqualität für irgendjemanden in Betracht zu ziehen ... Wir haben bereits ein hohes Maß an persönlicher Freiheit gefunden, und wir kämpfen heute darum, die Gleichheit der Chancen zu fördern. Unsere Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten muß absolut sein, unsere Gesetze müssen fair sein, die Schönheit unserer Natur muß erhalten bleiben. Der Starke darf nicht den Schwachen verfolgen und die Menschenwürde muß hochgehalten werden ... Unsere Nation kann nach außen nur stark sein, wenn sie im Innern stark ist."

Carters Ziel ist es, eine „Arbeitsgemeinschaft" zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern und eine „Volksgemeinschaft" zwischen allen unterdrückten Volksklassen und Nationalitäten und der herrschenden Finanzbourgeoisie zum Zweck der Vorbereitung des imperialistischen Krieges ins Leben zu rufen. Den widerwärtigen Gestank bürgerlicher Verfaultheit und den scharfen Schweißgeruch des proletarischen Massenelends in den USA sucht dieser Heuchler mit den süßen Parfüm eines „amerikanischen Traums" zu übertönen, an den man nur glauben müsse.

Daß Carters fromme Sprüche überhaupt eine gewisse demagogische Wirkung entfalten können, kommt daher, daß sie von einem tatsächlichen Sachverhalt ausgehen.

Wohnungen im „Schwarzen Gürtel" im Süden der USA. Dan Bil, 67 Jahre alt, lebt hier mit seiner fünfköpfigen Familie. Sein Einkommen besteht aus 225 Dollar Sozialhilfe monatlich. Das Haus hat 2 Zimmer, ohne Installationen für Heizung, Gas und Wasser. „Ich komme kaum hin", beschreibt er seine Situation.

Die Revolte der Gefangenen von Attica gegen die Vernichtungshaft. Von der herrschenden Klasse im Blut erstickt.

Akkumulation von Reichtum auf dem einem Pol ...

Tatsächlich sind die USA das reichste Land der Erde. Dieser Reichtum konzentriert sich zu einem übergroßen Teil in den Händen einer verschwindend kleinen Finanzaristokratie und bildet in ihren Händen Kapitalien von einer einzigartigen Schlagkraft, in der Landwirtschaft ebenso wie in der Industrie. In der US-Landwirtschaft erzeugen nicht mehr als 5 % der Bevölkerung auf Flächen mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 156 Hektar (BRD: 12 Hektar) ein Agrarprodukt, das den Inlandsbedarf zum größten Teil deckt und zu 15 % exportiert werden kann. Die Hauptquelle des Reichtums aber ist die Industrie, die ein Drittel der industriellen Weltproduktion erzeugt. Dieses gewaltige industrielle Potential wird von weniger als einem Viertel aller „Beschäftigten" der US-Statistik, d.h. etwa 10 % seiner Gesamtbevölkerung produktiv betätigt.* Zehn Prozent der Bevölkerung erzeugen einen materiellen Reichtum, mit dem – unter der Herrschaft der Arbeiterklasse – sich die dringendsten Bedürfnisse der Massen sehr gut dekken ließen, und dies *ohne* das System der Weltausplünderung, des Raubes an Rohstoffen und der Ausbeutung der Arbeiter fremder Länder, worauf die Erhaltung und Nutzung dieses industriellen Potentials heute wesentlich mit beruht.

Drückt sich objektiv ein gewaltiger Fortschritt der Produktivkräfte darin aus, daß eine im Verhältnis geringe Zahl produktiver Arbeiter das gewaltige Industrieprodukt der USA erzeugt, so bedeutet das unter kapitalistischen Bedingungen für die produktiven Arbeiter selbst wie für die ganze besitzlose Masse des Volkes soziales Elend, geistige Verkümmerung und politische Abhängigkeit in hundert verschiedenen Gestalten.

Marx hat als das „absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" beschrieben:

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums." „Das Gesetz ... welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, ... bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert." (Marx, Das Kapital, Band I, Seite 673-75)

Die einzigartige Akkumulation von Reichtum in den Händen der herrschenden Klasse der USA hat in der Tat eine „entsprechende Akkumulation von Elend" auf dem Gegenpol erzeugt, die das von Marx nachgewiesene allgemeine Entwicklungsgesetz des Kapitalismus grell zutagetreten läßt.

Übervölkerung im Verhältnis zu den Verwertungsbedingungen des Kapitals, offizieller Pauperismus

Die Arbeitslosigkeit in den USA erfaßte im Februar 1977 nach Angaben der Regierung 7,2 Millionen Menschen, 7,5 % der „Erwerbstätigen". Als „Erwerbstätige" führt die offizielle Statistik jedoch nur, wer sich mit Kenntnis der staatlichen Behörden um Arbeit bemüht. Der Vorsitzende des Dachverbandes der amerikanischen Gewerkschaften, Meany, den Kapitalisten und der Regierung selbst auf das engste verbunden, wies diese offiziellen Zahlen kürzlich zurück und machte darauf aufmerksam, daß nach Kenntnis der Gewerkschaften sich Millionen Arbeiter und Angestellte nicht mehr um Arbeit bemühen, weil sie es aufgegeben haben, welche zu finden. Nach seiner Schätzung seien von Arbeitslosigkeit wenigstens 10 Millionen Beschäftigte, 10,3 % aller Erwerbstätigen betroffen. Weiterhin gebe es Millionen, die nur eine Halbtagsarbeit bekämen, obwohl sie volle Arbeit und vollen Lohn suchen.

Meany, ein Arbeiteraristokrat, wie er im Buche steht, „vergaß" bei alledem die Millionen Jugendlichen, Frauen und Angehörigen nationaler Minderheiten zu erwähnen, die den Arbeitsmarkt noch niemals offiziell betreten haben, weil das von vornherein aussichtslos ist. So sind in den Ghettos der großen Städte oft 50 bis 60 % der Jugendlichen von vornherein arbeitslos. Meany „vergaß" ebenso die Millionen „illegaler" Arbeiter (ohne Einwanderungspapiere), die sich als Wander- und Gelegenheitsarbeiter durchs Leben schlagen. Er „vergaß" schließlich eine unbekannte Anzahl insbesondere von Angehörigen nationaler Minderheiten, die nach dem Eingeständnis des Statistischen Bundesamtes von den bisherigen Volkszählungen nicht erfaßt wurden (weshalb zum Zwecke einer verbesserten Polizeiüberwachung jetzt eine neue Volkszählung vorbereitet wird).

Die offizielle Statistik der USA bezeichnet bereits 1974 24,3 Millionen Menschen als unterhalb der Armutsgrenze lebend. 1960 wurden sogar fast 40 Millionen Menschen so eingestuft. Die Statistik merkt in einer Fußnote an, die Zahlen von 1960 und 1974 seien „nicht strikt vergleichbar", was nichts anderes bedeutet, als daß die „Armutsgrenze" willkürlich gesenkt wurde. Heute gilt ein monatliches Einkommen von 400 Dollar als Armutsgrenze – für eine Familie zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel.

Druck der industriellen Reservearmee

Der Druck der gewaltigen industriellen Reservearmee hat es den Kapitalisten ermöglicht, in den letzten Jahren die Löhne real fortlaufend zu senken. Selbst die amtliche Statistik gibt für 1973 auf 1974, mit Eintritt in die Krise, eine Senkung des Durchschnittslohns um 4,3 % zu und für die Zeit von 1974 bis 1976 um etwa 8 %. Dabei haben sich die Arbeiter der verschiedenen Industriezweige und Berufe in unterschiedlichem Ausmaß gegen die Verelendung zur Wehr setzen können. Im letzten Jahr besonders hat es lange und erbitterte Streikkämpfe gegeben. In einigen Industriezweigen, wo die Kapitalisten jeden Widerstand haben brechen können, stagnieren die Löhne seit Jahren auf wirklichem Hungerniveau, so in der Schuh- und Bekleidungsindustrie, wo 1974 2,90 Dollar Stundenlohn (etwa 7,50 DM) im Durchschnitt gezahlt wurden, für amerikanische Verhältnisse kaum mehr als die Häfte eines Lohnes, der zum Leben ausreicht.

Noch mehr als zwischen den einzelnen Industriezweigen differiert die Höhe der Löhne zwischen den einzelnen Betrieben. Die unbegrenzte Menge an disponibler Arbeitskraft in Verbindung mit dem bewußt niedrig gehaltenen Zahlungen im Fall von Arbeitslosigkeit (bestenfalls 70 bis 80 % des Lohns, in einigen Bundesstaaten sogar nur 40 bis 60 %, die oft nur für 60 bis 90 Tage gezahlt werden) ermöglichen es kleinen oder mittleren Kapitalisten, primitive und extensive Methoden der Ausbeutung weiterhin profitabel anzuwenden. So ist laut Industriezensus die Zahl der kleinen und mittleren Betriebe in der Zeit von 1954 bis 1972 fortlaufend langsam gestiegen bei nur geringem Anstieg in der Anlage von Kapital. So oft und massenweise sie vernichtet wurden, so oft und massenweise entstehen sie neu, mit noch primitiveren Produktions- und noch brutaleren Ausbeutungsmethoden, insbesondere niedrigsten Löhnen weit unter dem Wert der Arbeitskraft. Dies ist insbesondere der Fall in den zahllosen Zulieferbetrieben, die sich wie ein äußerer Kranz zu Zehntausenden um die großen Monopole herum anlagern, mit Abnahme- und Lieferverpflichtungen an sie gebunden wie die Vasallen an den Feudalfürsten.

So haben 1974 die 137 größten Betriebe, die ein Anlagekapital von jeweils über 1 Milliarde Dollar aufwiesen, insgesamt über 50 % des gesamten industriellen Anlagekapitals (384 Milliarden Dollar) gestellt und dabei 54 % (gleich 32 Milliarden Dollar) des gesamten industriellen Nettoprofits der Kapitalistenklasse eingestrichen, während 200000 Betriebe mit einem Anlagekapital von jeweils unter 10 Millionen Dollar (insgesamt 97 Milliarden gleich 13 %) 13,2 % (gleich 7,7 Milliarden Dollar) aller Nettoprofite einstrichen.

Daraus ergibt sich auch, daß die tatsächliche Entwicklung der Produktivkräfte objektiv noch einen viel höheren Entwicklungsgrad als anfangs angegeben erreicht hat, jedoch unter kapitalistischen Bedingungen auch in den modernen Großbetrieben nur um den Preis der Konservierung rückständiger Produktionsweisen in kleineren, abhängigen Betrieben zur Anwendung kommt. Daran zeigt sich schlagend, wie die Unterwerfung der Produktion unter den beschränkten Zweck der Profitmacherei der Kapitalisten sich umfassend als Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte auswirkt.

Fesselung der Arbeiterklasse an unproduktive Verrichtungen, Dienstleistungen für die Bourgeoisie

Die entscheidende Art und Weise, wie das Kapitalverhältnis als Hemmnis der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung wirkt, ist jedoch die Fesselung der Mehrzahl der Arbeiter an unproduktive Verrichtungen für die Kapitalisten.

In den USA waren 1973 allein 22,5 Millionen Lohnabhängige im Bereich von Handel, Banken und Versicherungen beschäftigt. Nimmt man die im gewerblichen Bereich und im Bereich von Transport und Kommunikation beschäftigten unproduktiven Arbeiter hinzu, so kommt man etwa auf ein Drittel aller „Erwerbstätigen" der Statistik als unproduktive Arbeitskräfte, die damit befaßt sind, die von den produktiven Arbeitern erzeugten, von den Kapitalisten angeeigneten Waren zu verteilen und den Kapitalisten die Bücher zu führen.

In diesen Berufen hat, insbesondere mit der Einführung der Bürocomputer, eine gewaltige Nivellierung, praktisch eine Angleichung an die Löhne und Ausbeutungsformen der Industriearbeiter eingesetzt und wütet die kapitalistische Rationalisierung besonders gnadenlos. Die Kenntnisse und Fähigkeiten dieser Arbeiter sind stark spezialisiert und oft wertlos, wenn eine neue Umwälzung in der Arbeitsorganisation eingetreten ist und die entsprechende Tätigkeit plötzlich „keine Zukunft" mehr hat. Besonders im Einzelhandel liegen die Löhne großteils weit unter den durchschnittlichen Arbeiterlöhnen und gehören zu den niedrigsten überhaupt.

Weitere 27 Millionen Arbeiter und Angestellte weist die Statistik im Bereich „andere Dienstleistungen" aus. Hierunter dürften alle Berufe im wesentlichen gefaßt sein, die damit befaßt sind und dafür aus dem Lohn der übrigen produktiven und unproduktiven Arbeiter bezahlt werden, in gesellschaftlichem Maßstab Aufgaben der Reproduktion des einzelnen Arbeiters, der Arbeiterfamilie und der ganzen Arbeiterklasse wahrzunehmen, die im Rahmen der Familie und der Zusammenschlüsse der Klasse nicht geleistet werden können, angefangen von der Erziehung der Kinder bis zur Reinigung der Wäsche und Reparatur des Autos. Aber das ist nur die eine Hälfte. Die andere Hälfte sind solche „Dienstleistungen", die sich auf die Reproduktion der Bourgeois, ihre Familien und ihres Funktionärsstammes beziehen – aber eben *als Bourgeois*, das heißt unter Einschluß aller ihrer ausschweifenden geistigen und sinnlichen Genüsse. Marx hatte bei der Untersuchung der Beschäftigtenstatistik Englands zu seinen Lebzeiten schon festgestellt, daß die Zahl aller in der metallverarbeitenden Industrie Beschäftigten geringer war als die der Hausboten der Kapitalisten. „Welch erhebendes Resultat der kapitalistisch exploitierten Maschinerie!", hatte er geschrieben und geschlußfolgert:

„... die außerordentlich erhöhte Produktivkraft in den Sphären der großen Industrie, begleitet, wie sie ist, von intensiv und extensiv gesteigerter Ausbeutung der Arbeitskraft in allen übrigen Produktionssphären, (erlaubt,) einen stets größeren Teil der Arbeiterklasse unproduktiv zu verwenden und so namentlich die alten Haussklaven unter dem Namen der ‚dienenden Klasse' wie Bediente, Mägde, Lakaien usw. stets massenhafter zu reproduzieren." (Das Kapital, Bd. I, S. 469/70)



Die Rentner und Rentnerinnen in den USA haben schon viele Aktionen unternommen, um ihre Forderungen zu erheben. Sie haben sich, wie im Automobilstreik bei Ford 1976, in die Reihen der kämpfenden Arbeiter eingereiht. Bild: Zwei Arbeiterfrauen verteilen Flugblätter. Auf ihrem Plakat steht: „Graue Panther demonstrieren für besseres Einkommen, gegen das Verhungern."

Heute unterhält die Bourgeoisie über ihre direkten Haussklaven hinaus eine Armee von Lohnsklaven, die der ganzen Klasse zu Diensten stehen, vom Geiger im Philharmonischen Orchester bis zum Call-Girl. Eine solche Statistik würde in den USA sicher Erstaunliches zu Tage bringen.

Weitere Ausdehnung des Proletariats

Die Reihen des Proletariats werden immer noch mehr geschwellt durch den Ruin kleiner Produzenten und Selbständiger und den sozialen Abstieg höherer Berufe, die keine entsprechende Beschäftigung mehr finden. Als die Flugzeugfirma Lockheed nach dem Ende des Vietnamkriegs Massenentlassungen vornahm, waren darunter mehrere tausend Ingenieure und Spezialisten, die keine entsprechende Beschäftigung mehr fanden.

1965 betrug die Zahl der „Lohn- und Gehaltsempfänger" 67,7 Millionen, 1973 waren es bereits 82,2 Millionen. Die Zahl der „Selbständigen und mithelfenden Famienangehörigen" verringerte sich unterdessen von 10 Millionen auf 8,3 Millionen, und in der Land- und Forstwirtschaft wurden in derselben Zeitspanne von 7,1 Millionen 2,8 Millionen aufs Pflaster der Städte geworfen, darunter 1,2 Millionen freie Farmer.

Das Hauptelement aber war in die-

** Hier mußte eine recht grobe quantitative Schätzung vorgenommen werden, um die Sache faßbar zu machen. In verschiedenen Statistiken wird die Zahl der im „produzierenden Gewerbe" Beschäftigten 1973/74 einmal mit 23,5, ein anderes Mal mit 29,7 Millionen angegeben. Hinzuzurechnen waren in jedem Fall etwa 3 bis 4 Millionen Beschäftigte im Bereich des Transportwesens. Abzuziehen waren wiederum die unproduktiv beschäftigten Arbeiter in „produzierendem Gewerbe" und Transport, deren Anteil etwa ein Drittel aller Beschäftigten in diesem Bereich ausmacht. Von da aus konnte auf eine Zahl von 20 bis 22 Millionen produktiven Arbeitern geschlossen werden, die die Masse des industriell produzierten Reichtums des Landes erzeugen; das sind 10 Prozent der Gesamtbevölkerung.*

sem Prozeß die Einreihung der Frauen der Arbeiter und Angestellten in den Arbeitsprozeß, in Fabriken und Büros. Die Zahl der weiblichen Beschäftigten, fast alle lohnabhängig, erhöhte sich zwischen 1960 und 1973 von 22,5 auf 35,3 Millionen, knapp 38 Prozent aller Beschäftigten.

Teuerung, Verschuldung der Arbeiterfamilien

Die Einreihung der Frauen in die Lohnlisten der Kapitalisten hat die Haushalte der Arbeiterfamilien nur vorübergehend entlastet. Tatsächlich wurde dadurch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt enorm verschärft, wie zugleich der Ausplünderung auf dem Warenmarkt durch die Kapitalisten, die stets das am meisten erhöhen, was in der Lebenshaltung der Arbeiterfamilie am unentbehrlichsten ist, zusätzliche Ansatzpunkte geboten wurden. Grundnahrungsmittel, Mieten, Brennstoffe, Transportkosten usw. – alles das hat sich in den vergangenen Jahren außerordentlich verteuert. Der Preis für Brot stieg allein von 1973 auf 74 um 25 %, der Preis für Milch um 20 %, für Kartoffeln um 21 %. Jetzt eben hat infolge knapperer Ernteerwartungen ein neuer Preisschub eingesetzt.

Ein durchschnittlicher Arbeiterlohn reicht nicht mehr hin, um eine Familie zu ernähren. In immer größerem Umfang sind die Lohnabhängigen gezwungen, bei den Banken und eigens dazu eingerichteten Wucherinstituten sich „Kreditkarten" zu besorgen und auf Pump einzukaufen, mit Zinsraten zwischen 10 und 20 Prozent. Die private Verschuldung auf diesem Weg hat 1976 die Höhe von 180 Milliarden Dollar erreicht. Zwar sind hierunter auch die kurzfristigen Schulden der Bourgeois gefaßt, die sich auf den unsicheren Straßen lieber ohne Bargeld bewegen und die „Credit-Cards" als angenehme Entlastung von solcher Not benutzen. Jedoch kommt mit Sicherheit ein bedeutender Teil dieser Verschuldung aus den Löhnen und Gehältern der durchschnittlich und etwas besser verdienenden Arbeiter und Angestellten (ab 8 000 Dollar Jahreseinkommen ist man „kreditwürdig"). Nimmt man die Hälfte der Privatverschuldung und setzt sie ins Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten, die „kreditwürdig" sind, so kommt man auf eine Verschuldung ihrer Haushalte in der Größenordnung von 2 000 Dollar, also einem Viertel des durchschnittlichen Jahreseinkommens. Das bedeutet mit anderen Worten, daß von den etwas besser bezahlten Kategorien der produktiven und unproduktiven Arbeiter Millionen Familien nur über die Runden kommen, indem sie einen Schuldenberg von mehreren Monatseinkommen vor sich her schieben. Für 1977 wird eine Steigerung der privaten Verschuldung um 12 % erwartet.

Sinkende Lebenserwartung der Männer und Frauen der Arbeiterklasse

Nimmt man alle aufgezählten Erscheinungen zusammen, so erhält man einen Eindruck davon, in welchem Ausmaß die Reproduktion der Arbeiterklasse in den USA gestört ist.

1973 betrug die Lebenserwartung für einen Mann 67,6 Jahre, für eine Frau 75,3 Jahre. In diesen Zahlen sind die Bourgeois und ihr Anhang ebenso erfaßt wie die arbeitende Klasse, getreu der bürgerlichen Auffassung, daß im Tod oder doch wenigstens vor dem Herrn alle Menschen gleich seien. Die Arbeiterklasse kann sich einen solchen versöhnlichen Standpunkt nicht leisten. Allein der große Unterschied zwischen der männlichen und weiblichen Lebenserwartung, der auf dem unterschiedlichen Grad der Einbeziehung von Männern und Frauen in die Lohnarbeit beruht, zeigt den zerstörerischen Einfluß der immer wachsenden Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse. Wenngleich Einzelstatistiken nicht vorliegen, ist mit Sicherheit zwischen der Lebenserwartung der Männer und Frauen der Arbeiterklasse und der männlichen und weiblichen Bourgeoisie eine große Kluft, bei den Frauen noch weit tiefer als bei den Männern. Ein großer Teil insbesondere der männlichen Arbeiter erreicht demzufolge das Rentenalter nicht. Das kann nicht in einer künstlichen Durchschnittszahl versöhnt werden.

Wenn die Arbeiter das Rentenalter erreichen, sorgt die Rente dafür, daß sie aus Mangel an Lebensmitteln, an gesundheitlicher Versorgung und aus Entmutigung über die hundert Abhängigkeiten und bürokratischen Schikanen rasch zu Tode gebracht werden. 220 Dollar betrug die Durchschnittsrente 1976 in den USA, etwa 500 DM. Jedoch erhalten 50 % der Alten nur den Mindestsatz, der der Sozialhilfe entspricht, von 107 Dollar. In der Kältewelle dieses Winters hat die herrschende Finanzbourgeoisie mit Hilfe des grinsenden Pfaffenschädels, den sie zu ihrem Präsidenten gemacht haben, eine unbekannte Zahl von Rentnern in den Tod durch Erfrieren getrieben. Die Fälle sind Legion. Jetzt wird der Hunger das Werk fortsetzen: diejenigen, die geheizt haben, haben Rechnungen präsentiert bekommen, die in vielen Fällen die Rente vollständig aufzehren.



Hunderte von kleinen Farmern und Anwohnern auf Hawai demonstrieren gegen die Pläne großer US-Firmen und Landbesitzer, sie zugunsten profitträchtiger Bauprojekte von ihrem Land und aus ihren Wohnungen zu treiben. Überall in den USA haben die unterworfenen Völker und Nationalitäten, zu denen auch die Bewohner Hawais zählen, die Fahne des Kampfs um das ihnen geraubte Land erhoben.

Abtreibung des Nachwuchses der Arbeiterklasse, Vernichtung von „überschüssiger Bevölkerung"

Die ganze Verfaultheit des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium erscheint darin, daß die herrschende Klasse der USA als halbwegs offizielle Staatsdoktrin eine Reduktion der Bevölkerung und Verringerung der Geburtenzahl anstrebt. So niedergelegt in einem Bericht der „Kommission über Bevölkerungswachstum und die Zukunft Amerikas" von 1972, den die Nixon-Regierung entgegennahm und billigte. Das, obwohl die USA zu den relativ dünn besiedelten Gebieten der Erde gehören. Verschiedene Maßnahmen, die die Nixon-Regierung noch zur „Geburtenkontrolle" in Er-
nahmen, die die Nixon-Regierung noch zur „Geburtenkontrolle" in Er-
wägung hatte, sind durch die Entwicklung der kapitalistischen Krise mehr als überflüssig gemacht worden. Die Zahl der Geburten ist 1976 auf 3,1 Millionen, die Geburtenrate auf 1,8 (je Mitglied der weiblichen Bevölkerung) gesunken und damit unterhalb des Niveaus der einfachen Reproduktion der Bevölkerung. In einigen Gebieten übersteigt die Zahl der legalen, genehmigten Abtreibungen bereits die der Lebendgeburten.

Die Tatsache, daß schon seit Jahrzehnten selbst in den Zeiten der überhitztesten Konjunktur der Profite ein bedeutender Teil des Proletariats „überschüssig" bleibt und von der kapitalistischen Produktion nicht absorbiert wird, hat die herrschende Klasse der USA zu einer seltenen Menschenverachtung gebracht, die sie als systematische Brutalisierung unter die Massen trägt. Sie tut das mit Filmen, Büchern usw., die lehren, für den eigenen Gewinn oder wenigstens für „Recht und Gesetz" über Leichen zu gehen. Sie tut es mit heuchlerischen breitgetretenen Debatten über den „Gnadentod" anhand des Falls eines seit Jahren bewußtlosen jungen Mädchens, wo es tatsächlich um erweiterte Möglichkeiten geht, Kranke und Alte zu beseitigen und dies den Massen als Gewissenskrupel aufzuhalsen. Oder sie tut es mit solchen ekelerregenden Schauspielen wie der wochenlang hinausgezögerten Hinrichtung des Arbeiters Gary Gilmore – dessen Beharren darauf, einen schnellen Tod durch Hinrichtung zu erhalten, deutlich gemacht hat, daß die Gefängnisse in den USA auch nichts anders als Massenvernichtungsanstalten sind, in denen ein ziemlich bedeutender Teil der Arbeiterklasse, vor allem der Jugend, ein Stück weit oder ganz vom Leben zum Tode gebracht wird. Man könnte ebensogut den organisierten Rauschgifthandel, eines der blühendsten Unternehmen der USA, erwähnen, offiziell geächtet, als ein Mittel zur Zugrunderichtung „überschüssiger" Arbeitskräfte und der Brechung ihrer revolutionären Energien tatsächlich jedoch geduldet.

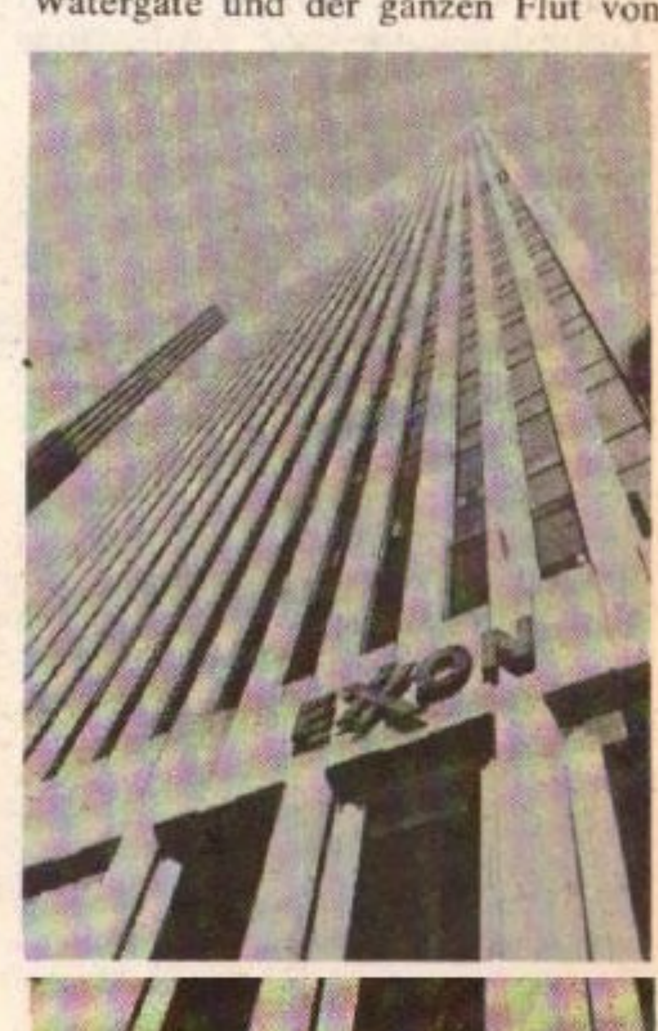
Erpreßte Tributzahlung an das Finanzkapital

Die Verkommenheit der kapitalistischen Ausbeuterordnung wird „vollendet" im System des Staatsmonopolismus, das ein System des organisierten, gewaltsamen Raubes an Leben und Gut der ganzen Masse des arbeitenden Volkes ist. So wie das Finanzkapital der USA über alle Kontinente ein System der Ausbeutung der Arbeiter, des Eintreibens von Tributen der unterdrückten Völker, der Plünderung ihrer Rohstoffquellen errichtet hat und sich mit Druck und Erpressung die Märkte der kleineren kapitalistischen und imperialistischen Länder öffnet – so errichtet es auch im Innern der USA eine despotische Diktatur über die Arbeiterklasse, treibt gewaltsam den Tribut von der ganzen Masse des arbeitenden Volkes insbesondere über die staatlichen Steuern, über Gebühren und Tarife der Kommunen und kommunalen Gesellschaften ein und unterwirft sich so auch die kleineren und mittleren Kapitalisten, die sich mit weit unterdurchschnittlichen Gewinnen begnügen und nach der Pfeife der Monopole und Finanzkapitalisten tanzen müssen. Allein über den Bundeshaushalt mußten die Massen 1976 knapp 35
müssen. Allein über den Bundeshaushalt mußten die Massen 1976 knapp 35
Milliarden Dollar Tilgung und Zinsen an das Finanzkapital zahlen, während die Staatsschuld die schwindelnde Gesamthöhe von 492 Milliarden Dollar erreichte. 1977 hat Carter kaltblütig eine Neuverschuldung von über 70 Milliarden Dollar dazugefügt. Die entsprechende Verschuldung der Bundesstaaten und Kommunen ist hier noch dazuzurechnen. Bekannt ist, daß allein die Stadt New York über 13 Milliarden Schulden an die Großbanken hat und 1976 2,3 Milliarden zurückzuzahlen waren, bei Zinssätzen von 9,5 % und höher. 50 000 Arbeiter und Angestellte der Stadt wurden entlassen, zahlreiche Schulen, Hospitäler, Feuerwehrhäuser und andere Einrichtungen geschlossen, 500 Millionen Dollar aus der Armenkasse genommen – um diesen Tribut zu entrichten.

Ein Dutzend „Syndikate": zerrissen in der Konkurrenz, verschworen gegen die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker

Mit dem Eintritt in die kapitalistische Krise, die bedeutet, daß sich die großen Monopole und die Kapitalistenklasse insgesamt und ihre ausländischen Konkurrenten bei der Expansion auf den Warenmärkten im Wege und zuviel sind, hat sich die Konkurrenz innerhalb der Kapitalistenklasse und insbesondere zwischen den führenden Monopol- und Finanzgruppen des Landes außerordentlich verschärft.

Man kann sagen, daß etwa ein Dutzend solcher Monopolgruppen, auch als „Syndikate" bezeichnet, im wesentlichen das Wirtschaftsleben, das gesamte gesellschaftliche Leben und die Politik des Landes beherrschen. Unter diesen Monopolgruppen hat seit dem Zweiten Weltkrieg Zug um Zug das Imperium der Rockefellers seine Vorherrschaft errichtet, die die größten Konzerne des Landes, die größten Banken und entscheidende Schlüsselstellungen der Wirtschaft alleine oder zusammen mit dem zweitmächtigsten Syndikat, den Morgans, beherrschen. Ein Großteil des politischen Personals der Regierungen der USA einschließlich der jetzigen kommt aus den Direktionsetagen der Syndikate. Man würde sicherlich in einer genaueren Untersuchung der Machtkämpfe zwischen den führenden Monopolgruppen den Schlüssel zur Aufhellung solcher Vorkommnisse wie dem Kennedy-Mord, Watergate und der ganzen Flut von



Exxon – das größte Monopolunternehmen der USA. Zum Imperium der Rockefellers gehörig. Umsatz 1975: 45 Milliarden Dollar, mehr als das Sozialprodukt einer Reihe europäischer Länder.

Korruptions- und Sexskandalen der letzten Jahre finden, die Ausdruck der ins Unerträgliche gesteigerten Konkurrenz und Rivalität zwischen den großen Monopolgruppen sind.

Die sprunghafte Verschärfung der Klassenkämpfe im letzten Jahr hat sie darin innehalten lassen. Gegenüber der Arbeiterklasse sind sie eine verschworene Brüderschaft, eisern zusammengeschlossen in ihrem Willen, jede Erhebung der ausgebeuteten und unterdrückten Massen wenn es sein muß in Blut zu ersticken.

Vorläufig haben sie sich darauf geeinigt, den Gottesmann Carter an die Front zu schicken, der den Massen eine Neuauflage von „amerikanischem Traum" lehren, die aufbrechenden Klassenwidersprüche verwischen und beschwichtigen soll und eine Art imperialistischer Erweckungsbewegung ins Leben rufen soll, die es der US-Finanzbourgeoisie erlaubt, in der Weltarena mit einem „neuen moralischen Anspruch" und damit um so dreister und rücksichtsloser aufzutreten.

Der antiimperialistische Befreiungskampf der Völker der Welt hat dem US-Imperialismus schwere Schläge versetzt. Daran allein jedoch kann er nicht zerbrechen. Im Gegenteil, man kann gegenwärtig beobachten, daß er sich mit seinen großen Ressourcen bereits wieder zielstrebig zu neuen Kriegsabenteuern rüstet.

Zerbrechen wird ihn der revolutionäre Befreiungskampf der amerikanischen Arbeiterklasse. – (Z-Red)

Quellen: US Statistical Abstracts 1975; USA – Statistics in Brief, hrsg. von US Department of Commerce – Bureau of the Census.
Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Vereinigte Staaten 1976, hrsg. von Statistisches Bundesamt Wiesbaden
Stadtsparkasse Düsseldorf, Ländermerkblatt USA, 1976



US-Stahlarbeiter kämpfen um die Politik ihrer Gewerkschaft. Demonstration vor dem Lokal 3059 in Alliance, Ohio, das von der Gewerkschaftsführung unter zentrale Aufsicht gestellt wurde, als klassenbewußte Arbeiter die Gewerkschaftswahlen gewannen und selbständige Streikaktionen gegen Entlassungen und schlechte Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in den Stahlbetrieben am Ort organisierten.

Luvimbo Tekere:

Westdeutsche Jugend und Jugend Zimbabwes – im gemeinsamen Kampf gegen die Imperialisten

Antwort der ZANU auf Briefe westdeutscher Jugendlicher an die Schüler Zimbabwes

Ich bin sehr glücklich darüber, daß die Jugend in Westdeutschland infolge wachsendem Klassenbewußtsein mit mehr und mehr Interesse verfolgt, was die Jugend in anderen Ländern, vor allem in denjenigen, die für ihre Befreiung kämpfen, tut. Es freut mich auch sehr, daß die Massen in Westdeutschland eine immer größere, uneingeschränkte Unterstützung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zeigen. Noch vor wenigen Jahren war das nicht so. Aber heute unterstützen die Massen in Westdeutschland unseren bewaffneten Kampf, und das Volk von Zimbabwe kann den Widerspruch zwischen der Regierung und den Massen in der BRD erkennen, daß die Regierung keine Regierung des Volkes ist, denn das Volk unterstützt unseren bewaffneten Kampf, während die Herrschenden nicht die Freiheit des Volkes von Zimbabwe unterstützen. Wir sehen, daß die Massen in Westdeutschland den Kampf in Zimbabwe anfangen als ihren eigenen Kampf anzusehen, daß sie erkennen, daß die Ausbeutung in ihrem eigenen Land die gleiche Ausbeutung durch die Imperialisten und Kapitalisten ist wie in Zimbabwe.

Die Schüler Zimbabwes kämpfen gegen eine Ausbildung, die der Unterdrückung und Ausbeutung dient

Durch die Verschärfung der Widersprüche im gesellschaftlichen Leben, an den Arbeitsplätzen, in den Schulen erkennen sie, daß die Ausbildung, die sie in den Schulen erhalten, der Entwicklung und Befreiung Zimbabwes überhaupt nicht dient. Sie merken, daß sie eine Ausbildung bekommen, die gerade ausreichen soll, in den Fabriken, auf den Farmen und in den Bergwerken zu arbeiten. Sie nützt nichts zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten, die Verhältnisse kritisch zu untersuchen oder sich politisch im Land zu entfalten. Die Schüler Zimbabwes betrachten deshalb die Schule als einen Feind. Für sie ist das ein Erziehungslager, bis sie nach wenigen Jahren soweit sind, um in den Fabriken vernutzt zu werden. Die Schule ist nichts, was ihnen helfen würde als Bürger Zimbabwes. Sie ist das gerade Gegenteil dessen, was ihrer Ansicht nach jetzt notwendig ist. Sie lehnen die Schulen ab, die eine Vorbereitung für den Dienst für die Imperialisten und Kapitalisten sind. Brauchen die Imperialisten die Jugendlichen nicht, sollen sie daheimbleiben oder sich auf den Straßen herumtreiben.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen radikal umgewälzt werden

Die Schüler Zimbabwes haben daraus gelernt, daß sie Zimbabwe befreien müssen, wenn sie sich die Arbeit oder die Situation in den Klassenräumen bestimmen wollen.

In vielen Schulen verlassen die Schüler und Lehrer das Land, weil sie meinen, daß es keinen Sinn hat, mit einer Ausbildung fortzufahren, die bloß den Imperialisten nützt. Jeden Tag, jeden Monat und jedes Jahr verlassen mehr und mehr junge Menschen die Schulen, weil sie sich nicht länger einer unterdrückerischen Ausbildung unterwerfen wollen. Zum Beispiel sind allein im Osten in einem Gebiet zu Jahresbeginn 25 000 Schüler nicht in die Schulen eingetreten. Das, obwohl Smith ständig von einer „internen Beilegung des Konflikts" redet, weil er jetzt bei den Massen Zimbabwes Unterstützung hätte.

Die Jugend Zimbabwes verläßt nicht ihr Land, um in Mozambique herumzusitzen, sie will direkt am Befreiungskampf teilnehmen. Sie will kämpfen. Sie streikt in den Schulen nicht bloß, weil sie das schlechte Essen oder bestimmte Unterrichtsstunden ablehnt – sie will das ganze System stürzen.

Da gibt es die 400 Schüler, die Ihr in Euren Briefen erwähnt. Aber das ist nur eine Gruppe, außer ihnen gibt es Tausende, von 7 Jahren an, also etwa ab der 2. Klasse, die nach Mozambique marschieren. Das, was man mit ihnen in den Schulen treibt, und das Leben ihrer Eltern daheim stehen dermaßen in Gegensatz zueinander, besonders in den Ganztagsschulen, daß es auch schon für einen Siebenjährigen einfach ist, die gesellschaftlichen Widersprüche klar zu erkennen.

Deswegen freut es mich sehr, daß es in Westdeutschland Schüler und werktätige Jugend gibt und solche, die arbeiten will, aber keine Arbeit bekommt, und die den direkten Zusammenhang der Lage der Jugend in Zimbabwe und der Jugend in Westdeutschland erkannt haben. Die erkannt haben, daß wir gemeinsam gegen die Imperialisten kämpfen müssen, gegen ihr ganzes Unterdrückungsprogramm, vom Jüngsten bis zum Ältesten.

Die Kinder, die nach Mozambique kommen, wollen nicht als Flüchtlinge angesehen werden. Sie sind Vertriebene, die darum kämpfen müssen, in ihr Land zurückzukehren zu können. Sie wollen nicht einfach Nahrung und Kleidung bekommen. Sie wollen unabhängig werden. Deshalb begrüßen sie das Programm, das die ZANU zur Stärkung des Vertrauens in die eigene Kraft organisiert hat. Nach diesem Programm arbeiten die Jugendlichen auf den Feldern, solange sie noch zu jung sind, um mit der Waffe in der Hand gegen den Feind zu kämpfen, wo sie aber schon in der Produktion teilnehmen, auf dem Felde unser eigenes Gemüse und unsere eigene Nahrung ziehen können, um die zu ernähren, die bereits direkt den Krieg führen und keine Zeit für die Feldarbeit haben. Unsere Schulausbildungsprogramme versuchen eine umfassende Befreiung der Menschen zu fördern. Deshalb stimmt es auch nicht, wenn die westlichen Massenmedien jetzt behaupten, die Kinder seien vor der Schule überhaupt davongelaufen. Sie laufen vor einer Situation, die für sie Unterdrükkung bedeutet, weg. Sie zeigen große Bereitschaft, an der Ausbildung mitzumachen, die wir für sie organisiert haben, weil sie das Ziel verfolgt, das Bewußtsein der Leute zu befreien und sie miteinzubeziehen in die Befreiung Zimbabwes und in die Gestaltung des befreiten Zimbabwe. So fühlen sich diese Jugendlichen, auch wenn sie zu jung sein sollten, Gewehre zu tragen, dennoch direkt aktiv in den Krieg miteinbezogen. Sie produzieren, bearbeiten das Land, säen, nähen, kochen für die anderen, die bereits mit der Waffe den Krieg führen.

Ausbildung im Interesse der Befreiung Zimbabwes und eines freien Landes

Wir wollen ein Erziehungsprogramm schaffen, das davon ausgeht, daß jeder einzelne am Wiederaufbau des Landes teilnehmen muß. Deshalb, sei es Mathematik oder Naturwissenschaft oder Landwirtschaft oder Geographie, wollen wir das sehr eng auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes beziehen, an der jeder teilnimmt.

Wie sollen die natürlichen Reichtümer des Landes verteilt werden? Wie dienen bäuerliche Kooperativen allen Dorfbewohnern und nicht einem Grundherren oder Fabrikbesitzer? Welche mathematischen Probleme gibt es bei der Aufteilung der natürlichen Reichtümer des Landes, wenn die industrielle Entwicklung vorangetrieben werden soll, ohne die Massen auszubeuten? Wie verfährt man mit dem Lohn, wenn es keinen Fabrikbesitzer in London oder New York mehr gibt, der dies Land kontrolliert und die Menschen nur für diesen Kerl arbeiten, der sein Bankkonto außerhalb des Landes hat? Und diese Art der Untersuchung machen die Schüler gern, denen wir sagen, ihr seid zu jung ein Gewehr zu tragen, aber ihr sollt an einer Ausbildung teilnehmen, die zum Aufbau Zimbabwes beiträgt.

Und obwohl diese Schüler aus den Schulen fortgegangen sind, sind sie bereit, einen ganzen Morgen mit Lernen zuzubringen. Zum Beispiel haben in einem Lager 200 Schüler morgens theoretische Ausbildung, während andere auf den Feldern arbeiten. Und am Nachmittag arbeiten sie auf dem Feld, während die andere Hälfte theoretische Ausbildung macht. Und da besteht überhaupt kein Widerspruch zu dem, was wir im zukünftigen Zimbabwe wollen. Heute müssen in Zimbabwe zum Beispiel alle Schüler in der Landwirtschaft arbeiten. Aber diese Landwirtschaft dient nicht der Entwicklung des Landes. Ihnen wird nur gezeigt, wie man arbeitet, so daß sie, wenn sie aus der Schule raus sind, für einen Siedler arbeiten und etwas produzieren können. Für die Schüler ist die Landwirtschaft und die Produktion keine sehr wichtige Sache, weil sie nicht unsere eigenen Lebensmittel herstellen. Für sie ist es praktisch Sklaverei, für den Siedler Nahrung zu produzieren. Das fängt schon in den Schulen an, wo Lebensmittel für den Rektor oder den Schulinspektor produziert werden müssen, der alles nimmt, was diese Schüler produziert haben.

Sie produzieren nicht für sich. Dieselben Schüler arbeiten bei uns gern auf dem Land. Sie sehen, daß wir für uns selbst produzieren, wie wichtig es ist, daß wir für uns selbst produzieren, und daß, wenn wir einen Überschuß erzielen, er dem ganzen Lager zugutekommt und nicht einem Rektor oder Schulinspektor. Wir haben also auch Landwirtschaft, aber mit einem anderen Ziel, mit einem revolutionären Ziel. Und dies verstehen die Menschen leicht. So sehen sie eine direkte Beziehung ihres Beitrages zum Kampf. Sie sehen, daß auch wenn sie noch keine Gewehre tragen sollen, weil wir nicht genug haben oder sie zu jung sind, sie in vieler Beziehung direkt zum Aufbau des neuen Zimbabwe beitragen. So bekämpfen sie den Imperialismus. Landwirtschaft ist eines unserer wichtigsten Erziehungsprogramme. Wir geben viele Beispiele, wie Lebensmittel von den Imperialisten mannigfaltig zur Unterdrückung der Völker benutzt werden. Stimmen zum Beispiel einige Länder in den Vereinten Nationen nicht mit den Supermächten, werden sie von ihnen bestraft. Lebensmittelhilfe wird ihnen verweigert oder reduziert oder abgelehnt, weil sie sich nicht haben von den Imperialisten benutzen lassen. Wir wollen unseren Schülern klarmachen, daß wir uns davor schützen müssen, wir wollen dafür sorgen, daß die Imperialisten uns nicht ausnutzen können. Und das können wir nur verhindern, wenn wir unsere eigene Produktion aufbauen. Deshalb kann uns keine Supermacht unter Druck setzen oder einschüchtern, um damit ihren Zwecken zu dienen, nur weil wir uns nicht selbst ernähren können. Derartige Programme von uns werden von unseren Schülern leicht verstanden und wir erhalten viel Unterstützung.

Gewehre für die Befreiung Zimbabwes

Ich bin jetzt sehr beeindruckt davon, daß hier in Westdeutschland die Jugend in den Schulen und sogar diejenigen, die arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden, aufstehen und sagen: „Wir wollen die ZANU unterstützen und für unsere Brüder, die in Zimbabwe im Befreiungskampf stehen, Gewehre kaufen."

Wie ihr wißt, sind wir nach Mozambique gegangen, nicht so sehr weil wir Schutz suchen, Schulausbildung, Kleidung und Nahrung, Dinge, die wir während des Kampfes auch brauchen, sondern um das gewalttätige Unterdrückerregime von Ian Smith zu bekämpfen. Und dazu brauchen wir Waffen. Wir sind deshalb auch nicht Flüchtlinge, die einfach auf die Unterstützung der Vereinten Nationen warten. Solange wir für uns selber nicht genug produzieren können und unsere eigenen Kleider nicht herstellen können in den Fabriken, sind wir auch für humanitäre Hilfe, weil wir überleben müssen. Aber unser wichtigstes Ziel ist die Beseitigung des Siedlerregimes und die Errichtung einer Regierung des Volkes. Ich wünschte, ich könnte aus Westdeutschland ein Gewehr mitnehmen. Aber wenn die Massen hier bereit sind, uns Geld zu geben, damit wir Gewehre kaufen, wo immer wir sie bekommen, dann ist das eine große und wichtige Unterstützung, weil das Gewehr unsere hauptsächliche Waffe ist. Wir können selbst ohne Kleidung auskommen, aber wir wollen genügend Waffen, um das Siedlerregime zu beseitigen. Weil unser Krieg ein gerechter Krieg ist, weil wir für die wirkliche Befreiung unseres Volkes kämpfen, kann ich auch mit Recht Gewehre fordern, deswegen gibt es keinen Unterschied zwischen der ihnen Hilfe und Gewehren für unseren Kampf.

Wir sind deshalb besonders erfreut darüber, daß neben all der anderen Unterstützung das Volk in Westdeutschland jetzt auf unseren Aufruf hin damit reagiert, das Volk von Zimbabwe mit Gewehren zu unterstützen, denn es ist das Smith-Regime stürzt und eine wirklich revolutionäre Macht errichtet.

Sehr wichtig sind auch Arzneimittel. Wo es nicht möglich ist, für Gewehre zu sammeln, rufen wir dazu auf, für Medikamente zu sammeln. Wir wollen Waffen, müssen aber unsere Massen vor den Bombardierungen durch das Siedlerregime schützen. Wir unterstützen deshalb die Jugend in Westdeutschland dabei, Geld für Gewehre für uns zu sammeln. Wer das nicht für richtig hält, versteht nicht, worum es bei unserem Kampf geht. Wir führen einen gerechten Krieg, wir können das durch imperialistische Mächte gestützte Siedlerregime, das nur durch Gewalt über dem Volk von Zimbabwe herrscht, nur im bewaffneten Kampf stürzen. Viele derjenigen, die zu uns kommen, die Alten, die Jungen, Familien und Kinder verlassen unser Land, weil sie dort nicht mehr leben können, weil sie fortgesetzten Bombardierungen mit Napalm und anderen Brandbomben, durch fortgesetzten Beschuß aus den Kampfflugzeugen des Feindes ausgesetzt sind. Sie müssen verteidigt werden, dazu brauchen wir Gewehre. Mag jemand sagen, das sei gegen christliche Prinzipien. Das ist es nicht, es ist gerecht. Man muß nur verstehen, weshalb die Zimbabwer vertrieben werden und kämpfen wollen. Jeder, der behauptet, unseren Kampf zu unterstützen, muß ihn bedingungslos und in jeder Hinsicht unterstützen, mit Brot, Kleidern und Gewehren. Das ist wirkliche Unterstützung.

(. . .) Daß das Volk in Westdeutschland bereit ist, auf die Straße zu gehen, um Geld für Gewehre für das Volk von Zimbabwe zu sammeln, ist eine große Unterstützung. Sollte auch nur das Geld für fünf Gewehre zusammenkommen, so ist das für das Volk von Zimbabwe, für das Volk von Zimbabwe und für die Völker der Welt von großer Bedeutung, weil es zeigt, was zu tun die Völker bereit sind, um den Imperialismus zu bekämpfen.



Die Genossin Luvimbo Tekere auf einer Zimbabwe-Veranstaltung in der BRD im August 1976

ZANU
Caixa Postal 743,
Maputo

Mozambique
April 10th, 1977

Dear Comrades and Friends,

Liebe Genossen und Freunde,

Solidarische Grüße der ZANU und der kämpfenden Massen Zimbabwes an das Volk in Westdeutschland. Eure Briefe an die kämpfende Jugend Zimbabwes haben wir erhalten. Sie haben unsere Kampfentschlossenheit gestärkt. Wir kämpfen gegen ein brutales und unterdrückerisches Regime, das die Kapitalisten und Imperialisten vertritt. Um dieses Regime zu beseitigen und Zimbabwe aufzubauen, brauchen wir Gewehre. Wir brauchen auch Gewehre, um unsere Massen vor den brutalen Überfällen der bewaffneten Kräfte des Regimes auf unser Volk zu schützen.

Wir kämpfen einen gerechten Krieg. Uns mit Waffen zu unterstützen, ist kein Widerspruch zu humanitärer Hilfe. Wir begrüßen Eure Unterstützung, Geld in einer Kampagne zu sammeln, damit wir Waffen kaufen können. Solche Unterstützung ist Solidarität und nicht Barmherzigkeit.

Pamberi ne Chimurenga,
yours in the Struggle,
Comrade Luvimbo Tekere

Seite 4
Sozialdemokratie will Kernenergie in den Gewerkschaften durchpauken
Seite 5
Lohnraubabschluß gibt den Automobilkapitalisten Raum für Preiserhöhungen
Klöcknerhütte Bremen: Durch Kurzarbeit weitere Lohnsenkung
Seite 6
Waren die Löhne auf dem Bau früher gut?
Schichtarbeit für Frauen verboten?
Seite 9
Blohm & Voss-Arbeiter haben sich noch nie vor den Karren der Imperialisten spannen lassen
Seite 10
Marburger Bund legt Speck aus – aber die Medizinstudenten sind keine Mäuse
Verlogene Theorien über falsche Ernährung
Seite 11
Bundesmarine: „An Bord wächst eine Kameradschaft"
Seite 12
Lastwagenwerk an der Kama
Seite 13
Ausplünderungsprogramm der schwedischen Bourgeoisie
Seite 14
Imperialistische Supermacht USA – Koloß auf tönernen Füßen